

Beschlussbuch

Außerordentliche Mitgliederversammlung 2023



JUSOS MÜNSTER

Inhaltsverzeichnis

A1 Awareness-Konzept der Jusos Münster	1
A2 Bezahlbarer Wohnraum für Studierende, Azubis und alle Anderen – sozialistische Wohnraumpolitik in Münster schaffen!	10
A1 We're Here, We're Queer And We're Going Nowhere! Zur Situation queerer Rechte weltweit	14
A4 Umweltpakt Münster – Die wegweisende Agenda für eine nachhaltige Stadtentwicklung!	21
A5 Menschenhandel und Zwangsprostitution in Europa und die kapitalistische Logik: Jungsozialistische Antworten	26
A6 Brick by Brick, Wall by Wall, Make the Fortress Europe Fall.....	32
A7 „Denk doch einer an die Kinder und Jugendlichen!“	36
A8 Gefängnisse und Kriminalitätserfassung feministisch umbauen! Transformative Gerechtigkeit stärken	45
A9 Gute Besserung an das Gesundheitssystem! – Für eine solidarische und faire „Revolution“ im Gesundheitswesen	55
A10 Keine Zugeständnisse, kein Hinterherrennen – Konsequenz antifaschistisch!.....	62
A11 Der trügerische Armutsbegriff und die Scheinlösung des Trickle-Down-Effekts im kapitalistischen System	67
A12 Münster, mach mobil! – Für eine Verkehrswende, die ihrem Namen wirklich gerecht wird	69
A13 Psychologie macht Schule – Für eine gestärkte Schulpsychologie	74
A14 Gegen antisemitische Hetze und palästinensischen Terror – Für ein Betätigungsverbot von Samidoun	79
A15 Wir bleiben alle LinX! 2.0.....	81

A1 Awareness-Konzept der Jusos Münster

Antragssteller*innen: Leonid Ormeloh, Marina Romić, Jan Malte Immink, Lucy Eggert, Adrian Buchwald, Antonia Miersch, Carlos Apel

Grundzüge

Als Jusos ist der Kampf für die Gleichbehandlung und gegen die Unterdrückung aller Menschen zentraler Bestandteil unserer Arbeit. Wir stellen uns gegen Diskriminierung jeglicher Art und möchten ansprechbar für Betroffene sein – und auch offen dafür, interne diskriminierende Strukturen aufzuarbeiten. Zudem möchten wir einen Raum schaffen, in dem sich alle wohlfühlen und einen achtsamen Umgang miteinander pflegen.

Mit diskriminierenden Strukturen wollen wir uns auseinandersetzen, einen diskriminierungssensiblen Bildungsauftrag formulieren und einen Beitrag dazu leisten, dass sich jede*r sich wohlfühlt, sich bei den Jusos Münster einzubringen, ohne diskriminiert, ausgegrenzt oder verurteilt zu werden. Juso-Räume verstehen wir als fehlerfreundliches Lernumfeld, was bedeutet, dass wir erklären, was Awareness heißt und wie wir uns unser Miteinander vorstellen. Dies umfasst ebenfalls den Umgang mit diskriminierendem Verhalten, welches auf der Grundlage basiert, dass eine Person erstmal nicht böswillig diskriminierendes Verhalten zeigt. Dementsprechend wird auf dieses Verhalten aufklärend durch die A-Kom./Personen reagiert. Alle Teilnehmenden an Juso-Veranstaltungen sind dazu verpflichtet, für einen Raum zu sorgen, der diskriminierungsfrei ist. Das Awareness Konzept wird als ganzheitlicher Ansatz verstanden und soll nicht nur bei Veranstaltungen, sondern auch beim informellen Zusammensein (u.a. Besuch des Plan B, Sommerfest, Weihnachtsfeier) Anwendung finden und genauso eine grundlegende Umgangsweise für ein gutes Miteinander darstellen. Ziel ist es auch, ein fehlerfreundliches Lernumfeld zu schaffen. Konkret bedeutet das, dass wir immer wieder darüber sprechen, wie wir miteinander umgehen wollen und was Awareness für uns bedeutet. Das Awareness-Konzept hat somit nicht nur das Ziel, konkrete Fälle zu klären, sondern soll auch das Bewusstsein für diskriminierende Strukturen und Herrschaftsverhältnisse erhöhen.

Der Begriff „Awareness“ (engl. Bewusstsein) bezeichnet die (Selbst-)Reflektion einer Person oder Gruppe über ihre Umgebung, ihre Rolle darin sowie die sich daraus ergebenden gebotenen Handlungen. Mit der Etablierung des Awareness-Konzepts bei den Jusos Münster möchten wir uns Ungleichheiten bewusst machen und dementsprechend ein diskriminierungssensibles Umfeld schaffen.

Dieses Awareness-Konzept folgt dem Selbstverständnis, dass die körperliche und psychische Missachtung körperlicher und persönlicher Grenzen in unseren Räumen nicht toleriert wird. Dieses grenzüberschreitende Verhalten kann sich beispielsweise in sexistischen, rassistischen, homo- und trans*feindlichen, ableistischen oder vergleichbaren Übergriffen äußern. Wir benennen dieses Verhalten, stellen uns entschlossen dagegen und wollen vor allem Betroffene unterstützen.

Zentrale Begriffe, die dem Awareness-Konzept zu Grunde liegen und darüber hinaus, sind in einem separaten Glossar gesammelt und werden u.a. auf der Webseite zur Verfügung gestellt.

Die Awareness-Kommission

Selbstverständnis, Aufgaben und Machtbefugnisse

Neben den allgemeinen Regeln, wie wir den politischen Raum bei den Jusos Münster gestalten möchten, braucht es eine Institution, welche sich fokussiert der Awareness-Arbeit annimmt, ohne gegen den allgemeinen Anspruch eines ganzheitlichen Awareness-Ansatzes zu widersprechen. Die zentrale Institution des Awareness-Konzepts bildet die Awareness-Kommission (im folgenden A-Kommission genannt). Sie bildet das ständige Gremium der Awareness-Arbeit der Jusos Münster und sieht sich als wichtiges, aber auch ergänzendes Element in der verbandsinternen Awareness-Arbeit (im folgenden A-Arbeit genannt), bleibt gleichzeitig gegenüber dieser aber kritisch und reflektierend. Daraus ergeben sich folgende primäre Aufgaben:

Die A-Kommission soll eine vertrauliche und niedrigschwellige Anlaufstelle für sämtliche Belange sein, die ein erlebtes Unwohlsein oder diskriminierendes Verhalten im Rahmen der Jusos Münster betreffen. Damit soll ein einfacher, möglichst unkomplizierter und hierarchiefreier Zugang geschaffen werden. Die A-Kommission soll in diesen Situationen im Rahmen ihrer persönlichen Möglichkeiten zuhören, unterstützend tätig werden oder auch im möglichen Konfliktfall einschreiten. Weiter unten ist die A-Arbeit an sich genauer beschrieben. Insgesamt werden die geteilten Informationen, Gefühle und Gedanken streng vertraulich behandelt.

Neben der Funktion der A-Kommission als Anlaufstelle soll diese Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit leisten. Die Jusos sind ein vielfältiger Verband mit unterschiedlichen Wissensbeständen, deshalb kann diskriminierendes Verhalten in manchen Fällen unbeabsichtigt entstehen. Einerseits vor dem Hintergrund einen möglichst diskriminierungsfreien bzw. sicheren Raum zu gestalten und andererseits gleichzeitig ein fehlerfreundliches Lernumfeld zu schaffen, soll die A-Kommission bspw. in Situationen die bereits genannte Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit übernehmen.

Zusätzlich soll die A-Kommission den Vorstand der Jusos Münster in der A-Arbeit grds. unterstützen und kritisch begleiten. Dazu berichtet die A-Kommission im Rahmen der Mitgliederversammlungen über die Arbeit (anonymisiert) der A-Kommission, macht auf bestehende Missstände aufmerksam und kann Vorschläge zu Verbesserungen machen. Der Vorstand der Jusos Münster ist dazu angehalten, auf diese Berichte und eventuelle Vorschläge mit entsprechenden Maßnahmen zu reagieren und verpflichtet sich, in seinem Rechenschaftsbericht darauf einzugehen.

Zusammensetzung der A-Kommission

Insgesamt soll die A-Kommission eine **Größe** von zwei bis drei Personen bestehen, welche durch ein Mitglied des Vorstandes der Jusos Münster ergänzt wird. Dabei handelt es sich um die Awareness-Beauftragung. Diese wird aufgrund der Funktionstätigkeit lediglich beratend und ohne Stimmrecht tätig sein und gleichzeitig eine Anbindung an den Vorstand der Jusos Münster gewährleisten.

Eine **Quotierung** der A-Kommission ist zwingend erforderlich, um eine entsprechende Ansprechbarkeit zu gewährleisten bzw. die Hürden dafür so niedrig wie möglich zu halten und eine entsprechende Sensibilität gegenüber Betroffenen zu ermöglichen. Die Quotierung umfasst hierbei alle Mitglieder der A-Kommission. Die A-Kommission soll min. in 50% durch Frauen besetzt sein. Dazu sollte min. eine BIPoC-Person Teil der A-Kommission sein, um auch hier eine gewisse Sensibilität und Ansprechbarkeit zu gewährleisten. Im Sinne der Geschlechterdiversität verstehen wir die restlichen Plätze nicht als Männerplätze, sondern wollen INTA-Personen empowern sich auch in der A-Kommission einzubringen. Aufgrund des geringen aktiven Anteils von BIPoCs bei den Jusos Münster kann dies nicht immer garantiert werden und daher auch aktuell nicht fest beschließbar sein. Der Vorstand verpflichtet sich in seiner Tätigkeit u.a. durch eine verstärkte antirassistische Arbeit und Reflexion eigener Strukturen und Arbeitsweise mehr Diversität zu schaffen. Zudem wird angestrebt, auch queere Personen in die A-Kommission zu wählen. Gleichzeitig ist bei der Quotierung zu beachten, dass auch Menschen ohne eine Betroffenheit struktureller Diskriminierung Teil der A-Kommission werden, damit auch sie Care-Arbeit wahrnehmen können.

Die **Zusammensetzung** der A-Kommission zielt auf eine Mischung an Personen ab, die bereits Erfahrung in der A-Kommission oder vergleichbaren Tätigkeiten sammeln konnten und Personen, die an A-Arbeit herangeführt werden können, um eine stetige Wissensweitergabe zu gewährleisten und Awareness-Arbeit und das Awareness-Konzept stetig weiter zu etablieren und ggf. zu überarbeiten. Aus diesem Grund kann eine Person sich auch nur viermal hintereinander in die A-Kommission wählen lassen, bevor eine mindestens sechsmonatige Pause eingelegt werden muss. Damit soll verhindert werden, dass die A-Kommission eine

108 eigene sich abschottende Struktur und Dynamik entwickelt und somit eine effektive A-Arbeit
109 erschwert.

110 **Bestimmung der Mitglieder der A-Kommission**

111 Die A-Kommission wird auf der ordentlichen und außerordentlichen Mitgliederversammlung
112 per Akklamation nominiert und anschließend vom amtierenden Vorstand ernannt. Die
113 Kandidat*innen für die Nominierung werden zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung
114 bekannt gegeben, um die Möglichkeit für Einwände zu geben. Die Einwände können dem
115 amtierenden Vorstand, welcher die Mitgliederversammlung vorbereitet, bspw. über den
116 anonymen Feedback-Bogen mitgeteilt werden. Ausgeschlossen zur Nominierung in die A-
117 Kommission sind Mitglieder des Vorstandes der Jusos Münster und der höheren
118 Funktionsebene, sowie Funktions- und Mandatsträger*innen der SPD. Davon ausgenommen
119 ist eine Person des Vorstands der Jusos Münster, welche als Awareness-Beauftragung Teil
120 der A-Kommission wird. Der*die Sprecher*in darf dabei nicht die Aufgabe der Awareness-
121 Beauftragung wahrnehmen. Ehemalige Vorstandsmitglieder dürfen sich erst bei der ersten
122 Mitgliederversammlung ohne Funktion nach der Beendigung ihrer Vorstandstätigkeit zur
123 Nominierung aufstellen lassen. Weiter ausgeschlossen sind Personen, die Bestandteil von
124 Awareness-Fällen sind.

125 Bei einem Rücktritt oder einem Ausschluss auf Grund von gerechtfertigten Einwänden aus der
126 A-Kommission, wird schnellstmöglich innerhalb der Quotierung beim nächsten PoliTisch
127 Organisatorisches erneut nominiert. Diese Nominierung muss mindestens zwei Wochen
128 vorher über die Tagesordnung angekündigt werden.

129 **Einwände gegen aktive Mitglieder der A-Kommission**

130 Einwände und Bedenken gegen aktive Mitglieder der A-Kommission können entweder an die
131 weiteren Mitglieder der A-Kommission oder an ein Vorstandsmitglied weitergegeben werden.
132 Sollte dieser Fall eintreten, wird innerhalb des Vorstands in enger Abstimmung mit den
133 weiteren Mitgliedern der A-Kommission erörtert, wie die Folgen aussehen. Diese können u.a.
134 die Abberufung der betreffenden Person aus der A-Kommission durch den Vorstand sein, ein
135 freiwilliger Rücktritt aus der A-Kommission, sowie der Ausschluss zur erneuten Nominierung
136 für die A-Kommission.

137 **Awareness-Konzept bei Veranstaltung und tatsächliche Awareness-Arbeit**

138 Bei den Veranstaltungen der Jusos Münster soll zu Beginn der jeweiligen Veranstaltung das
139 veranstaltungsbezogene Awareness-Konzept erklärt werden, sowie die für den jeweiligen
140 Zeitraum zuständigen Awareness-Personen (A-Personen), die das Awareness-Team (A-
141 Team) bilden, vorgestellt werden. Diese Vorstellung soll während der Veranstaltung

regelmäßig wiederholt werden. Bei der Erklärung des Awareness-Konzepts soll insbesondere der Umgang miteinander betont werden, sowie die Erreichbarkeit durch eine Telefonnummer. Zusätzlich werden die A-Personen für die bessere Erkennbarkeit mit Patches oder anderen eindeutigen Erkennungszeichen ausgestattet. An geeigneten Orten, wie auf Toiletten, am Eingang, Türen zu Veranstaltungsräumen, werden Flyer mit den Grundzügen des Awareness-Konzepts und der Telefonnummer ausgehängt.

Darüber hinaus soll, wenn es der Veranstaltungsort hergibt, ein Awareness-Raum fester Bestandteil sein. Dieser sollte nur durch das A-Team zugänglich und vorher abgeschlossen sein. Der Awareness-Raum ist deutlich ausgeschildert und mit Anzeigen ausgestattet, ob er gerade belegt ist. Im Idealfall ist der Awareness-Raum wohnlich eingerichtet. Tools dafür können Decken, Wärmflasche, Snacks, Tee etc. sein. Zum Idealfall gehört außerdem noch ein weiterer Raum, der als allgemeiner, offener Rückzugsort fungieren kann. Die Organisation dieser Räumlichkeiten obliegt den Verantwortlichen des Vorstands der Jusos Münster.

Der Aufgabenbereich des A-Teams besteht in seinen Grundzügen aus Beobachten, sich einen Überblick verschaffen und Präsenz zeigen und verfolgt damit einen eher passiven Ansatz der A-Arbeit. Dazu gehört jedoch auch, gegebenenfalls nach einer Situation zu einer vermeintlich betroffenen Person hinzugehen. Der Anspruch ist allerdings nicht, dass A-Personen dazu verpflichtet sind, in aktive Streitsituationen einzugreifen. Die eigenen Kapazitäten, Grenzen und vor allem der Eigenschutz sind stets zu beachten. Wichtig ist zusätzlich auch zu erwähnen, dass von den A-Personen nicht verlangt werden kann, jede Situation korrekt zu lesen und dementsprechend zu handeln.

Die A-Personen sind nicht für eine Konflikt- und Streitschlichtung oder psychologische Beratung zuständig. A-Arbeit versteht sich für die Jusos Münster primär als Vor- und Nachsorgearbeit. Das bedeutet, dass durch das ständige deutlich machen der Awareness Grundzüge und Präsenz zeigen im Vorhinein verhindern werden soll, dass es zu Zwischenfällen kommt. Sollte es zu einer Situation kommen, dann wird in Absprache mit der betroffenen Person eine Umgangsweise ausgehandelt.

Auf Veranstaltungen wird vom A-Team konsequente Nüchternheit erwartet. Nüchternheit ist aus verschiedenen Gründen existentiell für die Awareness-Arbeit. Zum einen, um sensibel und entsprechend der Situation agieren zu können und zum anderen durch das eigene Verhalten nicht abschreckend gegenüber möglichen Hilfesuchenden zu wirken. Auch nach der Schicht wird den A-Personen ausdrücklich nahegelegt, die Nüchternheit beizubehalten. Dies soll die allgemeine Ansprechbarkeit von A-Personen gewährleisten und den allgemeinen Safer-Space nicht gefährden.

Sonstiges

Schaffung von Safer-Spaces und Plena

Als feministischer Verband ist es elementar, unsere Positionen und Werte nicht nur durch politische Arbeit nach außen zu tragen, sondern auch in unseren eigenen Strukturen aktiv umzusetzen. Es ist traurige Realität, dass Männerbünde immer noch das politische und innerverbandliche Leben dominieren und diese Strukturen dazu führen, dass patriarchale Ausgrenzung und andere strukturelle Diskriminierungen reproduziert werden. Um diese aufzubrechen, ist die institutionalisierte Schaffung von sicheren Räumen oder Safer-Spaces dringend notwendig. Zu solchen Räumen zählen u.a. Gender-Plena und FINTA*-Vernetzungstreffen. Die Schaffung dieser Räume ist frühzeitig bei der Planung von Veranstaltungen mitzudenken. Die Durchführung der Plena findet in räumlich voneinander abgegrenzten Orten statt, die getrennt voneinander zugänglich sind. Wichtig ist, dass die Plena zeitgleich beginnen und enden. Damit soll informelles Vernetzen im Männer-Plenum oder Zwangsouting verhindert werden.

Gender-Plenum und Vernetzungstreffen

FINTA*/Frauen-Plenum und Vernetzungstreffen

Das FINTA*-Plenum ist für Frauen, intersex, nicht-binäre, trans* und agender Personen; (das * soll auf weitere Geschlechtsidentitäten hinweisen) offen. Das Vernetzungstreffen und Plenum gilt als Schutzraum. Dies bedeutet, dass alles gesagt werden kann und das Gesagte in diesem Raum verbleibt. Dies sollte von der Moderation am Anfang deutlich gemacht werden. Die Moderation übernimmt eine FINTA*-Person aus dem Vorstand oder der Awareness-Kommission. Bei kleineren Plena kann zu Beginn eine Vorstellungsrunde und Stimmungsabfrage erfolgen. Nach einer solchen Runde kann es in den freien Austausch gehen, Teilnehmerinnen* können von sexistischen Erfahrungen in ihrem Alltag oder ihrem politischen Engagement erzählen, Fragen stellen etc. Bei größeren Runden kann auch direkt in einen freien Austausch gestartet werden. Wenn sich herauskristallisiert, dass es auf der aktuellen oder vergangenen Veranstaltungen zu einem schwerwiegenden sexistischen Vorfall gekommen ist, den die Teilnehmer*innen des Plenums ansprechen möchten, kann dies in anonymisierter Form in der großen Runde oder in einem Gespräch mit den Betroffenen durch die Moderation des Plenums, eines Mitglieds der Awareness-Kommission oder eines Mitglieds aus der Runde geschehen. Wichtig ist hierbei, dass die Betroffene(n) diesem Verfahren zustimmen müssen.

Wenn gewünscht, kann das FINTA*-Plenum durch eine Benachrichtigung über die Awareness-Kommission Themen in das Männer-Plenum geben, welches dann verpflichtet ist, sich damit zu beschäftigen. Dies können allgemeine Anmerkungen bis zu konkret individuellen Verhalten

sein. Mit der Übergabe an die Awareness-Kommission ins Männer-Plenum müssen Männer ihrer Aufarbeitungs- und Reflexionsverantwortung gerecht werden. Bezugnehmend auf unser feministisches Neumitgliederkonzept halten wir an den regelmäßig (zweiwöchig) stattfindenden Frauen-Vernetzungstreffen in der Mensa fest. Zudem möchten wir bei Bedarf Abständen über das Jahr verteilt entsprechend dem Wunsch der Statusgruppe besondere Treffen bzw. Formate realisieren. Eine spezifische Ausgestaltung findet durch das auf der ordentlichen Mitgliederversammlung beschlossene Arbeitsprogramm statt.

Männer-Plenum

Im Gegensatz zum FINTA*-Plenum dient das Männer-Plenum nicht zur Vernetzung und stellt keinen Schutzraum dar. Es dient vielmehr zur Selbstreflexion und Auseinandersetzung mit Männlichkeit, sexistischem Verhalten und Diskriminierungen. Es geht hier um aktive antisexistische und feministische Bildungsarbeit. Das Männer-Plenum ist vorher vorzubereiten, damit eine inhaltliche Auseinandersetzung gewährleistet wird. Die Leitung übernimmt in der Regel ein männliches Vorstandsmitglied oder eine männliche Person aus der Awareness-Kommission. Die Leitung übernimmt hier eine wichtige Moderationsrolle und soll dabei sicherstellen, dass der Zweck intersektionaler feministischer Bildungsarbeit erreicht wird und nicht durch zusammenhanglose Vernetzung von Männern vereitelt wird. Zudem soll die Leitung wiederholt auf die bestehende feministische Beschlusslage hinweisen und dafür sorgen, dass diese nicht in Frage gestellt oder diskutiert wird. Zur inhaltlichen Diskussion sind andere öffentliche Räume vorgesehen, wie die Antragsberatung oder Workshops. Es gibt keine Männer-Vernetzungstreffen. Für den Fall, dass das FINTA*-Plenum mehr als die vorgesehene Zeit benötigt, obliegt es der Plenumsleitung, die feministische Bildungsarbeit weiterzuführen. Dies sollte mit vorbereitet werden.

Queer-Plenum

Um Menschen der queeren Community einen Raum für Austausch und Vernetzung zu geben, wollen wir auf unseren Wochenendseminaren die Möglichkeit für ein Queeres Plenum bieten. Dafür wird bei den angemeldeten Teilnehmer*innen nach dem Bedarf abgefragt und je nach Resonanz umgesetzt.

BIPoC-Vernetzung und Critical Whiteness

Die Jusos Münster verpflichten sich im besonderen Maße, einen sicheren Raum für BIPoCs zu schaffen. Rassismus ist allgegenwärtig und findet sich auch in unserem Verband wieder. Daher soll auf jedem Wochenendseminar eine BIPoC-Vernetzung stattfinden. Zur antirassistischen Arbeit gehört ebenfalls das regelmäßige Reflektieren der Privilegien von

251 *weißen* Personen. Deshalb wird im Zeitraum der BIPOC-Vernetzung ein Critical Whiteness
252 Workshop stattfinden.

253

254 **Umgang mit Awarenessfällen**

255 Trotz aller Maßnahmen zur Prävention kommt es auch innerhalb von Juso-Strukturen leider
256 immer wieder zu Awarenessfällen. Solche Fälle stellen immer komplexe Situationen dar, die
257 es erfordern, zuzuhören und dann mit den betroffenen Personen zusammen zu entscheiden,
258 welche Konsequenzen sich aus einer solchen Situation ergeben sollen.

259 Für uns steht das Wohlbefinden der betroffenen Person(en) an erster Stelle. Wir nehmen
260 daher alle Betroffenen ernst und suchen den Kontakt in einer vertrauensvollen Atmosphäre,
261 um das weitere Vorgehen zu erörtern. Dabei gehört es ausdrücklich auch zu den
262 Handlungsmöglichkeiten, zunächst einmal nicht über das Geschehene sprechen zu wollen
263 und erst zu einem späteren Zeitpunkt eine Situation aufzuarbeiten. Wir respektieren außerdem
264 die Definitionsmacht der Betroffenen darüber, was für sie ein übergriffiges oder
265 unangemessenes Verhalten darstellt.

266

267 **Ablauf des Awareness-Verfahrens**

268 Wird in Übereinkunft mit dem*der Betroffenen entschieden, die weitere Klärung eines Vorfalls
269 zu anzustreben, etablieren wir ein vertrauliches Verfahren, welches es Betroffenen ermöglicht,
270 das Erfahrene zu verarbeiten und den beschuldigten Personen die Möglichkeit eröffnet, ihr
271 Verhalten zu reflektieren und entsprechende Konsequenzen innerhalb der uns als politischem
272 Jugendverband gesetzten Grenzen zu ziehen. Die Awareness-Kommission wird dabei
273 zunächst allein von der betroffenen Person oder einer von der betroffenen Person bestimmten
274 Vertrauensperson über einen Awareness-Vorfall unterrichtet. Die betroffene Person wird dabei
275 über die möglichen Handlungsoptionen aufgeklärt. Die Awareness-beauftragte Person im
276 Vorstand wird unter Wahrung der Vertraulichkeit des Falles über den Stand des Verfahrens
277 informiert.

278 Im Anschluss daran wird auch mit der/den beschuldigten Person(en) ein Gespräch gesucht
279 bzw. die Möglichkeit einer Stellungnahme zum Vorfall eingeräumt. Sofern es der Fall zulässt
280 und die betroffene Person dies wünscht, können daraufhin weitere Einzelgespräche sowie
281 Mediationsgespräche stattfinden. Sollte das Verhalten der beschuldigten Person(en) so
282 schwerwiegend sein, dass weitere Schritte von der betroffenen Person gewünscht sind,
283 können auch weitere verhältnismäßige Konsequenzen angestrebt werden. Diese sollen auch
284 eine Reflektion von unangemessenem Verhalten ermöglichen und Angebote zur
285 diskriminierenden Weiterbildung enthalten. Nicht möglich sind jedoch unter anderem
286 Parteiausschlussverfahren sowie Sanktionen, die die allgemeine Handlungsfreiheit von
287 Personen betreffen (z.B. Alkoholverbot, Besuch von öffentlichen Veranstaltungen). Gleichwohl

288 wird das Aussprechen dringender Handlungsempfehlungen vorbehalten. Auch eine
289 Weiterleitung von Fällen an die Landesebene ist bei unterbezirksinternen Fällen derzeit nicht
290 möglich.

A2 Bezahlbarer Wohnraum für Studierende, Azubis und alle Anderen – sozialistische Wohnraumpolitik in Münster schaffen!

Antragssteller*in: Jörg Reismann

Leerstand bei gleichzeitiger Wohnungsnot, Gentrifizierung, Luxussanierung in der einen, Renovierungsbedarf in der anderen Wohnung – die Probleme sind hinreichend bekannt. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist eine Katastrophe, die Mieten steigen drastisch und fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand auf. Niemand spürt das Problem drastischer am eigenen Leib als Menschen in Münster. In Behördendeutsch heißt das dann „eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen ist gefährdet“. Münster hat in NRW bezüglich der Kosten sowie auch des Bedarfs an Mietwohnraum die höchste Niveaustufe.

Wie dramatisch die Situation ist, zeigt sich vor allem bei den Studierenden. Beim Asta gibt es Aktionen wie „Deine Couch für Erstis“, „Wohnen für Hilfe“ und Informationen zu Notunterkünften für Studierende. Diese Aktionen sind zeigen aber, wie drastisch die Situation ist. So können Studierende im ersten Semester gezwungen sein, die ersten Wochen oder Monate auf einer fremden Couch ohne eigenes Zimmer zu verbringen oder in Notunterkünfte zu ziehen, wo ihr persönlicher Bereich lediglich durch Sichtschutz von anderen Bereichen abgegrenzt ist. Andere Notlösungen, die angewendet werden müssen, sind Schlafen im Hostel, Campingplatz oder Auto. Auf Wartelisten für Wohnheimplätze des Studierendenwerks stehen auch nach Beginn des Semesters noch mehrere Tausend Bewerber*innen. Wartezeiten schwanken zwischen 6 und 24 Monaten und verdeutlichen, dass es auch beim Studierendenwerk an Geld, Bebauungsfläche und Verfügbarkeit mangelt. Statt der angestrebten zehn Prozent Abdeckung der Studierenden mit studentischem Wohnraum sind dem Studierendenwerk derzeit nur acht Prozent möglich. Ein Großteil muss also auf den Privatmarkt ausweichen, auf dem die Mieten weitaus höher sind. Bei den Azubis ist die Lage nicht besser. Wirtschaftsvertreter*innen bemängeln seit Jahren, dass die schlechte Wohnsituation in Münster die Gewinnung von Fachkräften hemmt. Eine kommunale Lösung, wie z.B. ein Azubiwohnheim gibt es nicht. Wäre die Situation, keinen bezahlbaren Wohnraum für sich und ggf. seine Familie zu finden, nicht schon dramatisch und frustrierend genug, kommen noch weitere Gefahren bei der Wohnraumkrise hinzu. Betrüger *innen machen sich diese Krise zu nutzen und versuchen Notleidende durch z.B. falsche Wohnungsanzeigen schamlos auszunutzen. Die Wohnkrise schafft und verschärft Abhängigkeiten durch die vor allem Frauen* betroffen sind, die sich z.B. einer gewalttätigen Beziehung durch Partner oder Mitbewohner entziehen wollen. Die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt für BIPOC und andere Gruppen verschärft die ohnehin schwierige Situation für diese Gruppen immens.

327 Ursache dieser Krise ist vor allem die jahrzehntelange Privatisierung von Wohnraum und
328 Grundstücken. Der Staat und somit auch die Kommunen haben sich größtenteils aus dem
329 Wohnungsmarkt zurückgezogen und diesen dem sogenannten freien Markt überlassen.
330 Dadurch steht die Gewinnmaximierung und nicht länger die Bereitstellung von bezahlbarem
331 Wohnraum im Vordergrund.

332 Daher benötigen wir eine 180-Grad-Wende hin zu einer **sozialistischen Wohnraumpolitik**.
333 Die privatwirtschaftliche Organisation und Bereitstellung von Wohnraum soll langfristig nur
334 noch die Ausnahme sein. Gefördert werden muss der soziale Wohnungsbau durch kommunale
335 Wohnungsbaugesellschaften und gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen und
336 Genossenschaften. Wohngrundstücke sollen nur noch in Erbpacht vergeben werden, sodass
337 die Kommune das Eigentum behält.
338 Kurz- und mittelfristige Mittel sind unter anderem ein Mietpreisdeckel, eine Mietpreisbremse
339 sowie ein zeitlich befristetes Mietenmoratorium.
340 Des Weiteren ist der **Leerstand** von Wohnraum so weit wie möglich zu begrenzen. Die in der
341 Stadt Münster gültige Wohnraumschutzsatzung schreibt eine Genehmigungspflicht bei
342 Leerstand über sechs Monaten vor. So eine Genehmigung wird dann nur erteilt, wenn ein
343 berechtigtes Interesse das Interesse an der Erhaltung des betroffenen Wohnraums überwiegt.
344 Diese Verordnung ist im Kampf gegen die Wohnungskrise zu begrüßen. Doch sie darf nicht
345 nur eine Willensbekundung auf Papier bleiben, sondern muss auch angewendet werden. Die
346 SPD Münster, die Münsteraner Ratskoalition bzw. die Stadt Münster müssen nachweisen, wie
347 sie diese Satzung kontrollieren werden und ggf. auch Sanktionen verhängen. Des Weiteren ist
348 eine Herabsetzung der genehmigungsfreien Leerstandszeit auf drei Monate zu prüfen.
349 In dieselbe Richtung geht eine zeitliche Begrenzung von **touristischer Nutzung von**
350 **Wohnungen**. Auch hier hat die Stadt Münster eine zu begrüßende Regelung.
351 Kurzzeitvermietung ist nur bis zu 90 Tagen (bei Studierenden bis zu 180 Tagen)
352 genehmigungsfrei. Kontrolliert wird dies über eine „Wohnraumidentitätsnummer“, die man bei
353 einschlägigen Portalen wie z.B. AirBnB angeben muss. Hier ist zu überprüfen, ob die Kontrolle
354 zufriedenstellend funktioniert. Zusätzlich sollte überprüft werden, wie viele Genehmigungen für
355 eine längerfristige Kurzzeitvermietung vergeben werden und ob hier bei der
356 Abwägungsprüfung, die Wohnraumkrise in Münster angemessen berücksichtigt wird. Eine
357 Herabsetzung der genehmigungsfreien Tage ist auch hier anzudenken und zu prüfen.
358 Des Weiteren muss verhindert werden, dass Wohnungen und Häuser von
359 Besserverdienenden angekauft oder -gemietet und z.B. in Aaseenähe als **Wochendhäuschen**
360 genutzt werden und den Rest der Woche leer stehen. Es kann nicht sein, dass viele Azubis,
361 Studierende und Familien in Münster keinen Wohnraum finden und gleichzeitig Wohnungen
362 und Häuser leer stehen, da sie nur am Wochenende genutzt werden. Hier sind geeignete
363 Maßnahmen diesem entgegenzuwirken zu prüfen und anzuwenden.

364 Ebenfalls muss die Stadt Münster unbebaute und bebaute Grundstücke in kommunalem,
365 Landes- oder Bundeseigentum prüfen, ob diese für preisgebundenen Wohnungsbau zur
366 Verfügung gestellt werden können. Auch Umnutzungen sind zu prüfen.
367 Oft werden Baugrundstücke als Spekulationsobjekte missbraucht. Das heißt ein*e Investor*in
368 kauft ein Baugrundstück ohne die Absicht darauf wirklich Wohnraum zu errichten, sondern
369 sie*er wartet ein paar Jahre und verkauft es dann dank der Wertsteigerung wieder teurer
370 weiter. Dies ist natürlich fatal für die Wohnungskrise, da vorhandene baubereite Grundstücke
371 nicht genutzt werden. Die Bundesregierung hat erfreulicherweise bei der Reform des
372 Grundsteuergesetzes eine Möglichkeit geschaffen der Spekulation mit Bauland
373 entgegenzuwirken – die sogenannte neue **Grundsteuer C**. Damit wird den Kommunen die
374 Möglichkeit gegeben für baureife Grundstücke einen gesonderten Hebesatz zu bestimmen
375 und somit die Grundsteuer deutlich zu erhöhen. Dadurch wird die Spekulation unvorteilhafter,
376 eine Bebauung wird angeregt und die Kommune kann ihre Einnahmen erhöhen. Die Stadt
377 Münster muss entsprechende Baugrundstücke identifizieren und die höhere Besteuerung in
378 die Wege leiten. Eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit ist hier von Vorteil um
379 Grundstückseigentümer*innen zur Bebauung zu bewegen.
380 Grundsätzlich muss die Stadt Münster eine **kommunale Bodenvorratspolitik** betreiben.
381 Dazu gehört die deutliche Ausweitung der kommunalen Vorkaufsrechte bzw. die Nutzung
382 dieser Rechte. Die Bekundung der Münster-Koalition im Koalitionsvertrag, die Möglichkeiten
383 des Vorkaufsrechts auszuweiten und dort wo wirtschaftlich und sozial sinnvoll auszuüben ist
384 zu begrüßen.

385 Die spezielle und fatale Wohnraumsituation für **Studierende und Azubis** muss für die
386 Münsteraner Ratskoalition Priorität haben. Es ist nicht hinzunehmen, dass Studierende
387 wochen- oder monatelang in Notunterkünften, auf Sofas, in Autos oder auf Campingplätzen
388 leben müssen und nebenbei noch erfolgreich studieren sollen und Azubis lieber im Umland
389 arbeiten als in Münster, da sie hier keine bezahlbare Wohnung finden. Die Münsteraner
390 Koalition will mehr Wohnraum für Studierende und Wohnheime für Azubis schaffen. Dies ist
391 zu begrüßen, doch müssen konkrete Pläne her. Bereits 2016 gab es einen Antrag der SPD für
392 ein Azubi-Wohnheim, doch auch ein konkreter Plan ist heute nicht in Sicht. Auch die CDU
393 stellte im März 2022 einen Ratsantrag für ein Azubiwerk. Betriebe wie der WLV und die
394 Uniklinik müssen selbst Azubiwohnungen schaffen um attraktiv zu sein und Stimmen aus der
395 Wirtschaft in Münster warnen schon lange davor, dass man Fachkräfte aufgrund der
396 Wohnungskrise verliert. Am politischen und gesellschaftlichen Mehrheitswillen scheitert eine
397 Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Azubis und Studierende also sicher nicht – die
398 Frage ist woran dann? Die SPD Münster sowie die Münster-Koalition muss darauf Antworten
399 finden und die Probleme überwinden.

400

401 Unsere konkreten Forderungen sind zusammengefasst:

402 - eine sozialistische Wohnraumpolitik mit sozialem Wohnungsbau durch kommunale
403 Wohnungsbaugesellschaften

404 - Zusammenarbeit von Jusos NRW und Juso-HSG zur Ausfinanzierung der
405 Studierendenwerke NRW, um studentischen Wohnraum schaffen zu können

406 - prüfen von Grundstücken in kommunalem, Landes- oder Bundeseigentum für sozialen
407 Wohnungsbau

408 - Kontrolle, Ahndung und Herabsetzung der aktuellen Regelung zum Leerstand prüfen

409 - Kontrolle, Ahndung, Gewährung und Herabsetzung der aktuellen Regelung zur touristischer
410 Kurzzeitvermietung prüfen

411 - Wochenendnutzung von Wohnraum verhindern

412 - Vorbereitung und Anwendung der neuen Grundsteuer C zur Spekulationsbekämpfung

413 - Ausbau der kommunalen Bodenvorratspolitik durch deutliche Ausweitung der Nutzung der
414 kommunalen Vorkaufsrechte sowie von Erbpachtverträgen

415 - konkrete Planung eines Azubi-Wohnheims unter Beteiligung von Vertreter*innen der
416 Wirtschaft

417

418 Die soziale Frage und insbesondere die Frage um sozialen Wohnraum in einer sozialen Stadt
419 lässt sich nicht mit dem freien Markt beantworten, sondern nur durch klare und strikte
420 Maßnahmen des Staates. Das Recht auf Wohnen ist für uns nicht verhandelbar und muss für
421 alle gleichermaßen gegeben sein.

A3 We're Here, We're Queer And We're Going Nowhere!

Zur Situation queerer Rechte weltweit

Antragssteller*in: Dennis Schnittke

Einleitung

Wir befinden uns in der Mitte eines Kulturkampfs!

Was zunächst polemisch klingen mag, ist die bittere Realität, wenn man sich die Zustände vor Augen führt, welche inzwischen allgegenwärtig sind. Befeuert von Rechtsextremen und radikalen Konservativen erleben wir einen globalen Rollback was Rechte für Queers angeht. In 67 Ländern auf der Welt werden Lesben und Schwule aufgrund ihrer sexuellen Orientierung kriminalisiert und in 12 davon sogar teilweise zur Todesstrafe verurteilt. Die strafrechtliche Verfolgung betrifft in den meisten Fällen auch transidente sowie andere nicht cis-geschlechtliche Personen. In Deutschland stieg die Anzahl der Straftaten gegen queere Personen zuletzt dramatisch an, in den USA werden Menschen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität immer häufiger durch Gesetze diskriminiert und Teile Europas befinden sich queerpolitisch auf dem Weg zurück ins 20. Jahrhundert. Vorgeschobene Gründe hierfür sind häufig der Schutz der "traditionellen Familie" oder von Kindern. Hierbei geht es nur um menschenfeindliche Stimmungsmache, welche darauf abzielt in einer immer stärker polarisierten Welt Wähler*innenstimmen zu ergattern.

Die progressiven Kräfte in der Gesellschaft haben sich zu lange auf den Fortschritten der letzten Jahrzehnte ausgeruht. Der Kampf ist nicht vorbei und es ist an der Zeit, dass wir ihn wieder aufnehmen.

Deutsche Zustände

Oft tendieren wir dazu, eklatante Queerfeindlichkeit als etwas darzustellen, was die "westliche Welt" im Grunde genommen nicht mehr betrifft. Der Blick wird in die Ferne gerichtet und Gewalt sowie Ausgrenzung von Queers in Ländern wie Russland verurteilt. Selbstredend ist es wichtig, dass wir als Gesellschaft eine klare Haltung gegen Queerfeindlichkeit in aller Welt haben, aber das schließt eben auch Deutschland mit ein.

Seit Jahren steigt die Zahl der Straftaten gegen Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung, oder Geschlechtsidentität. Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Luise Amtsberg, spricht von mehr als 1400 Taten im Jahr 2022, die in den Bereich der Hasskriminalität fallen. Dabei ist selbstverständlich nur von registrierten Taten die Rede. Dies

legt nahe, dass die Dunkelziffer wesentlich höher ist. Von diesen registrierten Straftaten fallen laut Bundesregierung etwas mehr als 1000 in das Feld "sexuelle Orientierung" und 417 in den Bereich "Geschlechtsbezogene Diversität". Das sind in beiden Fällen mehr Zwischenfälle als im Vorjahr. Besonders erschreckend ist hier aber die Zahl der Gewaltdelikte. Hier sind es im Bereich "sexuelle Orientierung" 227 registrierte Gewalttaten und für den Bereich der "Geschlechtsbezogenen Diversität" 82. Statistisch gesehen werden demnach ungefähr vier queere Personen pro Tag Opfer einer Straftat. Dies ist ein nicht hinzunehmender Zustand!

Angeheizt wird dieses Klima sicherlich auch von Parteien wie CDU, CSU und AfD, welche sich längst auf dem Weg eines rechten Kulturkampfes nach Vorbild der USA befinden. So hat die CSU beispielsweise keine Probleme damit, sich mit dem queerfeindlichen Gouverneur des US-Bundesstaates Florida, Ron DeSantis, zu treffen und sich darüber hinaus noch für den eigenen Wahlkampf inspirieren zu lassen. So nahm die CSU eine "Drag Story Hour", also ein Event bei dem Drag Kings und Queens Kindern vorlesen, ins Visier. Die Vorwürfe: Indoktrinierung und Frühsexualisierung von Kleinkindern. Die AfD möchte aus diesen Gründen Events dieser Art verbieten lassen und der stellvertretende bayerische Ministerpräsident Hubert Aiwanger fantasiert davon, das Jugendamt einzuschalten, wenn Eltern mit ihren Kindern diese Art von Veranstaltung besuchen. Es kann zweifelsohne davon ausgegangen werden, dass die Art von Stimmungsmache weiterhin dazu beiträgt, ein gesellschaftliches Klima gegen sexuelle, sowie geschlechtliche Selbstbestimmung weiter anzuheizen.

Als Jungsozialist*innen können wir nicht länger dabei zusehen, wie sich Teile unserer Gesellschaft immer weiter radikalisierten und Gewalt, sowie Hass schüren.

Deshalb fordern wir:

- mehr Kooperation zwischen Jusos und queeren Organisationen
- queere Themen bei den Jusos wieder stärker zu bespielen
- queere Inhalte verpflichtend in Sexualerziehung und Gesellschaftswissenschaftliche Fächer in der Schule aufzunehmen, um Akzeptanz zu fördern
- einen Aktionsplan der Bundesregierung wie mit der steigenden Queerfeindlichkeit zukünftig umgegangen wird
- dass Drag Performances weiterhin uneingeschränkt durch die Kunstfreiheit geschützt sind
- die sexuelle Identität durch einen Zusatz zu Artikel 3 im Grundgesetz zu schützen

Europa auf dem Weg zurück ins Mittelalter

490 Diskriminierende und prekärer werdende Zustände sind auf europäischer Ebene nicht nur ein
491 deutscher Zustand. In den vergangenen Jahren verschärfte sich in diversen EU-Ländern die
492 Situation für queere Menschen.

493 Ein Beispiel hierfür ist die postfaschistische Regierung der italienischen Ministerpräsidentin
494 Georgia Meloni. So fiel beispielsweise die Familienministerin Eugenia Roccella im Frühjahr
495 auf, weil sie Adoptions- und Elternrecht von homosexuellen Paaren in Frage stellte. Darüber
496 hinaus bezeichnete Federico Mollicone, Präsident der Kulturkommission im italienischen
497 Parlament, Leihmutterschaft als ein "schweres Verbrechen", welches mit Pädophilie zu
498 vergleichen sei. Die Folge daraus ist, dass im italienischen Parlament nun auch die EU-
499 Verordnung zur grenzüberschreitenden Anerkennung von Elternschaft abgelehnt wurde.
500 Damit stellt sich Italien in eine Linie mit Staaten wie Polen und Ungarn.

501 In Polen herrscht ein Klima der Diskriminierung von queeren Menschen. So wurden im Jahr
502 2019 beispielsweise "LGBTQ+-Ideologie-freie" Zonen im ganzen Land errichtet, deren Ziel es
503 war, den vermeintlichen moralischen Verfall zu stoppen. Auf internationalen Druck, der sich
504 zum Beispiel in der Streichung wichtiger EU-Gelder äußerte, wurden diese Zonen wieder
505 aufgehoben. Das heißt jedoch nicht, dass queere Menschen in Polen nun aufatmen können.
506 Die PiS-Regierung, sowie die katholische Kirche in Polen greifen nach wie vor Menschen
507 aufgrund ihrer Geschlechtsidentität, oder Homosexualität an. Der polnische Präsident Andrzej
508 Duda sagte zum Beispiel vor ein paar Jahren noch, dass LGBT keine Menschen seien,
509 sondern eine Ideologie. Im Jahr 2022 wurde in diesem Sinne ein Gesetz verabschiedet,
510 welches die Möglichkeiten über LGBTQ+ Themen in der Schule zu sprechen stark einschränkt.

511 Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in Ungarn. Hier wurde zuletzt ein Gesetz verabschiedet,
512 welches es möglich macht, gleichgeschlechtliche Paare mit Kind zu denunzieren. Seit 2019
513 ist in der Verfassung Ungarns festgehalten, dass eine Ehe nur zwischen Mann und Frau
514 möglich ist und dementsprechend nur "Vater" und "Mutter" Eltern sein können. Das neue
515 Gesetz ermöglicht es, vermeintliche Abweichungen des konservativen Familienbildes zu
516 melden. Menschenrechtsorganisationen sind alarmiert. Manche befürchten, dass Kinder ihren
517 gleichgeschlechtlichen Eltern entrissen werden könnten.

518 Was diese Vorfälle gemeinsam haben, ist die Diskriminierung von LGBTQ+-Personen, der der
519 Schutz der „traditionellen“, „heterosexuellen“ Familie vorgeschoben wird. Wir stellen uns
520 entschieden dagegen!

521

522 Deshalb fordern wir:

- 523
- eine EU-Strategie die Akzeptanz queeren Lebens zu steigern

- finanzielle Sanktionierung von EU-Staaten welche aktiv die Rechte von queeren Personen einschränken
- dass die EU weiterhin auf der Verordnung zur Einführung eines EU-Elternschaftszertifikates beharrt und Staaten sanktioniert die sich diesem entziehen wollen
- einen angemessenen Umgang seitens der Bundesregierung mit Rechtspopulist*innen

Don't say Gay: Radikalisierter Konservatismus in den USA

Dass sich die USA menschenrechtlich in vielen republikanischen Staaten auf dem absteigenden Ast bewegen, ist keine Neuigkeit. Beliebte Zielscheibe der Republikaner sind zurzeit besonders queere Menschen, allen voran transidente Personen. Vorreiter dieser Entwicklung ist der Gouverneur Ron DeSantis, der gerade nicht nur Florida regiert, sondern auch als aussichtsreicher republikanischer Präsidentschaftskandidat gilt. Im März 2022 trat in Florida ein Gesetz in Kraft welches von seinen Kritiker*innen als "Don't Say Gay"-Bill bezeichnet wird. In dem Gesetz ist festgehalten, dass in Grundschulen nicht mehr über sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität gesprochen werden darf, wenn es nicht "alters- und entwicklungsgerecht" ist. Das bedeutet, dass diese Themen nicht mehr in den Lehrplänen vorkommen dürfen. Wieder sprechen die Konservativen davon, Kinder vor "Indoktrination" schützen zu wollen. Diese fadenscheinige Legitimation für queerfeindliches agieren zieht sich auch durch andere republikanische Vorhaben. Schon im Juni 2021 setzte DeSantis ein Gesetz durch, das trans Mädchen verbietet, im Schulsport für Mädchen teilzunehmen. Ähnliche Gesetze gibt es in Alabama, Arkansas, Tennessee, Mississippi, oder Missouri. Ebenfalls unter dem Deckmantel des Kindeswohls versteckt ist der "Drag Ban", welcher, in verschiedenen Formen, bereits in 14 republikanisch regierten Bundesstaaten in Kraft, oder geplant ist. Dieser sieht vor, dass Auftritte, welche nicht "kindgerecht" sind, nicht öffentlich stattfinden dürfen. In dieser Definition dürfen sowohl Drag Queens, als auch Kings nicht mehr in der Öffentlichkeit auftreten, da ihre Art der Kunst als nicht kindgerecht gebrandmarkt wird. Menschenrechtsaktivist*innen sowie Drag-Künstler*innen befürchten, dass das Gesetz missbraucht wird, um öffentlichen queeren Aktivismus zu silencen, weil nicht definiert ist, was nun als weibliche oder männliche Imitation gilt.

Der aktuellste Fall von Rechtseinschränkungen für queere Menschen in den USA ist ein Supreme Court Urteil welches Geschäftsinhaber*innen erlaubt Kund*innen nicht zu bedienen, wenn ihre Sexualität nicht mit der eigenen religiösen Überzeugung einhergeht. Kritiker*innen dieses neuen Urteils befürchten, dass dies ein weiterer Schritt auf dem Weg des Supreme Courts sein könnte, demnächst die Gleichgeschlechtliche Ehe wieder abzuschaffen.

Als Jusos verurteilen wir diese Entwicklungen aufs Schärfste!

560

561 Deswegen fordern wir:

- 562 • den Schutz queeren Lebens in allen Bundesstaaten der USA
- 563 • Solidarität mit den Betroffenen
- 564 • Unterstützung von queeren Organisationen vor Ort, die sich für sexuelle
- 565 Selbstbestimmung einsetzen

566

567 **Die Situation Queerer Menschen in Uganda**

568 In Uganda wurde im Mai dieses Jahres ein strenges Anti-LGBTQIA+-Gesetz verabschiedet,
569 das insbesondere die Rechte von Homosexuellen stark einschränkt.

570

571 Nach Bestimmungen aus der britischen Kolonialzeit konnten „homosexuelle Handlungen“
572 bisher bereits mit bis zu lebenslanger Haft bestraft werden.

573

574 Das neue Gesetz sieht die Todesstrafe für „schwere Homosexualität“ vor; also für
575 Geschlechtsverkehr mit Behinderten, Minderjährigen oder über 75-jährigen sowie für
576 Missbrauch. Hier ist zu problematisieren, dass einvernehmlicher Geschlechtsverkehr mit den
577 genannten Gruppen unter denselben Straftatbestand wie Missbrauch fällt. Mehrere
578 Verurteilungen aufgrund homosexueller Handlungen führen ebenfalls zur Todesstrafe.

579 Schon „versuchte“ homosexuelle Handlungen können zehn Jahre Haft zur Folge haben, in
580 Fällen schwerer Homosexualität drohen 14 Jahre. Bestrafte erhalten ein Verbot der Arbeit mit
581 Minderjährigen. Minderjährige selbst erwartet bei Homosexualität bis zu drei Jahre Haft. Wer
582 schwere homosexuelle Handlungen nicht behördlich meldet, wird ebenfalls bestraft. Gerichte
583 können homosexuelle verurteilte Personen zu einer „Rehabilitierung“ bei Sozialdiensten
584 verpflichten; ähnlich einer Konversionstherapie.

585 Darüber hinaus darf Homosexualität nicht „beworben“ werden – ansonsten drohen zehn Jahre
586 Haft oder ein zehnjähriges Verbot der betreffenden Organisation. Queerer Aktivismus, Aids-
587 Prävention und sonstige Unterstützungsmöglichkeiten sind de facto nicht mehr möglich.
588 Gleichmaßen wird bestraft, wenn eine Räumlichkeit für sogenannte homosexuelle Handlungen
589 vermietet oder an einer gleichgeschlechtlichen Hochzeit teilgenommen wird.

590

Wir schließen uns den Forderungen der Queeren NGO „Let’s Walk Uganda“ an; zusammengefasst in einem offenen Brief, der sich an die Bundesregierung richtet:

- Schnell und unbürokratisch humanitäre Visa für LGBTQIA+, Menschenrechtsverteidiger*innen und Personen unter großem Risiko ermöglichen!
- Finanzielle und politische Unterstützung von LGBTQIA+-Organisationen in Uganda beim Erhalt sicherer Räume!
- Fluchtkorridore in nahegelegene sichere Staaten schaffen!
- Sanktionen gegenüber der ugandischen Regierung und ggf. Beendigung staatlicher Zusammenarbeit!

Queere Menschen kämpfen seit jeher um ihren Platz in der Gesellschaft, öffentliche Akzeptanz, Sicherheit und Freiheit. Fortschritt heißt nicht, den Kampf aufzugeben. Wir setzen uns weiterhin für eine kollektive Befreiung queeren Lebens auf der ganzen Welt ein. Diesen Kampf gestalten wir zusammen als Jusos!

Quellen

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw21-pa-menschenrechte-lgbtqi-948550>

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/lgbtq-queer-gewalt-deutschland-straftaten-100.html>

https://www.queer.de/detail.php?article_id=45126

<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-drag-lesung-stadtbibliothek-csu-1.5849185>

<https://www.sueddeutsche.de/politik/italien-homosexuelle-eltern-meloni-diskriminierung-1.5773037>

https://www.queer.de/detail.php?article_id=41355

<https://www.bpb.de/themen/europa/polenanalysen/322622/kommentar-der-homophobe-tsunami-in-polen/>

<https://echte-vielfalt.de/lebensbereiche/lgbtiq/polen-verabschiedet-lgbt-propaganda-verbot/>

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ungarische-regierung-verteidigt-neues-lgbtq-feindliches-gesetz-18836995.html>

<https://www.spiegel.de/panorama/bildung/florida-us-gouverneur-unterzeichnet-gesetz-gegen-unterricht-ueber-homosexualitaet-a-e1efaf9d-6e82-48ce-9f91-4498f9e38983>

<https://time.com/6260421/tennessee-limiting-drag-shows-status-of-anti-drag-bills-u-s/>

627 [https://edition.cnn.com/2023/06/30/politics/supreme-court-303-creative-lgbtq-rights-](https://edition.cnn.com/2023/06/30/politics/supreme-court-303-creative-lgbtq-rights-colorado/index.html)
628 [colorado/index.html](https://edition.cnn.com/2023/06/30/politics/supreme-court-303-creative-lgbtq-rights-colorado/index.html)
629 https://www.queer.de/detail.php?article_id=45751
630 [https://weact.campact.de/petitions/offener-brief-an-die-bundesregierung-zur-situation-](https://weact.campact.de/petitions/offener-brief-an-die-bundesregierung-zur-situation-von-lgbtqi-personen-in-uganda)
631 [von-lgbtqi-personen-in-uganda](https://weact.campact.de/petitions/offener-brief-an-die-bundesregierung-zur-situation-von-lgbtqi-personen-in-uganda)

A4 Umweltpakt Münster - Die wegweisende Agenda für eine nachhaltige Stadtentwicklung!

Antragssteller*in: Gunar Kern

Für eine nachhaltige Stadtentwicklung bedarf die Stadt Münster mehr Konzentration auf die Begrünung öffentlicher Gebäude, die Installation von Solaranlagen, die Förderung gemeinschaftlicher Gärten, die Verbesserung der Mobilität und die Schaffung einer "Umweltspur" am Ludgerikreisel. Diese Maßnahmen tragen zum Umweltschutz, zur Nachhaltigkeit und zur Förderung erneuerbarer Energien bei. Durch die Begrünung öffentlicher Gebäude können wir das Stadtklima verbessern, die Biodiversität fördern und das Stadtbild verschönern. Die Installation von Solaranlagen ermöglicht die Nutzung erneuerbarer Energien und reduziert den CO₂-Ausstoß. Gemeinschaftliche Gärten bieten Raum für Begegnung, Bildung und ökologische Vielfalt. Die Verbesserung des Busverkehrs und die Schaffung einer "Umweltspur" am Ludgerikreisel tragen zu einer nachhaltigen Mobilität bei.

Die Stadtoase Münster muss kommen.

Die Begrünung öffentlicher Gebäude und die Installation von Solaranlagen sind Maßnahmen, die einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz, zur Nachhaltigkeit und zur Förderung erneuerbarer Energien leisten können.

Die Begrünung öffentlicher Gebäude hat viele Vorteile. Sie trägt zur Verbesserung des Stadtklimas bei, indem sie die Hitzebelastung reduziert, die Luftqualität verbessert und die Lärmbelastung mindert. Zudem bieten begrünte Gebäude Lebensraum für Vögel, Insekten und andere Tiere, fördern die Biodiversität und tragen zur Verschönerung des Stadtbildes bei.

Die Installation von Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden ermöglicht die Nutzung erneuerbarer Energien und die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Durch die Sonnenenergiegewinnung können öffentliche Gebäude einen Teil ihres eigenen Energiebedarfs decken und somit einen Beitrag zur Energiewende leisten. Gleichzeitig können überschüssige Energie in das Stromnetz eingespeist und von der Bevölkerung genutzt werden.

Wir fordern daher:

1. Die Stadt Münster setzt sich aktiv dafür ein, dass alle neuen öffentlichen Gebäude standardmäßig mit begrünten Fassaden ausgestattet werden. Dabei sollten sowohl horizontale als auch vertikale Begrünungskonzepte berücksichtigt werden.
2. Die Stadt Münster unterstützt und fördert die Nachrüstung bereits bestehender öffentlicher Gebäude mit Begrünungssystemen. Hierbei sind sowohl finanzielle Anreize als auch Beratungsangebote für Gebäudebesitzerinnen und -besitzer wichtig.

3. Die Stadt Münster verpflichtet sich dazu, auf allen geeigneten öffentlichen Gebäuden Solaranlagen zu installieren. Hierbei sollten die Potenziale der Dachflächen genutzt und bei Neubauten von vornherein die Installation von Solaranlagen eingeplant werden.

4. Die Stadt Münster fördert die Nutzung erneuerbarer Energien, indem sie Informationen und Beratungsangebote zur Verfügung stellt und finanzielle Unterstützung für den Einbau von Solaranlagen bereitstellt.

Wir sind der Überzeugung, dass diese Maßnahmen einen positiven Einfluss auf die Umwelt, die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und die Zukunftsfähigkeit der Stadt Münster haben werden.

Schönes Wohnen leicht gemacht.

Gemeinschaftliche Gärten sind nicht nur eine wertvolle Möglichkeit, um die Umwelt zu schützen, sondern auch ein Ort der Begegnung, des Austauschs und der gemeinsamen Arbeit. Daher halten wir es für äußerst wichtig, diese Art von grünen Oasen in unserer Stadt zu unterstützen und weiterzuentwickeln.

Die Bedeutung von gemeinschaftlichen Gärten für die lokale Gemeinschaft kann nicht unterschätzt werden. Sie fördern nicht nur die ökologische Vielfalt und tragen zum Klimaschutz bei, sondern bieten auch einen Raum für Bildung und gesellschaftliches Engagement. Gemeinschaftliche Gärten ermöglichen es den Menschen, selbst aktiv zu werden, Verantwortung zu übernehmen und sich mit ihrer Umwelt auseinanderzusetzen.

Wir fordern daher die Bereitstellung finanzieller Mittel durch die Stadt Münster, um bestehende gemeinschaftliche Gärten zu unterstützen und den Aufbau neuer Gärten zu ermöglichen. Diese Mittel sollten verwendet werden, um die Infrastruktur der Gärten zu verbessern, wie zum Beispiel die Bereitstellung von Wasseranschlüssen, Werkzeugen und Materialien für den Gartenbau, sowie die Unterstützung bei der Anschaffung von Saatgut und Pflanzen.

Des Weiteren schlagen wir vor, dass die Stadt Münster Schulungen und Workshops für interessierte Bürger*innen anbietet, um ihr Wissen über ökologischen Gartenbau und Nachhaltigkeit zu erweitern. Dies würde nicht nur den Erfolg der gemeinschaftlichen Gärten fördern, sondern auch die Bürger*innen dazu ermutigen, selbst aktiv zu werden und einen positiven Beitrag zur Umwelt und Gemeinschaft zu leisten.

Wir verweisen hierbei auch auf den Campusgarten in Münster, der ein großartiges Beispiel für einen erfolgreichen gemeinschaftlichen Garten ist. Der Campusgarten fördert nicht nur die nachhaltige Lebensmittelproduktion, sondern bietet auch Bildungsangebote und Veranstaltungen für die breite Öffentlichkeit.

In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen, wie der Unterstützung von Zoos und Tiergärten durch Soforthilfen zur Bewältigung der Corona-Krise, ist es an der Zeit, auch die Bedeutung

von gemeinschaftlichen Gärten anzuerkennen und angemessene Unterstützung für ihre Weiterentwicklung und Erhaltung bereitzustellen.

Wir sind überzeugt, dass die Förderung gemeinschaftlicher Gärten in Münster nicht nur die ökologische und soziale Nachhaltigkeit unserer Stadt stärkt, sondern auch eine Vielzahl von positiven Effekten für die Bürger*innen mit sich bringt.

Wir Jusos fordern die Verbesserung der Mobilität in Münster ein.

Münster ist als Fahrradstadt bekannt und wird für seine nachhaltige Mobilität geschätzt. Dennoch sollte die Verkehrsplanung nicht ausschließlich auf das Fahrrad beschränkt sein. Eine gut funktionierende Mobilität erfordert die Berücksichtigung aller Verkehrsarten und eine optimale Abstimmung zwischen ihnen. Laut einer Haushaltsbefragung von 2019 nutzen bereits 65% der Münsteranerinnen und Münsteraner umweltfreundliche Verkehrsmittel wie Fahrrad, Bus und Bahn, was zeigt, dass die Autonutzung an Bedeutung verliert. Um diese positive Entwicklung weiter voranzutreiben, ist es notwendig, den Busverkehr in Münster zu stärken.

Maßnahmen:

1. Erhöhung der Anzahl der Busse: Es sollte eine Erweiterung des Busfuhrparks in Münster angestrebt werden, um eine höhere Taktung und Verfügbarkeit der Busse sicherzustellen. Dadurch können Wartezeiten reduziert und der öffentliche Nahverkehr attraktiver gestaltet werden.
2. Einstellung von zusätzlichem Personal: Um den erweiterten Busbetrieb effizient zu bewältigen, ist eine Aufstockung des Personals erforderlich. Dies umfasst sowohl Busfahrerinnen und Busfahrer als auch das Betriebspersonal für die Instandhaltung und Verwaltung.
3. Definieren der Strecken mit höherem Bedarf: Es sollte eine eingehende Analyse durchgeführt werden, um die Strecken zu identifizieren, auf denen eine verstärkte Befahrung erforderlich ist. Besonderes Augenmerk sollte auf den Nachtbusrouten liegen, um die Sicherheit für Frauen nachts in der Stadt zu gewährleisten. Hierbei sollten Bereiche mit hohem Fahrgastaufkommen, Wohngebiete, Gewerbegebiete, Bildungseinrichtungen und touristische Ziele berücksichtigt werden.

Umsetzung:

1. Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Münster: Die Stadtverwaltung sollte eng mit den Stadtwerken Münster zusammenarbeiten, um die Erweiterung des Busbetriebs zu planen und umzusetzen. Die Stadtwerke Münster sind für den Busverkehr in Münster zuständig und verfügen über das erforderliche Fachwissen und die Ressourcen.
2. Öffentlichkeitsarbeit und Informationskampagne: Es ist wichtig, die Bürger*innen über die geplanten Verbesserungen im Busverkehr zu informieren. Eine gezielte

Informationskampagne kann das Bewusstsein für den öffentlichen Nahverkehr stärken und die Nutzung fördern.

Die Finanzierung dieser Maßnahmen kann über verschiedene Kanäle erfolgen, darunter der städtische Haushalt und mögliche Förderprogramme auf Landes- und Bundesebene.

Umweltspur am Ludgerikreisel jetzt!

Wir Jusos Münster möchten auf die Verkehrssituation am Ludgerikreisel aufmerksam machen und eine Lösung vorschlagen, die sowohl die Sicherheit der Radfahrer*innen gewährleistet als auch eine umweltfreundliche Verkehrsgestaltung fördert.

Derzeit ist die Verkehrssituation für Radfahrer*innen am Ludgerikreisel problematisch. Viele Radfahrer*innen sind durch Stoppschilder, Rüttel Asphalt und den dichten Autoverkehr im Kreisverkehr verunsichert. Dies führt dazu, dass sie die ungünstigste Route wählen und ihre Fahrräder über die Zebrastreifen schieben oder fahren, was wiederum die Ein- und Ausfahrten für Autos und Busse blockiert.

Unser Vorschlag besteht darin, die äußere Fahrspur im Kreisverkehr (einschließlich der Einfahrten) in eine "Umweltspur" umzuwandeln, die ausschließlich von Fahrrädern, Bussen und Taxis genutzt werden darf. Auf diese Weise wird den Radfahrern eine sichere Route geboten, die vom Autoverkehr getrennt ist. Zudem würde dies zu einer Verringerung des Verkehrsaufkommens für Radfahrer führen. Die inneren Fahrspuren sollten weiterhin den Autoverkehr aufnehmen.

Wir sind der Überzeugung, dass die Einrichtung einer solchen "Umweltspur" am Ludgerikreisel die Verkehrssicherheit für Radfahrer*innen erhöhen und gleichzeitig zu einer nachhaltigen Verkehrsgestaltung beitragen würde. Es ist wichtig, dass die politischen Entscheidungsträger*innen diese Maßnahme unterstützen und die notwendigen Schritte unternehmen, um sie umzusetzen.

Als Jusos setzen wir uns für eine fortschrittliche Verkehrspolitik ein, die den Umweltschutz und die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen berücksichtigt. Wir sind zuversichtlich, dass die Einrichtung einer "Umweltspur" am Ludgerikreisel einen positiven Beitrag zur Verbesserung des Verkehrs in unserer Stadt leisten würde.

Wir fordern daher, unseren Vorschlag zu prüfen und die erforderlichen Maßnahmen zur Einrichtung der "Umweltspur" am Ludgerikreisel zu ergreifen. Gemeinsam können wir einen wichtigen Schritt hin zu einer nachhaltigen und fahrradfreundlichen Verkehrsgestaltung in Münster machen.

Wir Jusos sind davon überzeugt, dass die Umsetzung unserer Vorschläge eine entscheidende Rolle bei der Förderung einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Stadtentwicklung in Münster spielen wird. Durch die Begrünung öffentlicher Gebäude, die Installation von Solaranlagen, die

779 Förderung gemeinschaftlicher Gärten, die Verbesserung der Mobilität und die Schaffung einer
780 "Umweltspur" am Ludgerikreisel können wir nicht nur die Umwelt schützen, sondern auch die
781 Lebensqualität der Bürger*innen verbessern.

782 Die Jusos Münster fordern daher den Stadtrat auf, unseren Gesamtantrag zu unterstützen und
783 die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung dieser Initiativen zu ergreifen. Gemeinsam
784 können wir einen bedeutenden Beitrag zur Schaffung einer lebenswerten und nachhaltigen
785 Stadt leisten, in der Umweltschutz, soziale Verantwortung und die Bedürfnisse der
786 Bürger*innen im Mittelpunkt stehen.

A5 Menschenhandel und Zwangsprostitution in Europa und die kapitalistische Logik: Jungsozialistische Antworten

Antragssteller*in: Madita Fester

Inhaltswarning: Frauenfeindlichkeit, Zwangsprostitution, Gewalt, Vergewaltigung

Unter Menschenhandel versteht man die Ausbeutung von Menschen gegen ihren Willen in Verbindung mit einer Form der psychischen und physischen Gewaltausübung. Durch die Ausbeutung werden Gewinne erzielt, indem Menschen zu Zwangsarbeit oder Prostitution gezwungen oder Organhandel betrieben wird. Er ist hinter dem Drogenhandel die zweitgrößte Einnahmequelle insbesondere im Bereich der organisierten Kriminalität.

Laut einem Bericht der Europäischen Kommission sind 2017 und 2018 über 14.000 Menschen in der EU Opfer von Menschenhandel geworden; 72 Prozent der Betroffenen waren Frauen und Mädchen. Die Dunkelziffer ist sehr wahrscheinlich weitaus höher. 15 Prozent waren von Formen der Zwangsarbeit betroffen, ebenfalls 15 Prozent wurden zum Zweck der Zwangsbettelei, Organentnahme und Leibeigenschaft gehandelt. Über 60 Prozent der registrierten Personen sind Opfer von sexueller Ausbeutung geworden. Knapp die Hälfte der Opfer stammten aus einem EU-Land. Auch 2021 gab es über 7000 Opfer von Menschenhandel. Die Meldungen aus den EU-Staaten sind sehr unterschiedlich, da die EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels auf verschiedenem Stand der Umsetzung ist und die Ansätze zur Datenerhebung variieren.

Erste Richtlinien zur Zusammenarbeit gegen Menschenhandel wurden zwar auf den Weg gebracht, schaffen es aber nicht, Menschen vor Verschleppung und Ausbeutung zu schützen. Extreme Armut, Ausweglosigkeit oder der Wunsch nach einer besseren Zukunft machen BIPoC und Frauen besonders anfällig für den Menschenhandel. Viele EU-Länder haben bereits eine zentrale Berichterstattestelle, die Daten zu Menschenhandel im jeweiligen Land erheben. Diese müssen flächendeckend etabliert werden und enger zusammenarbeiten. Nur mit einer soliden Datenlage können effektive Maßnahmen gegen Menschenhandel, vor allem in organisierter Form vorgenommen werden. Im Bereich der Zwangsarbeit werden die Fälle der Bettelei immer häufiger. Dennoch kommt es sehr häufig zur Kriminalisierung derer, die betteln, statt der, die sie dazu zwingen. Hier muss es eine Umkehr hin zur Kriminalisierung der Menschenhändler*innen geben.

Menschenhandel ist die extremste Form der Ausbeutung und folgt dem Credo: patriarchale Gewalt hat einen materiellen Ursprung, der in der kapitalistischen Wertschöpfung liegt. Körper und Arbeitskraft werden in besonderer Weise durch eine kapitalistische Logik ausgebeutet und Machtstrukturen ausgenutzt. Durch die Einführung besondere Hilfsprogramme und Aufklärungsarbeit in verschiedenen Sprachen können wir Menschen schützen und die Angst vor Behörden abbauen, wenn Menschen beispielsweise gefälschte Papiere besitzen oder sich undokumentiert im jeweiligen EU-Land aufhalten. Diese Hilfsprogramme müssen von der EU gefördert werden, um auch die EU-weite Zusammenarbeit zu intensivieren und einheitliche Maßnahmen durchzusetzen. Anstatt einem Flickenteppich an Gesetzen und Regelungen, benötigt die EU eine einheitliche Strategie um gegen Menschenhandel vorzugehen und keine Lücken in einzelnen Staaten zu ermöglichen. Auf europäischer Ebene müssen klare Regulierungen durch die EU vorgenommen werden, um die Zusammenarbeit gegen Menschenhandel zu intensivieren und Opfer zu schützen. Die derzeitige Richtlinie sieht lediglich eine engere Zusammenarbeit vor, ohne genauere Rahmenbedingungen zu schaffen. Hier bedarf es einer klaren Vorgabe.

Zwangsprostitution auf EU-Ebene gemeinsam bekämpfen

Auch in Deutschland ist Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung die häufigste Form. Dies hat sich auch zum Beginn des Krieges in der Ukraine gezeigt, als bekannt wurde, dass insbesondere Frauen und Mädchen an Bahnhöfen abgefangen werden sollten, um sie zu prostituieren. Neben Mysogonie ist Rassismus Treiber von Zwangsprostitution. Ebenso spielt die sogenannte „Loveboy“-Methode in Deutschland eine zunehmend große Rolle, bei der Männer ihre Opfer meistens über das Internet kontaktieren und sie durch Aufmerksamkeit, Zuneigung und Geschenke in eine Abhängigkeit verstricken und sie später zu Prostitution verleiten oder zwingen. Vom Menschenhandel zum Zweck der Prostitution sind vor allem junge Frauen und minderjährige Mädchen betroffen, die meistens aus Deutschland, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Nigeria, Vietnam und Thailand stammen. Insbesondere Geflüchtete und Schutzsuchende und minderjährige Geflüchtete und Schutzsuchende zählen zur besonders vulnerablen Gruppe in Deutschland und sind im Durchschnitt häufiger betroffen. Dies hängt nicht zuletzt auch damit zusammen, dass Deutschland eines der liberalsten Prostitutionsgesetze in Europa besitzt und für Menschenhändler*innen so zu einem „attraktiven“ Ziel der Verschleppung bzw. Prostitution wird.

Insgesamt spielt das Internet zur Anlockung, Kommunikation und Anbietung von Menschen eine zunehmend große Rolle vor allem im Bereich der Zwangsprostitution. Verschiedene Foren werden kaum reguliert oder unterliegen wenigen bis keinen Sicherheitsvorkehrungen.

Durch die Kommunikation in Foren und Chats, die Verabredungen erleichtern, hat sich zudem eine Verschiebung von Prostitution in Privatwohnungen und Hotels ergeben, sodass die Kontrolle und Durchsetzung des in Deutschland geltenden Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG) erschwert wird.

Durch das Gesetz werden umfassende Regelungen zur Erlaubnispflicht, Mindestanforderungen an Prostitutionsstätten, die Pflicht zur Anmeldung und gesundheitlichen Beratung getroffen. Aussagen des BKA lassen vermuten, dass das ProstSchG insbesondere Zwangsprostitution nicht verhindern kann. Im Jahr 2020 gab es insgesamt 465 Ermittlungsverfahren wegen Menschenhandels und Ausbeutung von denen über die Hälfte (291) sexuelle Ausbeutung betrafen. 93,8 Prozent waren Frauen. Auch das BKA kommt zum Schluss, dass die Zahl der Verfahren wegen Menschenhandels steigen (+22,7 Prozent), die Opfer im Bereich der sexuellen Ausbeutung jünger sind als in den Vorjahren und es eine Verlagerung von Prostitution weg von Bordellen hin zu Privatwohnungen und Hotels gibt. Die Mehrheit der Verfahren wurden aufgrund von Kontrollen und nicht durch proaktives Zugehen auf die Polizei oder andere Behörden eingeleitet.

Dies sind erschreckende Zahlen, die zeigen: Der Kapitalismus macht vor der extremen Ausbeutung von Menschen und insb. Frauen und BIPOC in keinem Bereich Halt, denn sie sind in besonderer Weise von Menschenhandel, Unterdrückung, Verkapitalisierung von Körpern, Armut und Machtungleichgewicht betroffen. Wie weit wir von einer feministischen Gesellschaft oder Gleichberechtigung entfernt sind, ist erschreckend, weswegen es dringend nötig ist eine jungsozialistische Perspektive auf Menschenhandel zu werfen und hierfür antikapitalistische Lösungen zu formulieren.

Im europäischen Vergleich gibt es durchaus sehr unterschiedliche Umgangsweisen mit Prostitution: Schweden hat als erstes Land (und ist damit auch Namensgeber geworden) das Nordische Modell umgesetzt, bei dem nicht der Verkauf, sondern der Kauf von Sex verboten ist. Seit der Implementierung dieses Gesetzes und der damit einhergehenden Normenverschiebung in der Gesellschaft beschreibt Interpol Schweden als einen „toten Markt“ für Menschenhandel. Mit einer härteren Gesetzgebung im Bereich der Prostitution bzw. des Sexkaufs können also auch andere Formen des Menschenhandels eingedämmt werden, da der Markt generell unattraktiver wird. Auch die EU empfiehlt den Mitgliedsstaaten ihre Gesetze in die Richtung anzupassen, in denen die Inanspruchnahme der Dienstleistung bestraft wird, anstatt Prostitution zu kriminalisieren. Mittelfristig ist eine Umsetzung dieser Maßnahme durch die EU geplant. Währenddessen sind Deutschland und Niederlande mit einer Legalisierung ein häufiges Ziel für Sextourismus. Das niederländische Justizministerium schlussfolgert, dass

eine Legalisierung und Regulierung zu keiner Verbesserung der Situation von Prostituierten geführt habe. In Ländern wie Spanien, Italien, Portugal oder Belgien ist Prostitution zwar legal, aber die organisierte nicht. Hier werden vor allem Repressionen gegen die Prostituierten verzeichnet, die somit besonders schlecht vor Gewalt durch Zuhälter*innen, Freier und Sicherheitsbehörden geschützt sind.

Andrew Tate ist ein trauriges aktuelles Beispiel für die patriarchale und kapitalistische Gewalt, die hinter Zwangsprostitution steckt und den Schwierigkeiten, die weiterhin die effektive Verfolgung von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung erschweren: Inzwischen angeklagt für Vergewaltigung, Menschenhandel und Bildung einer kriminellen Organisation in Rumänien sollen er und sein Bruder Frauen zur Mitwirkung an pornographischen Inhalten gezwungen haben, um damit Geld zu verdienen. In die Abhängigkeit haben sie die sieben jungen Frauen durch die „Loverboy“-Methode gebracht. Andrew Tate ist bekannt für seine Mysogonie und Popularität bei vielen Männern und besonders Incels (Involuntary celibate). Für Andrew Tate sind Frauen das Eigentum von Männern und seien mit Schuld im Fall einer Vergewaltigung. Trotz seiner Bekanntheit und offen frauenfeindlichen Aussagen war es bis zum Zeitpunkt der Festnahme sehr schwer die Tate-Brüder dingfest zu machen. Solche Beispiele sind keine Seltenheit und wiederholen sich ständig.

Deswegen ist es an der Zeit, einheitliche Prostitutionsgesetze zu schaffen, die Frauen, Kinder und INTA-Personen schützen und Menschenhändler*innen keine Lücken bieten und damit EU-Länder als besonders attraktiv für die Zwangsprostitution erachten. Anstatt unterschiedliche soziale, kulturelle und rechtliche Eigenheiten im Umgang mit Frauenrechten der Mitgliedsstaaten vorzuschieben, ist es geboten, das EU-weite Ziel der Gleichberechtigung entschieden voranzutreiben. Frauen, Kinder und INTA-Personen müssen in jedem EU-Land gleich behandelt werden und Zwangsprostitution und Sextourismus, bei dem EU-Grenzen überschritten werden um die eigenen Prostitutionsgesetze zu umgehen, als gesamt-europäisches Problem bekämpft werden. Zudem braucht es Förderprogramme, die finanziell durch die EU getragen werden, um Frauen, Kinder und INTA-Personen europaweit vor patriarchaler Gewalt zu schützen und den kapitalistischen Zwängen, die zu Abhängigkeiten und Aussichtslosigkeit führen, entgegenzuwirken. Kapitalistische Zwänge und Ausbeutung begünstigen die ausweglose Lage vieler Betroffener nur weiter.

Nicht zuletzt muss es auch eine stärkere Regulierung im digitalen Bereich geben, bei der Täter*innen ihre Opfer beispielsweise im Internet anwerben oder anbieten.

Frauen, INTA-Personen und Kinder werden durch patriarchale und kapitalistische Zwänge in eine der schlimmsten Situationen gebracht, aus der sie ohne Hilfe und allein meist nicht herauskommen. Prostitution kann besonders im Fall der Zwangsprostitution nicht als einfache ökonomische Transaktion angesehen werden, denn Frauen, Kinder und INTA-Personen haben keinerlei Verfügung über ihren Körper mehr. Es kommt nicht nur zu sexualisierter Gewalt, sondern auch zu rassistischer und physischer Gewalt, Ausbeutung, gesundheitlichen Gefahren und Schikanen. In der Folge leiden viele Opfer der Prostitution unter posttraumatischen Belastungsstörungen. Es kommt zu einer besonderen Form der Entmenschlichung und Verobjektivierung von Frauen, Kindern und INTA-Personen.

Daher müssen mehr Anlaufstellen geschaffen werden, die Frauen, Kinder und INTA-Personen helfen sowie bei Behördengängen begleiten. Zudem muss diesen Behörden die Möglichkeit gegeben werden, proaktiv Hilfe anbieten zu können und beispielsweise einer Verschwiegenheitspflicht zu unterliegen. Dennoch kann durch die Umgehung des ProstSchG durch Zuhälter*innen und Menschenhändler*innen ein Großteil der Zwangsprostitution nicht aufgedeckt werden. Auch das proaktive Vorgehen durch Polizei und BKA kann nur einen Bruchteil der Straftaten aufdecken. Hier fehlt es gerade Menschen mit Fluchterfahrung und Migrationsgeschichte an Vertrauen in Behörden und Staatsgewalt. Daher ist eine Reformierung des ProstSchG unausweichlich um Frauen, Kinder und INTA-Personen vor Zwangsprostitution und Menschenhandel zu schützen. Hier muss auf EU-Ebene eine Richtlinie auf den Weg gebracht werden, die Menschenhandel zum Zwecke der sexualisierter Ausbeutung in die EU insgesamt härter reguliert und jene bestraft, die die Dienste in Anspruch nehmen, anstatt Prostituierte in die Illegalität zu treiben. Hierzu gehört auch, Maßnahmen zu ergreifen, die Frauen vor Armut und patriarchaler Gewalt schützen und über ihre Rechte aufklären.

Menschenhandel ist nur als die extremste Form patriarchaler und kapitalistische Gewalt gegen Menschen zu verstehen und zu analysieren. Als Jungsozialist*innen muss es unser Anspruch sein Menschenhandel in jeder Form zu bekämpfen und jene zu schützen, die besonders durch patriarchale, rassistischer und kapitalistische Gewalt betroffen sind. Deswegen fordern wir:

- Europaweite Maßnahmen gegen Menschenhandel ausweiten mit einem besonderen Blick auf den digitalen Bereich
- Verfolgung und Bestrafung von Menschenhändler*innen, statt Kriminalisierung Betroffener
- Angebote für von Menschenhandel Betroffene

- 969 - Zusammenarbeit staatlicher Behörden auf europäischer Ebene um organisierten
- 970 Menschenhandel effektiv zu bekämpfen
- 971 - Einrichtung nationaler Berichterstattungstellen für Menschenhandel in allen EU-Ländern
- 972 - Kriminalisierung der Ausnutzung von Menschen in Ausbeutungsverhältnissen
- 973 - Einheitliche europäische Prostitutionsgesetze, die Frauen und INTA-Personen
- 974 schützen und ihnen umfangreiche Rechte zuzusprechen
- 975 - Schließung von Gesetzeslücken und Verminderung von Sextourismus
- 976 - Anlaufstellen schaffen, die bei Behördengängen helfen, Ausstiegsprogramme und
- 977 Beratung anbieten

A6 Brick by Brick, Wall by Wall, Make the Fortress Europe Fall

Antragssteller*in: Carlos Apel

Die Staaten der Europäischen Union, darunter Deutschland haben mal wieder gezeigt, dass Menschenrechte nicht universell sind, dass ein rassistisches Migrations- und Grenzregime der beste Konsens zwischen den ach so tollen liberalen Demokratien ist und das kapitalistische Nationalstaaten mit Inbrunst die Festung Europa weiter ausbauen wollen. Am 8. Juni hat sich der Rat der Europäischen Union, auf die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylrechts (GEAS) geeinigt und damit einen weiteren Sargnagel in das Leben zahlreicher Schutzsuchender geschlagen und den Ausverkauf von Menschenrechten vorangetrieben. Fast genau 30 Jahre nach dem sog. Asylkompromiss ist die SPD wieder mitverantwortlich, das Asylsystem weiter ad absurdum zu führen. Die Folgen davon sind hohe finanzielle Steuerausgaben, psychische Traumata, Gewalterfahrungen, gesundheitliche Schäden, das Auseinanderreißen von Familien, massives humanitäres Leid und schließlich die Ermordung von Schutzsuchenden. Diesen Beschluss als einen historischen Erfolg zu bezeichnen, ist menschenverachtend und erschreckend. Erschreckend deswegen, weil damit der so schon rassistisch und aus einer kapitalistischen Verwertungslogik geführte Diskurs um Asyl- und Migration weiter befeuert wird und demokratische Parteien wie die SPD mit ihrer Politik weiter an von rechten und konservativen Kräften betriebene Positionen heranrücken lässt.

Keine Stimmen durch rechte Politik! Handfeste soziale und antifaschistische Politik!

Der Faschismus steht auf der Türschwelle. Die vielseitig beschworene Brandmauer ist, wenn nur noch in Teilen existent. Sei es der CDU-Landesverband Thüringen, welcher sich mit der rechtsextremen AfD eine Zusammenarbeit vorstellen kann, oder das gemeinsame Abstimmen bei AfD-Anträgen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene wie Andreas Scheuer neulich im Europaausschuss des Bundestages. Die sich verhärtende Ausrichtung der CDU in Richtung rechts-konservativ bekommt mit der Bestellung von Carsten Linnemann als neuen Generalsekretär eine neue Bedeutung und Bedrohung.

Von sich haltenden und wachsenden Umfragehöhen, Landräten und Bürgermeistern der AfD, wollen wir gar nicht erst anfangen. Dabei muss klar sein, dass rechte und menschenverachtende Politik kein Mittel für bessere Wahlergebnisse und gegen diese Art von Parteien ist. Rechtspopulistische und rechtsextreme politische Forderungen der AfD

1013 dürfen und können wir nicht entgegentreten, indem deren Positionen übernommen werden.
1014 Menschen die bereit sind bisher sehenden Auges die AfD zu wählen, werden nicht auf
1015 einmal demokratische Parteien wählen, wenn sie sehen, dass diese einen ähnlichen Kurs
1016 einschlagen. Der einzige Weg gegen diese ist antifaschistische und sozialgerechte Politik,
1017 die das Leben aller Menschen tatsächlich verbessert. Und dafür muss sich die SPD
1018 einsetzen. Auf europäischer Ebene setzt sich diese dringende Notwendigkeit fort. Hier finden
1019 sich in Italien, Schweden, Ungarn und Polen mittlerweile erstarkte und etablierte rechte
1020 Regierungen. Der Zusammenhalt der Europäischen Union und ihre Handlungsfähigkeit nach
1021 innen wird ebenfalls nicht mit den getroffenen Maßnahmen garantiert, sondern vielmehr
1022 weiter eingeschränkt und gefährdet.

1023 **Asyl-Kompromiss 2.0 - Jetzt noch verheerender**

1024 Zentraler Bestandteil des Beschlusses ist die Einrichtung von **EU-Grenzhaftlagern**, in denen
1025 sämtliche Schutzsuchende kategorisch inhaftiert und einem Freiheitsentzug unterworfen
1026 werden. Es geht um eine jährliche Inhaftierung von bis zu 120.000 Menschen. Und das nach
1027 dem Versprechen "Nie wieder Moria", welches unter anderem auch Teile des SPD-
1028 Bundesvorsitzes mitunterschrieben haben. Es ist zu befürchten, dass diese Lager fernab
1029 einer öffentlichen Kontrolle schnell überfüllt sein werden. Zudem sind mangelnde
1030 medizinische, psychische, rechtliche Beratungs- und Unterstützungsangebote, sowie
1031 fehlende Schutzräume für FINTA* und queere Personen und fehlende Übersetzungshilfen zu
1032 befürchten. Darüber hinaus werden die geplanten Haftlager Unmengen an Kosten
1033 verursachen. Mithilfe der Lager werden die regelmäßig rechtswidrigen Abschiebungen
1034 einfacher und zunehmen. Im gleichen Schritt ist eine Verdreifachung der
1035 Grenzverfahrendauer geplant, anstatt 4 Wochen nun 12 Wochen. Nach Einlegung von
1036 Rechtsbehelfen sogar 16 Wochen. Faire Asylverfahren unter menschenwürdigen
1037 Bedingungen sind über allen Maßen realitätsfern. In diesen Lagern soll dann die Entkernung
1038 des Asylrechts durch eine **Verhinderung von individuellen Asylverfahren**, welche
1039 mindestens in der Genfer Flüchtlingskonvention verbrieft sind, stattfinden. Mit den geplanten
1040 **Vorverfahren**, in denen eine "Zulässigkeit" zum eigentlichen Asylverfahren festgestellt
1041 werden soll, wird geprüft, ob eine Person von einem sog. sicheren Herkunftsstaat kommt und
1042 oder durch einen sicheren Drittstaat gereist ist. Nur wenn dies verneint wird, dann ist ein
1043 individuelles Asylverfahren zulässig. Die beschriebene Zulässigkeit eines
1044 Individualverfahrens ergibt sich schon aus einer menschenrechtlichen Schutzverantwortung
1045 und internationalen Abkommen, wie der Genfer Flüchtlingskonvention und der Istanbul
1046 Konvention. Entgegen jeder humanitären Politik erhalten nur jene ein Asylverfahren, welche
1047 nicht durch einen sicheren Drittstaat gereist oder von keinem sicheren Herkunftsstaat
1048 stammen. Damit verschärft die EU ihre Politik der Externalisierung ihres Grenzregimes und
1049 zieht einen menschenrechtsverletzenden Graben um sich herum. Diese Strategie stellt ein

1050 Schlüsselement des EU-Grenzregimes dar, mit dem auch Deutschland sich seiner
1051 humanitären Schutzverantwortung entzieht. Menschen, welche die beschriebenen
1052 Kategorien erfüllen, werden direkt außerhalb der EU abgeschoben, ohne dass diese Staaten
1053 den bisherigen mickrigen Standards eines "sicheren" Staates entsprochen hätten.

1054 Die angesprochenen Grenzverfahren sind für Menschen aus Herkunftsstaaten, deren
1055 durchschnittliche **Anerkennungsquote** unter 20 Prozent liegt, zwingend. Diese Einstufung
1056 missachtet das individuelle Recht auf Asyl und verkennet, dass auch in "Nichtkriegsgebieten"
1057 bestimmte vulnerable Gruppen von Verfolgung bedroht, sein können. Zudem ist fraglich, wie
1058 sich diese Anerkennungsquoten zukünftig berechnen lassen. Eine einmal festgelegte Quote
1059 kann nicht auf die dynamischen Entwicklungen von Migrationsbewegungen reagieren.
1060 Entgegen zahlreichen Beteuerungen und zahlreicher Menschenrechtsschutzverträge wird es
1061 infolge der Reform zu einer **Masseninhaftierung von Kindern** kommen, welche neben
1062 anderen schwerwiegenden Folgen zu einer massiven Traumatisierung dieser zu Folge hat.
1063 Keine Kinder hinter Stacheldraht! Dieses vermeintliche Versprechen der Bundesregierung
1064 bleibt erneut leer. Der geplante **Solidaritätsmechanismus** zur Verteilung von
1065 Schutzsuchenden bietet die Möglichkeit, sich durch eine Entgeltzahlung von der
1066 Verpflichtung zur Versorgung und Aufnahme der Schutzsuchenden freizukaufen. Dies kann
1067 die bestehende übermäßige Belastung der südlichen EU-Staaten verstärken und weitere
1068 Finanzmittel in den Ausbau von Grenzanlagen fließen lassen. Eine solidarische Verteilung
1069 von Geflüchteten zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Berücksichtigung der individuellen
1070 Bedürfnisse, wie bereits soziale oder familiäre Kontakte in bestimmten Ländern, muss daher
1071 unsere Forderung sein.

1072 Weiter kommt es zu einer **Verschärfung des Dublin-Systems**, indem die
1073 Überstellungsfristen von sechs auf 12 Monate verlängert und der Rechtsschutz
1074 eingeschränkt wird. Versteckt in den mit dem Beschluss zusammenhängenden
1075 Krisenverordnungen ist eine sog. **Instrumentalisierungsverordnung**, welche unter
1076 Umständen die vollständige Aushebelung jeglicher Asylverfahren und an sich
1077 menschenrechtsverletzende Push-Backs aus präventiven Gründen erlaubt. Neben der
1078 Missachtung völkerrechtlicher und menschenrechtlicher Schutzbestimmungen verursacht die
1079 bisherige und geplante Asyl- und Migrationspolitik der EU ein tatsächliches
1080 **Sicherheitsproblem**. Die Staaten der Europäischen Union begeben sich mit ihrer Angst vor
1081 Migration in eine immer stärker werdende außenpolitische Handlungsunfähigkeit. Die damit
1082 verbundene Abhängigkeit der EU bspw. gegenüber der Türkei zeigt sich darin, dass das
1083 Erdogan-Regime hinsichtlich seiner Rolle in der NATO und in seinem Verhältnis zu Russland
1084 frei bewegen kann. Repressive Asyl- und Migrationspolitik schafft damit nicht Sicherheit,
1085 sondern sorgt auf geopolitischer Ebene genau für das Gegenteil. So ergibt sich auch schon

1086 hieraus die Notwendigkeit, eine solidarische und menschenrechtsachtende Asylpolitik zu
1087 verwirklichen.

1088 **Mehr Externalisierung ist menschenverachtend! Kein Tunesien-Abkommen**

1089 Der GEAS-Beschluss wird gestützt durch einen weiteren Ausbau von Abschiebeabkommen
1090 und Ausweitung der Liste sog. sicherer Drittstaaten. In diesem Rahmen arbeitet die EU mit
1091 autoritären Staaten oder Diktaturen zusammen. Beispielhaft steht dafür das kürzlich
1092 abgeschlossene Abkommen mit Tunesien. Dieses wird der Europäischen Union Kosten in
1093 Höhe von 1,7 Mrd. € verursachen, welche in die Stabilisierung eines autoritären Regimes
1094 fließen. Ein Regime, welches regelmäßig Hetzjagden auf Schwarze Menschen und
1095 Massenabschiebungen, z.T. durch Aussetzung in der Wüste an der Grenze zu Libyen und
1096 Algerien, durchführt. So und nicht anders sieht die europäische Politik aus. Weitere
1097 Abschiebeabkommen darf es nicht geben! Diese Politik der Externalisierung muss
1098 niedergerissen werden.

1099 **Forderungen**

1100 Es muss endlich ein Ende haben, mit dieser rassistischen und menschenfeindlichen Asyl-
1101 und Migrationspolitik. Es muss heißen Brick by Brick, Wall by Wall, Make the Fortress
1102 Europe Fall! Daher fordern wir:

- 1103 - Aufbau eines öffentlichen Drucks gegen die geplante Reform auf allen politischen
1104 Ebenen
- 1105 - Keine erneute Zustimmung Deutschlands für ein Asyl- und Migrationssystem, welches
1106 Lager an den Außengrenzen beinhaltet
- 1107 - Abschaffung der Regelungen für sichere Drittstaaten und sichere Herkunftsstaaten auf
1108 nationaler, europäischer und internationaler Ebene
- 1109 - Ein Asyl- und Migrationspolitik im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention, der
1110 Istanbul-Konvention und der Europäischen Menschenrechtscharta
- 1111 - Freigabe der vom Bundestag beschlossenen Gelder ziviler Seenotrettung und Ausbau
1112 staatlicher Seenotrettung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene
- 1113 - Echte soziale und solidarische Sozialpolitik, statt rechts hinterherlaufen

1114 **A7 „Denk doch einer an die Kinder und** 1115 **Jugendlichen!“**

1116

1117 **Antragssteller*in: Jörn Kucharzeck**

1118

1119 **Einleitung**

1120 Die Kinder und Jugendpolitik ist ein wichtiger Teil sozialdemokratische Gesellschaftspolitik. Auf
1121 die Frage hin, welche Angebote die Stadt Münster für Kinder und Jugendliche bereithält, fallen
1122 vier Hauptthemen ins Auge. Diese sind die Fragen, ob es in der Stadt Münster ein Kinder und
1123 Jugendparlament, sowie eine Taschengeldbörse gibt und wie es um das Kinder und
1124 Jugendangebot der Stadtbibliothek Münster steht. Außerdem soll das Jugendzentrum Paul
1125 Gerhardt Haus eine größere Rolle einnehmen. Die Rechercheergebnisse zu den vier Themen
1126 und die sich daraus ableitenden Forderungen sollen nun im Folgenden einmal vorgestellt
1127 werden.

1128

1129 **Jugendrat**

1130

1131 **Allgemeines**

1132 Die Einrichtung eines Kinder und Jugendparlamentes für die Stadt Münster ist nicht von Nöten,
1133 da es schon einen Jugendrat der Stadt Münster gibt, welcher die Interessen der Kinder und
1134 Jugendlichen der Stadt Münster auf kommunaler und landesweiter Ebene vertritt. Dieser
1135 wurde 2008 als ständiges partizipierendes Gremium auf Beschluss des Stadtrates ins Leben
1136 gerufen und wird alle 3 Jahre neu gewählt. Die nächste Wahl ist für 2024 angesetzt. Seine
1137 maximal 30 Mitglieder*innen werden aus den 6 Stadtbezirken Münsters gewählt, müssen
1138 zwischen 12 und 17 Jahren sein und besprechen die Themen, die Kinder und Jugendlichen der
1139 Stadt beschäftigen und wie diese Anliegen bestmöglich an Politiker*innen weitergegeben
1140 werden können. Der Jugendrat kann außerdem Stellungnahmen verfassen, die er dann an die
1141 Fraktionen im Rat der Stadt Münster und den Oberbürgermeister richtet. Außerdem stellt der
1142 Jugendrat Arbeitsgruppen auf, in denen Projekte und Aktionen, um Münster politisch
1143 mitzugestalten, entwickelt werden und Vertreter des Jugendrates sind mit mindesten einer
1144 Person in den verschiedenen Ausschüssen der Stadt Münster, sowie in Beiräten und

1145 Bezirksvertretungen, aber auch im Stadtrat selbst mit 2 Mitgliedern vertreten. Als direktes
1146 Bindeglied zwischen Jugendrat und Verwaltung ist dem Jugendrat die „pädagogische
1147 Betreuung“ zur Seite gestellt, welche Sitzungen und Treffen mit entwickelt und sich um
1148 Einladungen oder Mitteilungen für den Jugendrat kümmert. Der Jugendrat bezeichnet sich
1149 selbst als überparteilich und überkonfessionell, die Mehrheit seiner Mitglieder sind nicht in
1150 einer Partei und auch diejenigen, die Mitglieder in einer Partei sind, sind zur Überparteilichkeit
1151 verpflichtet. Der Jugendrat bezieht ein jährliches Etat von 5000 € aus dem städtischen
1152 Haushalt, welches nicht ansparbar ist und trifft sich einmal im Monat.

1153

1154 **Forderungen**

1155 Da der Jugendrat ein partizipierendes Gremium ist, aber keine Mitentscheidungsrechte hat ist
1156 die Arbeit der Jugendratsmitglieder häufig frustrierend. So sagte z.B. ein Jugendratsmitglied in
1157 einem Gespräch mit dem Onlinemagazin „Alles Münster“, dass sie sich häufig nicht ernst
1158 genommen fühlen. Wenn die Jugend der Stadt von der Politik des Stadtrates stärker gehört
1159 werden soll, dann braucht sie eine stärkere Vertretung. Diese bekommt sie nur, wenn der
1160 Stadtrat Münsters dem Jugendrat Münsters das Mitentscheidungsrecht, zumindest bei
1161 Themen, die die Kinder und Jugendlichen sowohl mittelbar als auch unmittelbar betreffen,
1162 gewährt. Hierfür muss aber auch bedacht werden, dass wenn der Jugendrat stärker in den
1163 politischen Ablauf der Stadt eingebunden ist, sich die Intensität und/oder die Häufigkeit der
1164 Treffen erhöhen würde. Die Machbarkeit dessen muss daher unbedingt mit der
1165 pädagogischen Betreuung besprochen werden. Sollte sich der Jugendrat zu diesem Schritt
1166 entscheiden, so kann er durch seine Vertretung im Rat diesbezüglich einen Antrag stellen. Die
1167 SPD Münster sollte diesen Antrag dann mit der ihm gebührenden Ernsthaftigkeit diskutieren
1168 und nicht einfach „zu den Akten legen“! Weiterhin stellt sich die Frage ob man das jährliche
1169 Etat des Jugendrates nicht erhöhen, oder zumindest ansparbar machen sollte, um dem
1170 Jugendrat mehr Handlungs- und Ausbaumöglichkeiten zu geben. Eine bessere Finanzierung
1171 begrüßen wir ausdrücklich. Einen Schritt zur Stärkung der Kinder und Jugendrates kann die
1172 SPD Münster aber unmittelbar machen: Der Jugendrat Münster ist zwar parteipolitisch
1173 neutral, dass bedeutet aber vor allem, dass er dazu verpflichtet ist, mit allen Parteien in
1174 gleichem Maße zusammenzuarbeiten. Es ist an der Zeit, dass die Sozialdemokratie in Münster
1175 dieses Angebot annimmt und in Fragen der Kinder- und Jugendpolitik stärker mit dem
1176 Jugendrat zusammenarbeitet und dessen Themen auch zu ihren Themen macht.

1177

1178 **Taschengeldbörse**

1179

1180 **Allgemeines**

1181 Auch eine Taschengeldbörse gibt es in Münster. Im Jahr 2016 ins Leben gerufen agiert die
1182 Taschengeldbörse Münster als Vermittlungsstelle, mit dem Ziel Kinder und Jugendliche mit
1183 Senior*innen in Kontakt zu bringen. Kinder und Jugendliche haben hier die Chance ihr
1184 Taschengeld aufzubessern, indem sie von der Taschengeldbörse Münster an hilfsbedürftige
1185 Senioren vermittelt werden. Es dürfen sich Jugendliche im Alter zwischen 14 und 17 Jahren
1186 mit Einverständnis der Erziehungsberechtigten zur Vermittlung anmelden. Die Hilfe, die die
1187 Senior*innen von den Kindern und Jugendlichen nach erfolgreicher Vermittlung in Anspruch
1188 nehmen dürfen sind einfache und unregelmäßige Arbeiten, da Schüler*innen nur gefahrlose
1189 Tätigkeiten ausüben dürfen, die leicht und für sie geeignet sind. Die Tätigkeiten müssen ihrem
1190 körperlichen und geistig-seelischen Entwicklungsstand entsprechen. Die Jugendlichen
1191 benötigen keine Qualifikation und die Arbeiten sind nach Möglichkeit in der Wohnumgebung
1192 der Jugendlichen zu vermitteln. Die Aufgaben sollten nicht länger als 2 Stunden pro Tag und
1193 10 Stunden in der Woche dauern und die Beschäftigung darf nicht vor oder während des
1194 Schulunterrichtes erfolgen. Die Aufgaben sind versicherungsfrei und nicht steuerpflichtig, sie
1195 werden kurzfristig vermittelt und ausgeführt und eine Vergütung in Höhe von mindestens 5
1196 Euro wird empfohlen. Mögliche Aufgaben sind: Hilfe im Haushalt, Einkäufe, Hunde spazieren
1197 führen, kleinere Tätigkeiten im Garten (z. B. Rasenmähen), PC- oder Handy-Unterstützung.
1198 Nach der Vermittlung wird alles Weitere eigenständig mit den Anbietenden der
1199 Taschengeldaufgabe geregelt und geklärt, bei Meinungsverschiedenheiten oder anderen
1200 Schwierigkeiten kann man sich an die Taschengeldbörse wenden.

1201

1202 **Forderungen**

1203 Die Taschengeldbörse Münster hat vor allem zwei große Probleme. Das eine Problem ist das
1204 Problem der Finanzierung. Die Taschengeldbörse möchte ihr Angebot auch digitalisieren und
1205 nutzt dafür eine App, die von Freiwilligen entworfen wurde. Diese benötigt allerdings noch
1206 erhebliche Verbesserungen, wofür der Taschengeldbörse leider momentan die Finanzierung
1207 fehlt. Das zweite Problem ist der Mangel an interessierten Jugendlichen. Das Angebot der
1208 Taschengeldbörse erreicht derzeit noch zu wenige Jugendliche. Zu beiden Themen kann die

1209 Taschengeldbörse zwar einen Antrag zum Haushalt stellen dennoch sollte sich die SPD Münster
1210 hier beraten, wie sie das Angebot der Taschengeldbörse Münster für die Bürger der Stadt
1211 Münster sichtbarer machen kann. Es ist daher empfohlen, dass sich die SPD, oder eine
1212 Arbeitsgruppe der SPD, sowohl mit der Taschengeldbörse als auch mit dem Jugendamt und
1213 dem Jugendrat in Verbindung setzt um derartig Lösungsvorschläge zu diskutieren. Gerade das
1214 erklärte Ziel der Taschengeldbörse, eine Verbindung zwischen Kindern und Jugendlichen
1215 einerseits und Senior*innen andererseits aufzubauen empfinden die Jusos als gelebte
1216 intergenerationale Sozialpolitik, welche in den Hallen der Sozialdemokratie in Münster ihren
1217 Anklang finden muss!

1218

1219 **Jugendbibliothek**

1220

1221 **Allgemeines**

1222 Bei der Jugendbibliothek Münster handelt es sich um ein Angebot der Stadtbibliothek
1223 Münster. In ihren Räumen unterhält die Jugendbibliothek eine reiche Auswahl an Medien für
1224 Kinder und Jugendlichen, von Kratzbüchern für die Allerkleinsten, über Bilder und
1225 Kinderbücher, bis hin zu Jugendromanen und Sachbüchern. Doch nicht nur Bücher, sondern
1226 auch andere Medien, wie Tiptoystifte, Gesellschafts-/ und Konsolenspiele, DVDs, Hörbücher
1227 und Toni-Boxen können als Teil der sogenannten Bibliothek der Dinge ausgeliehen werden.
1228 Über das normale Leihangebot hinaus organisiert die Jugendbibliothek Münster auch noch
1229 öffentliche sowie private Veranstaltungen, wie zum Beispiel Vorlesungen für alle Altersklassen,
1230 das Bilderbuchkino, Lesen mit kleinen Wesen (Vorlesen für Kinder bis 3 Jahre), sowie
1231 Workshops, wie z.B. eine Schreibwerkstatt und MakeIT, wo Kindern und Jugendlichen
1232 Medienkompetenz und Programmieren beigebracht wird. Weiterhin arbeitet die
1233 Jugendbibliothek eng mit Kitas und Schulen aller Art zusammen und veranstaltet auf Wunsch
1234 Klassenführungen, die sich maßgeschneidert an dem Kenntnisstand der Klassen orientieren.
1235 Dort erhalten die Kinder und Jugendlichen vor allem eine Einführung in den Ausleihprozess
1236 und wie man die Angebote der Stadtbibliothek nutzen kann. Natürlich kann man sich auch
1237 ehrenamtlich in der Stadtbibliothek engagieren. Zurzeit unterhält die Jugendbibliothek
1238 Münster zwei ehrenamtliche Projekte: Die Leseluchse und die Leseleeze. Die Leseluchse sind
1239 ehrenamtliche Mitarbeiter*innen, welche den Kindern und Jugendlichen einmal im Monat zu
1240 einem bestimmten Thema (z.B. „Endlich Ferien“) aus Kinder- und Jugendbüchern vorlesen. Bei

1241 der Leseleeze handelt es sich um ein Lastenfahrrad mit über 40 Kinderbüchern und einem
1242 Kamishibei – Bilderbuchtheater. Freiwillige fahren dieses Bücherfahrrad zu Spielplätzen, Kitas
1243 und Festen und lesen den Kindern vor und laden zum selbst Lesen ein.

1244

1245 **Forderungen**

1246 Die vollbeschäftigten und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen der Jugendbibliothek Münster
1247 leisten durch ihr Tun einen wichtigen Beitrag zur Sprach und Leseförderung von Kindern und
1248 Jugendlichen. Darüber hinaus leisten sie auch einen nicht unerheblichen Beitrag für die
1249 Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen durch das „MakeIT“ Angebot und durch die
1250 pädagogische Medienberatung für die Konsolenspiele. Die Jugendbibliothek Münster versteht
1251 sich als ein sogenannter „dritter Raum“, das heißt als sozialer Aufenthaltsort für Kinder und
1252 Jugendliche neben Familie und Schule. Um die zahlreichen Angebote der Jugendbibliothek
1253 weiterhin unterhalten zu können muss das Budget der Stadtbibliothek stabil bleiben oder
1254 wachsen. Gerade die unterschiedlichen Veranstaltungen haben unter der Pandemie stark
1255 gelitten und sich noch nicht ganz erholt. Um auch weiterhin eine gute Ausstattung der
1256 Veranstaltungsräumlichkeiten gewährleisten zu können und um mehr Platz-/ und
1257 Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu schaffen plant die Stadtbibliothek
1258 Münster langfristige räumliche Anpassung, für die ebenfalls eine langfristige Finanzierung
1259 notwendig ist.

1260

1261 **Paul Gerhardt Haus**

1262

1263 **Allgemeines**

1264 Das Jugendzentrum Paul Gerhardt Haus in Münster (auch PG Haus oder PG genannt) ist eines
1265 der zehn Jugendzentren im Bezirk Münster Mitte. Es befindet sich in Trägerschaft der ev.
1266 Erlöser- Kirchengemeinde und ist mit 600qm² das größte innerstädtische Jugendzentrum der
1267 Stadt. Das PG begann Mitte der 60er Jahre als Zusammenschluss verschiedener Kindergruppen
1268 aus dem dann über die Zeit ein richtiges Jugendzentrum wurde. Im Jahr 1982 erfolgte dann
1269 der Umzug in die derzeitigen Räume. Früher arbeitete das PG Jugendzentrum nach dem Prinzip
1270 der Fürsorgeerziehung und es gab unter den Mitarbeitenden eine feste Hierarchie. Um die
1271 Arbeit des PG Jugendzentrums besser mit der Erlösergemeinde koordinieren zu gründen,
1272 gründete das Presbyterium einen Jugendausschuss mit jeweils 4 Presbyter*innen und 4

1273 stimmberechtigten Vertreter*innen der Jugendlichen, die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen
1274 nahmen beratend teil. Ab 1992 wurde dann das Teamsystem für die Hauptamtlichen
1275 Mitarbeiter eingeführt. Von nun an waten die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen für das, was
1276 sie in ihrem Bereich taten, selbst verantwortlich und alle sind in der Entscheidungsfindung
1277 gleichberechtigt. Formal wurde das System von der Landeskirche nach 10 Jahren beendet,
1278 inhaltlich arbeitet das Team allerdings weiter als im Team. Partizipation ist ein wesentliches
1279 Merkmal der Arbeit. So wurde während der Pandemie auch ein monatliches Plenum der
1280 Besucher*innen initiiert, indem alle wesentlichen Fragen des Hauses besprochen und
1281 mitentschieden werden. Die Angebote die das PG Jugendzentrum für Kinder und Jugendliche
1282 wöchentlich bereitstellt sind zahlreich und erstrecken sich von Improvisationstheater,
1283 Theaterprojekten, Musik, Rap und Tanz bis hin zu Koch-/ und Handwerksprojekten und
1284 Großveranstaltungen wie Konzerten, Theateraufführungen, Jamsessions und Tanzevents.
1285 Dennoch ist und bleibt der offene Bereich im Erdgeschoss des PG Jugendzentrums das
1286 Herzstück der Einrichtung. Es ist ein Ort der Begegnung und des Miteinanders aber auch der
1287 Ort, wo Kinder und Jugendliche auf der Vertrauensbasis der kontinuierlichen Beziehungsarbeit
1288 eine erste Beratung bei Sorgen und Problemen finden können. Für viele hilfsbedürftige Kinder
1289 und Jugendliche ist diese Beratung der erste Schritt zu einer Beratungsstelle, da sie als
1290 Erstberatung gedacht ist, aber nicht spezifisch fachliche Erstberatung ersetzen kann. Die
1291 Offenheit des offenen Bereiches wird besonders großgeschrieben. Alle Kinder und
1292 Jugendlichen sollen hier ungeachtet ihres Geschlechtes, ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft, ihrer
1293 sexuellen Identität und Orientierung und ihrer körperlichen oder geistig-seelischen
1294 Einschränkungen einen sicheren und gewaltfreien Ort haben. Diversität wird als Chance begriffen,
1295 nicht als etwas, was uns trennt, sondern als etwas, was uns neugierig aufeinander machen soll.
1296 Garantiert wird dies durch den unermüdlichen Einsatz der Haupt-/ und Ehrenamtlichen
1297 Mitarbeiter sowie der Honorarfachkräften und diejenigen die hier ihr Praktikum und
1298 Praxissemester absolvieren.

1299

1300 Weitere große Themen der Jugendarbeit im PG Jugendzentrum sind: Die Arbeit mit Kindern
1301 und Jugendlichen, die während der Corona Pandemie durch das soziale Netz gefallen sind und
1302 nun wieder einen Platz brauchen um sich sozial ausleben zu können; die Arbeit mit
1303 geflüchteten Kindern und Jugendlichen, sowie die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aus
1304 der Unter-/ und unteren Mittelschicht. Auch hier spielt die weit auseinandergehende Schere

1305 zwischen arm und reich zunehmend eine Rolle: das hiesige Kochangebot ist für viele eine
1306 wichtige warme Mahlzeit in der Woche.

1307

1308 Daneben stellen die Mitarbeitenden auch bei eher bildungsnahen jungen Menschen eine hohe
1309 Verunsicherung und große Zukunftsängste fest. Hervorgerufen ist dies durch die Klimakrise
1310 und das Gefühl der Ohnmacht gegenüber einer Welt in der die ungerechte Verteilung der
1311 Ressourcen als gegeben hingenommen wird.

1312

1313 **Forderungen**

1314 Natürlich hat, wie viele andere Jugendangebote, auch das PG Jugendzentrum unter der Corona
1315 Pandemie stark gelitten. Viele Veranstaltungen in und Angebote in fast allen Bereichen sind
1316 weggefallen. Dennoch ist das Hauptproblem des Paul Gerhardt Jugendzentrums von einer
1317 weitaus größeren und existenzielleren Natur: Das Paul Gerhardt Haus soll zum Januar 2024 hin
1318 abgerissen werden. Die Gründe hierfür sind finanzieller und kirchenpolitischer Natur. Leider
1319 beträgt wegen der Finanzierungsschwierigkeiten der ev. Erlöser Kirchengemeinde die Größe
1320 des PG Jugendzentrums im geplanten Neubau nur um die rund 130qm². Eine Fortführung der
1321 derzeitigen Jugendarbeit mit all ihren diversen Angeboten ist unter diesen Bedingungen
1322 schlicht weg nicht mehr denkbar! Da für die Bauzeit ebenfalls drei Jahre eingeplant sind stellt
1323 sich für das PG Jugendzentrum die Frage wo es in der Übergangszeit unterkommen soll. Daher
1324 müssen zunächst für die Dauer der Bauzeit im innerstädtischen Bereich geeignete
1325 Räumlichkeiten gefunden werden, in denen die Kinder und Jugendarbeit auf dem derzeitigen
1326 Niveau weitergeführt werden kann. Diese sollten nach Möglichkeit in einem Objekt
1327 angesiedelt sein und sich nicht auf unterschiedliche, in der Innenstadt verstreute Objekte
1328 aufteilen um so nicht die Einheit des PG Jugendzentrums zu gefährden. Weiterhin bleibt
1329 natürlich die Notwendigkeit, dass das PG Jugendzentrum auch in den neuen Räumlichkeiten
1330 genügend Platz zugesprochen bekommt. Geld bleibt hierbei das größte Problem, sowohl die
1331 Ausweichräume als auch die gewünschte Aufstockung der neuen Räumlichkeiten müssen
1332 finanziert werden. An dieser Stelle würden die Jusos daher gerne auch auf die Aktion „Rettet
1333 das PG!“ hinweisen und die SPD Münster bitten dieser nach wie vor soweit wie möglich mit
1334 Rat und Tat beizustehen, in dem sie weiterhin gezielt bei der Suche nach Ausweichräumen
1335 sowie bei der Planung und Durchführung weiterer Aktionen zu unterstützend mitwirkt. Wir
1336 Jusos empfinden es als die Pflicht der Sozialdemokratie, einer Einrichtung wie das PG

1337 Jugendzentrum, in der seit 40 Jahren junge Menschen aus allen Schichten des Lebens ein
1338 soziales Zuhause neben der Schule und der Familie finden und die ein Ort ist, in dem sich
1339 Kinder und Jugendliche frei entfalten und zu besseren Menschen werden können, in dieser
1340 schwierigen Situation zu helfen. Sollte mit dem PG Jugendzentrum das größte innenstädtische
1341 Jugendzentrum wegfallen ohne dass sich die Politik einmischt, so wäre dies eine Zäsur in der
1342 Kinder und Jugendpolitik Münsters!

1343

1344 **Schlusswort**

1345 Die angesprochenen Beispiele zeigen leider nur einen kleinen Teil der umfassenden Kinder und
1346 Jugendangebote in Münster. Dadurch zeigen die leider auch nur ein kleiner Teil der Probleme
1347 die die Kinder und Jugendangebote in Münster haben. Wir müssen davon ausgehen, dass die
1348 zahlreichen anderen Angebote sowohl unter den gleichen oder ähnlichen, als auch unter ganz
1349 anderen Problemen leiden. Nichtsdestotrotz und auch gerade deswegen ist es an der Zeit für
1350 die SPD Münster sich mit den beiden vorrangigen Problemen, die sich durch die Recherche
1351 ergeben haben näher zu beschäftigen: Die Finanzierung und die mangelnde öffentliche
1352 Aufmerksamkeit für die Anliegen von Kindern und Jugendlichen einerseits und für die
1353 Angebote für Kinder und Jugendliche andererseits. In Fragen der Finanzierung sollte der
1354 kurzfristige Fokus der Finanzierung im Rahmen der Kinder- und Jugendpolitik auf dem Erhalt
1355 und Unterstützung der bereits bestehenden Projekte liegen. Ein neuer Abenteuerspielplatz
1356 zum Beispiel wäre zwar eine schöne Sache, aber wenn dadurch die Finanzierung
1357 beispielsweise eines Jugendzentrums oder einer Jugendbibliothek wegfällt ist dies nicht als
1358 einen Fortschritt in der Kinder und Jugendpolitik, sondern als einen Rückschritt zu empfinden!
1359 Da die derzeitigen Kinder und Jugendangebote der Stadt allerdings nicht nur ein weiterhin
1360 stabiles Budget, sondern darüber hinaus in einzelnen Fällen auch eine Budgeterhöhung
1361 benötigen, sollte sich die SPD Münster für eine Erhöhung des Kinder und Jugendhaushaltes
1362 der Stadt stark machen. Um das Problem der mangelnden öffentlichen Aufmerksamkeit zu
1363 bekämpfen, sollte als erster Schritt ein ständiger Ausschuss für Kinder- und Jugendpolitik ins
1364 Leben gerufen werden, der im Auftrag der Partei den Kontakt mit dem Jugendrat, dem
1365 Jugendamt, den Kitas und Schulen, den Jugendzentren sowie allen anderen Anbietern von
1366 Angeboten für Kinder und Jugendliche der Stadt Münster sucht um sich derer Anliegen
1367 anzunehmen und um gemeinsam mit ihnen eine effektive sozialdemokratische Kinder und
1368 Jugendpolitik für Münster zu gestalten

1369

1370 Quellen:

1371

1372 • Jugendrat

1373 ◦ <https://jugendrat-muenster.de/> (Abgerufen am 05.07.2023)

1374 ◦ <https://www.allesmuenster.de/jugendrat-in-muenster/>

1375 • Taschengeldbörse:

1376 ◦ <https://www.taschengeldboerse-muenster.de/de/taschengeldboerse/das-projekt/>
1377 (Abgerufen am 05.07.2023)

1378 ◦ Telefonat mit Vertretern der Taschengeldbörse (geführt am 05.07.2023)

1379 • Jugendbibliothek

1380 ◦ Telefonat mit Verantwortlichem der Jugendbibliothek Emanuel Spiegelburg (geführt
1381 a, 06.07.2023)

1382 • Paul Gerhardt Haus

1383 ◦ Gespräch mit Gert Herrera

A8 Gefängnisse und Kriminalitätserfassung feministisch umbauen! Transformative Gerechtigkeit stärken!

Antragssteller*innen: Hannah Reith, Carlos Apel

Das heutige Strafjustizsystem mit seinen verschiedenen Elementen ist durch seine historische Entwicklung durch reiche, weiße Männer beeinflusst und dominiert. Dieses Sinnbild patriarchaler Machtausübung schlägt sich nieder in der Frage, was kriminalisiert wird, wie und von wem Strafverfolgung stattfindet und wie die Gesellschaft mit sozial konstruierter Kriminalität umgeht. Neben den Sicherheitsbehörden wie der Polizei stellen das karzerale Strafvollzugswesen und die Erfassung der darin behandelten Kriminalität zentrale und dringend zu reformierende Elemente des Strafjustizsystem dar.

Strafjustizsystem und Gefängnisse

Unsere geschlechtsspezifische Sozialisation reicht bis in das Kriminalitätsverhalten und das Strafvollzugswesen herein. Dieses ist heteronormativ organisiert und dabei besonders an der männlichen Norm orientiert, was zur Benachteiligung der Bedürfnisse von allen führt, die nicht männlich sind oder so gelesen werden. Der Anteil von weiblichen Personen an den Gefängnisinsass*innen in der Bundesrepublik Deutschland beträgt circa 6 %. Frauen begehen tendenziell weniger schwere Straf- und Gewalttaten als Männer, sodass sie auch überwiegend geringere Sanktionen und kürzere Haftstrafen verbüßen müssen. Durch ihren geringen Anteil und die kürzere Verweildauer sind die Bedingungen vor Ort oftmals nicht angemessen auf sie eingestellt. So leiden Frauen und weiblich Gelesene mehr unter der Zerrüttung der familiären Strukturen durch ihren Haftaufenthalt, was künftiges straffälliges Verhalten fördert. Bei Frauen und weiblich Gelesenen ist der Anteil der Betäubungsmittelabhängigen mit circa der Hälfte größer als mit einem Drittel bei den Männern, ohne dass allerdings Betäubungsmittelabhängigkeit hier besonders thematisiert wird. Außerdem sind viele der weiblichen Inhaftierten Opfer von sexueller Gewalt oder sexuellen Übergriffen gewesen, sodass die Tendenz besteht, dass sie nach ihrer Entlassung wieder in gewalttätige Beziehungen zurück geraten. Hier braucht es dringend andere Unterstützungsangebote. Psychische Erkrankungen wie Depressionen und Suizidalität sind häufig eine Folge der Inhaftierung, sodass eine auf diese Bedürfnisse ausgerichtete soziale Unterstützung und Möglichkeiten zur Aufarbeitung von Traumata, sowie die Erarbeitung von konstruktiven Bewältigungsmechanismen nötig ist. Gerade das ist allerdings in Männeranstalten gar nicht der Fall. Schließlich wird auch die medizinische Versorgung nicht den realen Ansprüchen gerecht, da insb. die Regelungen zur Empfängnisverhütung, Abtreibungen und der Sterilisation

1419 ohne medizinische Indikation lückenhaft sind. Weiter beachtet das Strafjustizsystem nicht die
1420 doppelte Bestrafung von straffällig gewordenen Frauen und weiblich Gelesenen, da diese
1421 einmal durch die Verurteilung an sich und zusätzlich noch durch die Verletzung der ihnen
1422 zugeschriebenen weiblichen Geschlechterrolle gesellschaftlich bestraft werden. Die
1423 Sanktionen durch die Verurteilung wirken daher umso stärker. Dies sollte im Strafmaß unter
1424 Beleuchtung aller Umstände des Einzelfalls berücksichtigt werden.

1425 **Schutzräume nicht vorhanden - Trennungsgebote nicht umgesetzt**

1426 Oftmals werden die Trennungsgebote zwischen Untersuchungshaft und Strafvollzug,
1427 Erwachsenen- und Jugendhaft sowie Männer- und Frauenvollzug nicht eingehalten. Weibliche
1428 Inhaftierte waren in Deutschland in 45 Anstalten untergebracht, wobei es in Deutschland nur
1429 5 reine Frauen-Justizvollzugsanstalten gibt. Das bedeutet, dass weniger als die Hälfte der
1430 weiblichen Inhaftierten in reinen Frauenanstalten untergebracht ist und ein Großteil ihre
1431 Strafen in gesonderten Frauenabteilen von Männeranstalten verbüßt. Doch auch die Anzahl
1432 an Männeranstalten, die bundesweit Frauen und weiblich Gelesene aufnehmen, reicht nicht
1433 aus, sodass der Frauenvollzug bundesweit überbelegt ist und die Frauen und weiblich
1434 Gelesenen nicht wohnortnah untergebracht werden können. Die große Entfernung zum
1435 Wohnort stellt ein Hindernis sowohl bei der Kontaktaufrechterhaltung mit der Familie und
1436 Freund*innen, als auch bei der Entlassungsvorbereitung dar. Durch die große Distanz ist es
1437 bei Vollzugslockerungen schwieriger, Besuche zuhause abzustatten und es wird bei der
1438 Wiedereingliederung auf große Distanz schwieriger, sich eine neue Arbeitsstelle zu suchen.
1439 Das steht dem Resozialisierungsziel des Strafvollzugs gemäß § 1 S. 1 StVollzG NRW
1440 entgegen und benachteiligt Frauen und weiblich Gelesenen damit mit Blick auf ihre
1441 Wiedereingliederung in die Gesellschaft und zurück in ein Leben in sozialer Verantwortung
1442 und ohne Straftaten. Darüber hinaus werden Frauen häufig wegen straffälliger männlicher
1443 Partner ebenfalls straffällig. Ein Strafjustizsystem muss dafür sorgen, dass Menschen, welche
1444 mit diesen in Berührung kommen, nicht in die gleichen negativen Abhängigkeitsverhältnisse
1445 geraten.

1446 **Arbeits- und Ausbildungssituation**

1447 Bezüglich der Arbeits- und Ausbildungssituation ergeben sich weitere Besonderheiten: Viele
1448 befinden sich tendenziell in einer sozio-ökonomischen ungünstigeren Lage, verfügen über
1449 keine abgeschlossene Berufsausbildung, weisen einen höheren Anteil an
1450 Sozialhilfeempfängerinnen und damit auch eine niedrigere Beschäftigungsquote auf. Das
1451 Ausbildungsangebot ist gerade in kleineren Haftanstalten meist auf „klassische Frauenberufe“
1452 beschränkt. Ebenfalls sind die Chancen durch ihren Lebenslauf und die Haft auf dem
1453 Arbeitsmarkt erheblich eingeschränkt, wenn mancherorts nur Ausbildungsberufe zur Köchin,
1454 Friseurin oder Modenäherin möglich sind, die als schlecht bezahlte Berufe kaum Perspektive

für ein finanziell abgesichertes Leben außerhalb der Haft bieten. Des Weiteren sind die Beschäftigungsmöglichkeiten insgesamt unzureichend, wodurch die Frauen und weiblich Gelesenen beschäftigungslos bleiben und nicht die Chance haben, ihre Schulden zu tilgen oder sich Rücklagen aufzubauen. Gänzlich aus dem Raster fallen diejenigen, deren Haftzeit zu kurz für die Wahrnehmung eines Ausbildungsangebots ist, oder die wegen ihres zu geringen Bildungsniveaus nicht für die Teilnahme geeignet sind. Hier braucht es bessere Bildungs- und Hilfsangebote, welche sich auch auf die Bereiche von psychosozialer Beratung erstrecken sollten. Hier ist auch eine Kooperation mit ortsansässigen Berufsschulen denkbar. Dies würde sowohl das Problem der für eine gesamte Ausbildung zu kurzer Haftzeit als auch das der mangelnden Vielfalt der Ausbildungsmöglichkeiten angehen.

Gefängnisse mit zweifelhafter Legitimität und Nutzen

Es kann kein Antrag zum Strafjustizsystem gestellt werden, ohne eine grundsätzliche Kritik an Gefängnissen miteinzubeziehen. Gefängnisse sind der ultimative Ausdruck des staatlichen Gewaltmonopols, jedoch mit zweifelhafter Legitimität. Menschen in Gefängnissen sind der staatlichen Gewaltausübung schutzlos ausgeliefert und sind dabei einem massiven Machtgefälle unterworfen, in welchem sich Rassismen und Sexismen wiederfinden. Zudem tritt der Staat selbst häufig als Täter auf, bspw. in Fällen von Polizeigewalt gegen BIPoC.

Gerade Konservative sehen in Gefängnissen ein Mittel gegen sexualisierte Gewalt aufgrund einer angeblichen Präventiv- bzw. Abschreckungswirkung. Allerdings ist diese weitgehend widerlegt und damit auch kein ausreichender Legitimationsgrund. Im Gegenteil besteht ein empirisch belegtes erhöhtes Risiko, im Gefängnis sexualisierte Gewalt zu erfahren. So zeigen Erhebungen in den USA, dass die Wahrscheinlichkeit, Opfer sexualisierter Gewalt zu werden, im Gefängnis fast 30-mal höher ist als außerhalb. Dabei wird ein Großteil der Übergriffe durch die Wärter*innen begangen. Die Vergewaltigungen zwischen Männern im Gefängnis dienen nicht primär der sexuellen Befriedigung, sondern sind Ausdruck der vorherrschenden gesellschaftlichen Misogynie. Vorstellungen wie "jemanden zur Frau machen" und die damit verbundene Sicherung von Machtpositionen kommen hier zum Tragen. Darüber hinaus sind Sicherheitsbehörden wie Polizei und Justizvollzugsanstalten patriarchale Organisationen und können damit keine wirksamen Mittel zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt sein. Die Effektivität der Gefängnisse als Mittel gegen sexualisierte Gewalt ist auch vor dem Hintergrund, dass nur 0,38 % aller Sexualstraftaten zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung führen, sehr fraglich. Das primäre Ziel der Sicherung der gewaltausübenden Person wird also kaum erfüllt, sondern das Problem nur in den Haftkontext verschoben.

Gefängnis als Mittel zur Herstellung von Gerechtigkeit

1489 Darüber hinaus werden mit der Fokussierung eines Strafjustizsystems auf Gefängnisse und
1490 Einzelverurteilungen zentrale Bedürfnisse der Betroffenen missachtet und es kommt zu einer
1491 Individualisierung der Täter*innen. Zentral für die Verarbeitung des Erlebten ist die
1492 Anerkennung der Schuld durch die Täter*innen und die Entschuldigung und Reue gegenüber
1493 der Betroffenen und Opfer. Dies ist ohne Geständnis aber kaum möglich, was wiederum die
1494 Verurteilung garantieren würde und daher nur selten passiert. Die Herbeiführung von
1495 Gerechtigkeit für die Betroffenen und Opfer spielt nur eine untergeordnete Rolle. Opfer dienen
1496 der Strafverfolgung maximal als Beweismittel in Form von Zeug*innenaussagen. Erneut wird
1497 das Patriarchat als grundlegende Ursache für geschlechtsspezifische Gewalt nicht
1498 mitbetrachtet und verliert somit auch an gesellschaftspolitischer Aufmerksamkeit. Das
1499 Gewaltnarrativ einzelner Vorfälle physischer Gewalt gewinnt gegenüber dem eigentlich
1500 ursächlichen, sozialisierten mangelnden Kontrollverhalten und misogynen Praxis. Eine
1501 Verhaltensänderung bei der gewaltausübenden Person wird nicht angestoßen. Eine solche
1502 würde individuell einer wiederholten Gewaltausübung vorbeugen und strukturell die
1503 patriarchale Gewalt produzierenden Wirkungsmechanismen anerkennen und diesen
1504 entgegenwirken. Ein Strafjustizsystem, welches diese zentralen Punkte außer Acht lässt, kann
1505 und darf nicht bestehen bleiben. Eine feministische Umstrukturierung ist alternativlos.

1506 **Abolitionismus, Transformative Gerechtigkeit und Forderungen**

1507 Gehalte der Abolitionismus-Bewegung und der transformativen Gerechtigkeit sind demnach
1508 im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt deutlich vorzugswürdiger. So braucht es einen
1509 Ausbau des sog. Täter-Opfer-Ausgleichs. Weitere - auch gesellschaftliche - Maßnahmen der
1510 Verantwortungsübernahme und Verhaltensänderung der gewaltausübenden Personen sind
1511 unabdingbar. Es geht hierbei darum, nicht-staatliche Institutionen und Räume für eine
1512 gesellschaftliche Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht für entstandene Verbrechen zu
1513 schaffen. Die Unabhängigkeit von einer staatlichen patriarchalen Schutzmacht ist notwendig,
1514 um den liberalen negativen Schutzbegriff abzulegen und tatsächliche positive Sicherheit
1515 herstellen zu können. In diesem Kontext muss "Defund and disarm the Police" Maßgabe
1516 innenpolitischer Politik sein. Mit den freiwerdenden Mitteln sind psychosozialen
1517 Beratungsstellen und Notdienste, Sozialarbeiter*innen, Bildungseinrichtungen, Hausprojekte,
1518 Frauenhäuser und insb. der Aufbau von Strukturen transformativer Gerechtigkeit zu fördern.
1519 Hilfsangebote dürfen dabei nicht der kapitalistischen Gewinnmaxime unterworfen werden. Sie
1520 müssen durch öffentliche Gelder ausfinanziert werden. Andere Maßnahmen außerhalb des
1521 Strafjustizsystems wie bezahlbare Mieten, günstige Lebensmittel und soziale Gerechtigkeit
1522 stellen tatsächliche Sicherheit her und müssen als solche stärker verfolgt werden.

1523 Die Umstrukturierung und teilweise Auflösung des bestehenden Strafjustizsystems ist
1524 notwendig, da das jetzige karzerale System gesellschaftliche, strukturelle

1525 Diskriminierungsformen sowie Macht- und Gewaltverhältnisse zulässt und gleichzeitig an einer
1526 falschen Vorstellung von sicherheitsschaffenden Maßnahmen festhält. Gleichzeitig
1527 verschlimmern sich die bestehenden Verhältnisse, da das bestehende patriarchale,
1528 kapitalistische und rassistische System Kriminalitätsgründe reproduziert und vermehrt. Neben
1529 kurzfristigen Mindeständerungen ist daher eine grundlegende Reform dringender notwendig.

1530

1531 Wir fordern:

- 1532 • besondere Schutzräume für Menschen außerhalb des heteronormativen Systems
- 1533 • umfassende soziale, finanzielle, psychische und gesundheitliche Unterstützung und
1534 Versorgung von Frauen und weiblich Gelesenen in und nach der Haft in Form von
1535 Beratungs- und Therapieangeboten für Sucht- und andere psychische Erkrankungen
- 1536 • verbesserte, auf die Bedürfnisse der Inhaftierten abgestimmte Haftbedingungen:
 - 1537 ○ Ausbau von Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten mit der Chance auf
1538 echte wirtschaftliche Unabhängigkeit, auch für kurzfristige Aufenthalte
 - 1539 ○ Einhaltung der Trennungsgebote zu männlichen Inhaftierten, zwischen
1540 verschiedener Schweregraden von Straftaten und Alter der Inhaftierten
 - 1541 ○ Besondere Aufenthalts- und Begegnungsräume, welche auch Kinder gerecht
1542 ausgestaltet sind
 - 1543 ○ Wohnortnahe Unterbringungsmöglichkeiten, auch in anderen Modellen als der
1544 klassischen Haftanstalt
 - 1545 ○ Finanzielle Unterstützung und infrastrukturellen Ausbau der
1546 Besuchsmöglichkeiten
- 1547 • Grundlegendes Umdenken in der Nutzung von Gefängnissen und eine
1548 gesellschaftliche Debatte über den Umgang mit Kriminalität nach abolitionistischer
1549 Vorstellung
- 1550 • Umbau und Ergänzung des Strafjustizsystems nach Ansätzen transformativer
1551 Gerechtigkeit, insb. durch Umverteilung finanzieller Mittel
- 1552 • Verteilung der Finanzmittel zugunsten von Beratungsangeboten und
1553 zivilgesellschaftlichen Schutzräumen und damit ein Fokus auf nachhaltige Prävention
1554 statt reaktive Repression
- 1555 • Schaffung zivilgesellschaftlicher Institutionen kollektiver Verantwortlichkeit zur
1556 Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt

1557 Kriminalstatistiken

1558 Verdunkelungsgefahr: Die Schwächen verzerrter Helffelddaten

1559 Kriminalstatistiken nehmen in unserem Rechtsstaat eine machtvolle Position ein. Sie sind
1560 Grundlage für zentrale und wirkungsstarke innen- und sozialpolitische Entscheidungen und
1561 haben eine massive mediale und gesellschaftliche Aussagekraft und Rezeption. Damit
1562 beeinflussen sie auch den politischen Meinungsbildungsprozess. Wenn in Medien und Politik
1563 von Statistiken die Rede ist, wird sich oft auf sogenannte Helffelddaten wie die Polizeiliche
1564 Kriminalstatistik (PKS) bezogen. Diese wird im Bund vom Bundeskriminalamt (BKA)
1565 herausgegeben und bietet einen Überblick über die in Deutschland jährliche registrierte
1566 Kriminalität. Und hier beginnen bereits die ersten Probleme: Weil die Helffeldstatistiken wie die
1567 PKS nur die polizeiliche registrierte, also bekannt gewordene Kriminalität abbilden, lassen sich
1568 aus ihr schwerlich Verallgemeinerungen für die tatsächliche Verbreitung bestimmter Delikte
1569 ableiten. Schätzungsweise decken die offiziellen Kriminalstatistiken nur 70-80 % der
1570 begangenen Straftaten ab. Neben der Tatsache, dass Helffeldstatistiken demnach nie
1571 repräsentativ für die Gesamtheit der Straftaten sind und ein geringeres Kriminalitätsausmaß
1572 als das tatsächliche suggerieren, sind die dort erfassten Daten in ihren Proportionen
1573 hinsichtlich der Deliktsarten und bestimmten Bevölkerungsgruppen verschiedenen
1574 Verzerrungsfaktoren unterworfen:

1575 Anzeigenerstattung - Wer zeigt Straftaten an und welche werden angezeigt?

1576 Geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt, Missbrauch von Kindern, behinderten und
1577 älteren Menschen sind in den offiziellen Statistiken stark unterrepräsentiert! Um in der PKS
1578 aufzutauchen, muss zunächst die Ermittlungsbehörde Kenntnis von der Straftat erlangen. Das
1579 tut sie in 90% der Fälle nicht durch eigene Ermittlungen, sondern durch die Erstattung einer
1580 Anzeige. Dabei hängt die Anzeigebereitschaft in der Gesellschaft maßgeblich von den Straf-
1581 und Kriminalitätseinstellungen, die wiederum ihrerseits von Vorurteilen und Sozialisation, der
1582 öffentlichen Kriminalitätsdiskussion sowie der Beziehung zwischen Täter*in und Opfer ab. Die
1583 Gründe, warum zahlreiche Delikte nicht angezeigt werden, sind vielseitig und erfordern
1584 politisches Handeln.

1585 Zum einen wirken enge persönliche, soziale oder organisatorische Beziehungen selbst bei
1586 schweren Delikten wie Gewalt- oder Sexualdelikten hindernd für eine Anzeige, sodass das
1587 Helffeld hier kaum Aufschluss über den tatsächlichen Umfang geben kann. Dies sind Delikte
1588 die vor allem FINTA*-Personen betreffen. Die gewalttätige Person übt typischerweise Kontrolle
1589 und Macht über das Opfer aus. Insb. ist dies der Fall bei Misshandlung älterer Menschen oder
1590 Kindern, sexualisierter und häuslicher Gewalt. Gründe dafür finden sich auch in der

1591 langanhaltenden Trennung der privaten und öffentlichen Sphäre: Das, was zuhause in der
1592 kapitalistischen Kleinfamilie passiert, bleibt zuhause. Hier ließe sich auch aus Perspektive
1593 transformativer Gerechtigkeit über andere gemeinschaftlich-orientierte Wohnkonzepte als
1594 Mittel gegen geschlechtsspezifische Gewalt nachdenken.

1595 Institutionell stellt die Polizei als Ort der Anzeigeerstattung hinsichtlich ihrer patriarchalen
1596 Organisation keinen sicheren Raum für Betroffene von geschlechtsspezifischer bzw.
1597 sexualisierter Gewalt dar. Die Angst davor, dass den eigenen Schilderungen nicht geglaubt,
1598 sie abgetan oder relativiert werden oder eine Partizipation an dem strafrechtlichen
1599 Aufklärungsprozess erneut traumatisierende Wirkung haben kann, hemmt die
1600 Anzeigebereitschaft gerade der Opfer sexualisierter Gewalt und Hassverbrechen. Hier
1601 müssen umfangreiche Schulungen der Polizeibeamt*innen im Dienst stattfinden und der
1602 Umgang mit Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt und Hassverbrechen fester Bestandteil in
1603 der Ausbildung werden und geschulte Beamt*innen schnell verfügbar sein. Auf Wunsch sollte
1604 es Frauen ermöglicht werden, die Anzeigeerstattungs- und Aussagegespräche mit einer Frau
1605 zu führen. Zudem wirkt sich ein berechtigtes fehlendes Vertrauen in die Unterstützung und
1606 Konsequenzen durch Strafjustizsystem, Polizei und Gesellschaft hemmend auf die
1607 Anzeigenerstattung aus. Selbst im Helffeld liegt die Verurteilungsrate bei nur 10 % der
1608 angezeigten Sexualstraftaten. Von den verurteilten Fällen kommt es zudem nur in 2 % zu einer
1609 Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Im Kontext des Dunkelfeldes folgt also auf nur 0,38% aller
1610 Sexualstraftaten eine Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Ein weiterer Aspekt ist die Angst vor
1611 öffentlicher Verurteilung und vor den Konsequenzen, wenn eine Verurteilung ausbleibt.

1612 **Anzeigenregistrierung - Wie geht die Polizei mit Anzeigen um?**

1613 Auch der Vorgang der Registrierung durch die Ermittlungsbehörde verzerrt die Daten.
1614 Faktoren wie Ressourcenmangel, politischer Druck oder individuelles Ermessen der
1615 Polizeibeamt*innen beeinflussen die Erfassungspraktiken und den Ermittlungsnachdruck. Bei
1616 der Aufnahme und Verfolgung von Straftaten kommt der Polizei ein enormer
1617 Entscheidungsspielraum zu, da die Registrierung und Bewertung von Kriminalität stets in
1618 einem Zuschreibungsprozess steht bzw. den individuellen Welt- und Wertvorstellungen der
1619 Beamt*innen unterworfen ist. Daraus ergeben sich für die Entstehung und Verfolgung eines
1620 Anfangsverdachts Einfallstore für Diskriminierungen von Minderheiten: Umfangreich durch
1621 aktuelle Dunkelfeldstudien belegte rassistische, sexistische, queerfeindliche oder klassistische
1622 Einstellungen innerhalb der Polizei und Staatsanwaltschaft können den Registrierungsprozess
1623 also wesentlich beeinflussen. So wirkt sich die Idee des kriminologisch beschriebenen "echten"
1624 Opfers mit zutiefst sexistischen Vorstellungen aus: Das ideale Opfer darf keine soziale oder
1625 verwandtschaftliche Verbindung zur gewaltausübenden Person aufweisen und keine
1626 angebliche "Mitverantwortlichkeit" für die Tat bspw. durch das Tragen kurzer Kleidung haben.

1627 Betroffene, die nicht den gesellschaftlichen Ansprüchen eines solchen Opfers entsprechen,
1628 machen häufig retraumatisierende Erfahrungen in Behörden und Strafverfahren sowie
1629 außerhalb des Strafjustizsystems.

1630 **Ermittlungsverhalten - Wie und wonach wird ermittelt?**

1631 Für die angesprochenen 10 % der Delikte, die der Polizei durch eigene Ermittlungen bekannt
1632 werden, ist ein weiterer verzerrender Faktor relevant: der konkrete Einsatz der
1633 Ermittlungsressourcen der Polizei. Insb. Deliktsfelder, die häufig Gegenstand des politischen
1634 Diskurses sind, werden dabei schwerpunktmäßig ermittelt. Bereiche wie die Organisierte
1635 Kriminalität, Drogenkriminalität oder Politisch Motivierte Kriminalität haben damit ein deutlich
1636 größeres Hellfeld als geschlechtsspezifische Gewalt. Ganz erkennbar findet sich diese
1637 politische Priorisierung bei der von NRW-Innenminister Reul angeordneten rassistischen
1638 Verfolgung sog. "Clan-Kriminalität": Staatliche Gewaltausübung für das eigene
1639 Wähler*innenklientel auf Kosten von migrantisierten und rassifizierten Menschen. Diese
1640 Disproportionalität hat massive Folgen: Wenn bestimmte Deliktsbereiche oder bestimmte
1641 Bevölkerungsgruppen von den Statistiken überproportional erfasst werden, beeinflusst dies
1642 wiederum den Einsatz der polizeilichen Ressourcen und die strategische Ausrichtung. Dies
1643 führt dann zu einer Behandlung von gesellschaftlichen Problemen wider der Realität und
1644 beeinträchtigt die Wahrnehmung und Reaktion von Staat und Gesellschaft in Bezug auf die
1645 Verbreitung bestimmter Kriminalitätsphänomene wesentlich. Es bildet sich ein sich selbst
1646 legitimierender Kreislauf: Die politisch vorgegebene Stoßrichtung beeinflusst die Ermittlungen
1647 und damit für die Kriminalstatistiken, welche wiederum die medialen wie politischen Debatte
1648 um bestimmte Kriminalitätsfelder befeuern. Diese wird seitens der Politik Grundlage eines
1649 noch härteren Vorgehens. Zudem wird erneut eine falsche Neutralität der polizeilichen Arbeit
1650 und der Kriminalstatistiken konstruiert. Erstere steht in großer Abhängigkeit, die bspw. von
1651 Reul vorgegebene Ziele zu erreichen, um Finanzierung, Ausstattung und
1652 Kompetenzausweitung zu sichern. Die Unterrepräsentation von geschlechtsspezifischer
1653 Gewalt in den Kriminalstatistiken und in der Priorisierung der Ermittlungsschwerpunkte sind
1654 Sinnbild für die mangelnde Rezeption des Strafjustizsystems von dem Wirkungsmechanismus
1655 hinter dieser Gewalt: Geschlechtsspezifische Gewalt zielt auf die Erhaltung von Macht und
1656 Kontrolle ab. Diese patriarchale Perspektive greift deutlich zu kurz und verkennet die Realität.

1657 **Jahrelanger Missbrauch als eine Straftat? - Kategorisierung von Hellfelddaten**

1658 Auch die Art und Weise, wie Straftaten im Hellfeld kategorisiert und definiert werden, verzerrt
1659 die Wirklichkeit: Das starre Kategoriensystem mag Vergleichbarkeit in Zeit und Raum, also
1660 über Jahre und Bundesländer, schaffen, stellt aber einzelne Kriminalitätsphänomene
1661 undifferenziert und verkürzt dar oder hebt andere ohne sachlichen Grund besonders hervor.

So werden wiederholte, jahrelange Missbrauchsfälle in der Statistik als ein bekannt gewordenes Sexualdelikt abgebildet. Die tatsächliche Anzahl an Gewalttaten wird damit bis zur Unkenntlichkeit verschleiert. Dass offizielle Hellfeldstatistiken und Lagebilder, die sog. Clankriminalität gegenüber sonstigen organisierten Kriminalitätsstrukturen gesondert und ausdrücklich allein anhand ethnisierender Merkmale wie einer türkisch-arabischen Abstammung darstellen und dabei bestimmte Familiennamen als Recherchestrategie nutzen, zeigt, dass schon die vorgegebenen Kategoriensysteme der Hellfelderfassung eine politische patriarchale und rassistische Agenda verfolgen. Wenn wie hier schon vom Ansatz her rassistische Kategoriensysteme aufgestellt werden, statt objektive, verhaltensbezogene Variablen zur Ausgangslage von Erfassung und Verfolgung organisierter Strukturen zu machen, werden ganze Bevölkerungsgruppen aus rassistischen Motiven unter Generalverdacht gestellt und polizeiliche Ressourcen für eine mindestens fragwürdige politische Agenda verpulvert. In dem das Landeskriminalamt NRW ein gesondertes Lagebild zum vermeintlich eigenständigen Kriminalitätsphänomen der sog. Clans herausgibt, reproduziert es also Stereotype und wirkt auf den gesellschaftspolitischen Diskurs ein.

Licht ins Dunkel bringen - Dunkelfeldstudien und Forderungen

Ein Licht ins Dunkel bringen von polizeilicher und politischer Seite stark vernachlässigte Dunkelfeldstudien. Diese umfassen Opfer-, Täter*innen- und Expert*innenbefragungen. Vorteile dieser Erhebungsweise sind bei repräsentativer Stichprobe die Verallgemeinerungsfähigkeit und die Erfassung von Erklärungszusammenhängen, die einen differenzierteren, ursachenbezogenen Umgang mit Kriminalität erlauben. Optimalen Falls wird Dunkelfeld-Forschung umfassend und über einen langen Zeitraum betrieben und liefert damit ein ergänzendes Korrektiv der offiziellen Statistiken, insb. im Bereich von Deliktsfeldern, die von der PKS schlecht erfasst werden, wie sexueller Missbrauch oder geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt. Zusammengefasst in aller Deutlichkeit: Hellfeldstatistiken sind verzerrt, nicht-repräsentativ, beeinflussbar, beeinflussend und undifferenziert. Wir fordern daher:

- Eine sachgerechte Interpretation und Rezeption aller empirischen Daten, statt populistischer Instrumentalisierung verzerrter Hellfelddaten
- Die Berücksichtigung von Dunkelfeldstudien, statt die alleinige Zugrundelegung polizeilich erfasster Daten
- Die finanzielle Förderung und Berücksichtigung bestehender wissenschaftlicher Erkenntnisse, statt symbolpolitische Pläne über neue, eigene Studien in bereits seit Jahrzehnten gut erforschten Kriminalitätsbereichen
- Die Förderung feministischer Kriminologie zur Aufdeckung unterdrückender und patriarchaler Strukturen im Strafjustizsystem, statt die Reproduktion sozial-konstruierter Geschlechterrollen im Kriminalitätskontext

- 1698 • Den Abbau vorverurteilender Einstellungen und anzeigehemmenden Verhaltens bei
1699 den Anzeigebehörden durch gesonderte Schulungen und Weiterbildungen, statt
1700 struktureller Billigung der Suche nach "Mitverantwortlichkeit" der Opfer
- 1701 • Die Ausrichtung kriminalpolitischer Initiativen nach repräsentativen (Dunkelfeld-) Daten
1702 der Wissenschaft, statt unreflektierter Law-and-Order-Politik
- 1703 • Differenzierte, objektive Erfassungsmethoden/-kriterien innerhalb der polizeilichen
1704 Statistiken und Lagebilder, statt diskriminierender, politisch aufgeladener Variablen,
1705 bspw. durch die Erfassung von Missbrauchszeiten und Umfang von häuslicher und
1706 geschlechtsspezifischer Gewalt
- 1707 • Eine Fehlerkultur in staatlichen Behörden wie der Polizei, die sachliche, seriöse und
1708 evidenzbasierte Kritik zulässt oder bestenfalls wünscht, statt jedes kritische Wort als
1709 "Angriff auf die Polizei" oder "Polizei-Bashing" abzuwehren.
- 1710 • Die breite Aufstellung von Ermittlungsschwerpunkten, statt rassistischer Verfolgung
1711 von "Clan-Kriminalität"

A9 Gute Besserung an das Gesundheitssystem! - Für eine solidarische und faire “Revolution” im Gesundheitswesen

Antragsteller*innen: Lucy Eggert, Chris Dobbrunz, Adrian Buchwald

Die halbherzige “Gesundheitsrevolution” der Bundesregierung

Seit 2004 rechnen die Kliniken auf Basis sogenannter diagnosebezogener Fallpauschalen ab. Basierend auf der Diagnose, dem Schweregrad der Erkrankung sowie der erbrachten Leistungen (Operationen und Prozeduren) werden Patient*innen in Fälle eingeteilt. Manche Behandlungen bringen den Kliniken mehr Geld ein als andere. Das wirkt sich negativ auf die Behandlungsqualität aus. Es kommt vermehrt zur gefährlichen Übertherapie sowie Unterversorgung von Patienten*innen. Außerdem hat der Kostendruck zu einer dramatischen Unterbesetzung in der stationären Krankenpflege beigetragen. Weil Klinikmanager*innen an die Pauschalen gebunden sind und sie, wenn möglich, nicht überschreiten wollen, sparen sie häufig bei der Belegschaft, dem größten Posten in der Kalkulation. Das Fallpauschalen-System bestraft also eine gute Personalbesetzung mit Verlusten und belohnt eine Unterbesetzung mit Gewinnen.

Inzwischen gibt es nahezu einen Konsens, dass eine grundlegende Reform des Systems nötig ist. Kürzlich haben sich Bund und Länder auf Eckpunkte der geplanten Krankenhausreform geeinigt. Im Kern geht es darum das Vergütungssystem zu verändern. Statt den bisher üblichen Fallpauschalen sollen die Kliniken künftig einen großen Anteil der Vergütung für das Vorhalten von Personal, Technik, Notaufnahmen und anderen Leistungsangeboten bekommen. Grundlage der Finanzierung durch die Krankenkassen sollen genauer definierte Leistungsgruppen (Level) der Kliniken sein. Diese Level sollen einheitliche Qualitätsvorgaben etwa bei der Ausstattung, bei Personal und Behandlungserfahrungen absichern. Das bedeutet, dass eine Einordnung des Kliniknetzes in Stufen erfolgen soll - von der wohnortnahen Grundversorgung über eine zweite Stufe mit weiteren Angeboten bis zu Maximalversorgern wie Universitätskliniken.

Aus der Profession Pflege kommt scharfe Kritik an den Plänen. Aspekte der pflegerischen Versorgung sind bislang in der Krankenhausreform nicht berücksichtigt worden. Die Pflege erscheint wie bereits im Fallpauschalen-System lediglich als Kostenfaktor. Auch die Ausbildungskapazitäten drohen in zahlreichen Krankenhäusern wegzubrechen, denn in den untersten Versorgungsleveln der Krankenhäuser gehört das Angebot von Pflegeausbildungsplätzen, laut Plan, nicht dazu. Das ist fatal, da es aufgrund des allseits bekannten Pflegenotstands dringend nötig wäre, so viele Ausbildungsplätze wie möglich zu

1747 schaffen. Außerdem wäre die Krankenhausreform eine gute Gelegenheit gewesen, die
1748 Ausbildung von Pflegenden zu verbessern, damit Abbruchquoten von 30% endlich der
1749 Vergangenheit angehören.

1750

1751 **Pflegeausbildung und Pflegestudium - effektives Lernen und Lehren ermöglichen**

1752 Das Pflegeberufegesetz (PflBG)¹, das überwiegend zum 1. Januar 2020 in Kraft trat, sorgte
1753 für die Zusammenfassung der ehemals drei Ausbildungswege der Altenpflege, der
1754 Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege zu einem
1755 einheitlichen Ausbildungsberuf. Dieses Modell der sog. *Generalistischen Pflegeausbildung* soll
1756 den Pflegeprozess in den verschiedenen Bereichen in den Mittelpunkt stellen und den
1757 Berufseinsteiger*innen umfangreiche Einblicke in die verschiedenen Pflegebereiche bieten.
1758 Zudem sollen Kompetenzen zur Pflege von Menschen aller Altersgruppen und in allen
1759 Versorgungsbereichen, also in Krankenhäusern, stationären Pflegeeinrichtungen und in der
1760 ambulanten Pflege, vermittelt werden. Azubis dürfen nunmehr als Pflegefachpersonen über
1761 den Pflegeprozess entscheiden und diese Aufgabe nicht delegieren.² In diesem Zuge musste
1762 die Ausbildung komplett neu organisiert werden.

1763 Azubis oder Studierende in der Pflege sind schon früh intensiv in den Arbeitsalltag auf den
1764 Stationen eingebunden, denen sie zugewiesen sind. Das PflBG sieht mehr Anleitung vor als
1765 vor der Reform: Auszubildende müssen in jedem Einsatz mindestens 10 Prozent ihrer
1766 Einsatzzeit von Praxisanleiter*innen begleitet werden.³ Wenn Betriebe diese Vorgabe nicht
1767 erfüllen, dürfen sie grundsätzlich nicht mehr ausbilden.⁴ Während dies grundsätzlich frühe
1768 Praxisnähe und Arbeit mit den Patient*innen sicherstellt, kommt intensives Lernen oftmals zu
1769 kurz. Die Praxisanleiter*innen haben oft nur sporadisch freie Kapazitäten, um Dinge in Ruhe
1770 zu erklären. Sie befinden sich im Spagat zwischen ihrer Station und der Anleitung der Azubis.⁵
1771 Die Folge ist, dass die Pflegeanwärter*innen schon sehr früh im Studiums- und
1772 Ausbildungsverlauf auf sich allein gestellt sind und schnell eine große Verantwortung tragen.

¹ Gesetz über die Pflegeberufe vom 17.07.2017 (BGBl. I S. 2581).

² Pflegekammer Kompakt - Das Magazin der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz, Ausgabe 31, Dezember 2022, S. 25.

³ Vgl. § 6 Abs. 3 S. 3 PflBG.

⁴ Pflegekammer Kompakt - Das Magazin der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz, Ausgabe 31, Dezember 2022, S. 28.

⁵ Pflegekammer Kompakt - Das Magazin der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz, Ausgabe 31, Dezember 2022, S. 35.

1773 Das trägt dazu bei, dass sich viele junge Menschen beim Berufseinstieg unsicher fühlen und
1774 Angst haben, etwas falsch zu machen.

1775 Eine zukunftsfähige und attraktive Ausbildung bzw. ein Studium in der Pflege muss es jungen
1776 Menschen ermöglichen, ohne immensen Leistungsdruck das Handwerkszeug (sowohl
1777 medizinisch-fachlich als auch im sozialen Umgang mit den Betreuten und ihren Angehörigen)
1778 erlernen und erproben zu können. Wir JUSOS fordern neben der Freistellung von
1779 Praxisanleiter*innen aus ihrem regulären Dienst für die Zeit der Anleitungen einen vollen
1780 Lohnausgleich. Die Weiterbildung zur Praxisanleitung kommt momentan noch nicht mit einer
1781 automatisch höheren Vergütung einher. Das muss sich dringend ändern, um
1782 Praxisanleiter*innen und damit auch Azubis und Studierende in der Pflege zu entlasten.

1783 Voraussetzung für ein effektives Lernen ist ferner eine angemessene Gruppengröße für
1784 Praxisanleitungen. Werden mehr als drei Azubis oder Studierende gleichzeitig instruiert,
1785 besteht die Gefahr, dass kein Raum mehr für Fragen oder praktische Übungen bleibt, der
1786 grundsätzlich allen Azubis und Studierenden zukommen soll.

1787 Im Medizinstudium gibt es an vielen Universitäten bzw. Unikliniken das Modell des „Skills
1788 Labs“.⁶ Diese Einrichtungen sind gerade zu dem Zweck geschaffen worden, ein stressfreies
1789 und damit attraktives Lernumfeld zu schaffen, um sich praktische Fähigkeiten anzueignen. Ein
1790 solches Modell sollte es auch in der Pflege geben. Gegebenenfalls könnte man
1791 Medizinstudierende und Azubis/Studierende in der Pflege in interprofessionellen Teams
1792 gemeinsam unterrichten und so einen Austausch von Erfahrungen, Wissen und Expertise
1793 ermöglichen. Davon könnten alle Beteiligten profitieren. Einen ähnlichen Austausch könnte es
1794 zwischen Fortgeschrittenen und Neueinsteiger*innen im Pflegestudium bzw. der
1795 Pflegeausbildung geben. So können Azubis und Studierende im 3. Lehrjahr als Mentor*innen
1796 fungieren und mit Neueinsteiger*innen ihre Erfahrungen und ihr Wissen teilen. Die
1797 generalistische Pflegeausbildung bietet dafür eine ideale Plattform, da hier zum Beispiel die
1798 Bereiche Alten- und Krankenpflege mehr als je zuvor miteinander verknüpft sind.

1799 Die Rahmenbedingungen für die Pflegeausbildung und das Pflegestudium sind bundesweit
1800 einheitlich, sie müssen jedoch auch vom Bund kontrolliert werden. Wenn Kliniken die
1801 Standards nicht erfüllen, muss es dringend Instrumente geben, mit denen Druck auf die
1802 Arbeitgeber*innen ausgeübt werden kann, damit diese den Ausbildungserfolg der Azubis und
1803 Studierenden unter angemessenen Arbeitsbedingungen gewährleisten. Ausbildungsstationen,
1804 besonders die in Kliniken, bekommen hohe Vergütungen dafür, dass sie Pfleger*innen

⁶ So zum Beispiel an der Medizinischen Hochschule Brandenburg, <https://www.mhb-fontane.de/de/skills-lab>.

1805 ausbilden.⁷ Bei Nichteinhaltung der Standards sollten Gelder gekürzt oder nicht ausgezahlt
1806 werden. So können sich Arbeitgeber*innen ihrer immensen Verantwortung für die Zukunft der
1807 Pflege in Deutschland nicht mehr entziehen.

1808 **Pflegefachmann/Pflegefachfrau - warum eigentlich?**

1809 Mit der Generalisierung der Pflegeausbildung wurde aus der Altenpfleger*in bzw. der
1810 Gesundheits- und Krankenpfleger*in nun auch ein neuer einheitlicher Berufstitel geschaffen.
1811 Doch warum müssen sich Azubis zwischen den Titeln *Pflegefachfrau* bzw. *Pflegefachmann*
1812 entscheiden und können am Ende der Berufsausbildung nicht die Bezeichnung *Pflegefachkraft*
1813 führen?

1814 Eine Überarbeitung bzw. Erweiterung der offiziellen Berufstitel um eine nicht-binäre Variante
1815 ist überfällig und eine entsprechende Anpassung des § 1 Pflegeberufegesetz sollte in unseren
1816 Augen selbstverständlich sein.

1817

1818 **Verbesserung externer Pflichteinsätze innerhalb der Ausbildung**

1819 Ein zentraler Teil der neuen generalisierten Pflegeausbildung besteht darin, dass
1820 Auszubildende neben den Pflichteinsätzen in ihren Ausbildungsbetrieben auch in anderen
1821 Versorgungsbereichen eingesetzt werden. Dies geschieht zurzeit im Rahmen sogenannter
1822 externer Pflichteinsätze. Dabei ist es beinahe Alltag, dass externe Einrichtungen sowohl gegen
1823 Arbeitszeitregelungen, und Überstundenvergütungen als auch Mindest-Praxisanleitungszeiten
1824 verstoßen, da sie sich nicht in direkter Verantwortung für die übernommenen Auszubildenden
1825 sehen. Immer öfter berichten Azubis, dass sie in der Zeit der externen Pflichteinsätze wenig
1826 bis gar keinen Wissenszuwachs beobachten konnten und sich vielmehr als billige, unregulierte
1827 Arbeitskräfte fühlten.

1828

1829 Demzufolge fordern wir, externe Einsätze endlich strenger zu regulieren und zu überwachen,
1830 sodass zukünftig konkrete wirtschaftliche Sanktionen gegen solche Einrichtungen verhängt
1831 werden können, welche es versäumen, ihren externen Auszubildenden mindestens 12,5%
1832 ihrer gesamten externen Einsatzdauer als Praxisanleitungszeit mit einem oder einer fachlich
1833 weitergebildeten Praxisanleiter*in zur Verfügung zu stellen. Ein gleicher
1834 Sanktionsmechanismus soll auch dann greifen, wenn Arbeitszeitregelungen nicht eingehalten
1835 oder der Ausbildungsfortschritt durch Unterschreitung von Mindestbesetzungen gefährdet

⁷ Vgl. umfangreiche Finanzierungsregelungen in §§ 26 ff. PflBG. Insbesondere zu nennen ist dabei das Ausbildungsbudget für Träger der praktischen Ausbildung und die Pflegeschulen zur Finanzierung der Ausbildungskosten gem. § 29 I 1 PflBG.

1836 werden. Zur Umsetzung regen wir die Einrichtung einer ausreichend ausgestatteten,
1837 autonomen Kontrollinstanz an.

1838

1839 Darüber hinaus fordern wir eine Evaluierung des Umfangs der Gesamteinsatzzeit in externen
1840 Einsätzen und eine Korrektur nach unten gemäß dem Wunsch vieler Auszubildenden. Die
1841 Einsatzzeit sollte nicht mehr nur eine scheinbar willkürlich festgesetzte Zahl sein, sondern
1842 anhand von überprüfbaren Ausbildungszielen festgelegt werden.

1843

1844 **Echte Entlastungen schaffen, statt Belastungen zu erhöhen**

1845 Immer mehr junge Menschen entscheiden sich in Deutschland dazu, eine Pflegeausbildung
1846 zu beginnen. Ein Trend, der angesichts eines sich verschärfenden Mangels an
1847 Pflegefachpersonen durchaus Hoffnung aufkommen lässt, dem jedoch die massive
1848 Abbruchquote entgegensteht. Gründe für Ausbildungsabbrüche sind oftmals hohe Belastung,
1849 Überforderung, mangelnde Wertschätzung, fehlende Anleitung oder auch mangelnde
1850 Zukunftsperspektiven. Bei Überstundenkonten, die so hoch sind, dass sie schlichtweg nicht
1851 abbaubar sind und Dienstplänen, welche teilweise 12 Tage Arbeit am Stück vorsehen, ist es
1852 nicht verwunderlich, dass sich viele Pflegefachpersonen direkt nach dem Abschluss der
1853 Ausbildung dazu entscheiden, ihre Stelle auf eine Teilzeitstelle zu reduzieren, um den hohen
1854 Anforderungen ihres Berufes, bei gegenwärtig geringer Vergütung, gerecht zu werden.

1855

1856 Wir können es uns gesamtgesellschaftlich schlichtweg nicht leisten, zukünftige Generationen
1857 von Pflegekräften bereits in der Ausbildung zu verheizen, ohne ihnen eine Zukunftsperspektive
1858 zu bieten. Deshalb müssen zwingend sowohl die Arbeits- und Rahmenbedingungen innerhalb
1859 der Pflegeausbildung, aber auch die spätere Berufsausübung verbessert werden. Hierzu
1860 bedarf es eines umfassenden Entlastungskonzeptes. Wir Jusos fordern daher die Einrichtung
1861 einer Kommission aus Arbeitnehmer*innen mit der Beauftragung, ein Entlastungsgesetz in
1862 Anlehnung an den bereits für Unikliniken in NRW verabschiedeten Entlastungstarifvertrag, zu
1863 entwerfen.

1864 Das Gesundheitssystem sieht sich aktuell vieler struktureller Mangelbedingungen ausgesetzt,
1865 oftmals auf Kosten der Arbeitnehmer*innen. Mitarbeiter*innen fehlen immer öfter, weil sie
1866 selbst aufgrund der immensen Belastung im Berufsalltag zu Patient*innen werden.
1867 Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention dürfen nicht länger leere Floskeln auf
1868 Krankenhaus-Websites sein, sondern müssen unumgänglich gesetzlich für Mitarbeiter*innen
1869 des Gesundheitssystems verankert werden. Dabei reichen Kurse für rückschonendes

1870 Arbeiten längst nicht aus. Insbesondere braucht es einen Fokus auf die psychischen
1871 Belastungssituationen im Berufsalltag, um sowohl Burnout als auch Cool-Out effektiv zu
1872 begegnen.

1873 **Internationalisierung**

1874 Ein weiteres Motiv hinter dem Pflegeberufegesetz war die Angleichung des Pflegeberufs an
1875 internationale Standards. Das ist in unseren Augen lobenswert, denn das Gesetz trägt so dazu
1876 bei, dass Fachkräfte in Zukunft nach der Ausbildung flexibler ihren Arbeitsort wählen können.

1877 Ähnliches gilt für die Akademisierung der Pflege. Akademisierung der Pflege ist in vielen
1878 europäischen Ländern Standard, aber Ausbildung hat in Deutschland immer noch einen hohen
1879 Stellenwert. Dementsprechend ist es wichtig die Pflegeausbildung auf ein höheres
1880 wissenschaftliches Niveau zu heben, ohne dabei einen akademischen Weg zur einzigen
1881 Option zu machen. Deshalb fordern wir neben dem Pflegestudium eine ebenbürtige
1882 Pflegeausbildung.

1883 Im Rahmen der universitären Ausbildung gibt es dabei aber auch einige
1884 Verbesserungsmöglichkeiten. Beispielsweise könnte der Wissensaustausch zwischen den
1885 Ländern verbessert werden. Studien sollten überwiegend auf Englisch veröffentlicht werden,
1886 damit die Ergebnisse für die Studierenden aller Universitäten einfach zugänglich sind.
1887 Außerdem sollte es an den Hochschulen Kurse geben, in denen das medizinische
1888 Grundvokabular in verschiedensten Fremdsprachen gelehrt wird, damit Studierende
1889 Auslandsaufenthalte in ausländischen Kliniken absolvieren können. Im Rahmen von
1890 Auslandsaufenthalten könnten Studierende Einblicke in andere Gesundheitssysteme
1891 gewinnen und die gesammelten Erkenntnisse zurück in ihre Universitäten und Kliniken tragen.

1892 **Daher fordern wir:**

1893

- 1894 ● Das PflBG hat den Umfang von Praxisanleitungen erhöht. Für ein effektives Lernen
1895 müssen Praxisanleiter*innen aber von ihrem regulären Dienst freigestellt und
1896 angemessen vergütet werden.
- 1897 ● Zu große Lerngruppen gefährden den Lernfortschritt. Es bedarf daher einer Reduktion
1898 der Gruppen in den Praxisanleitungen auf drei oder vier Azubis bzw. Studierende.
- 1899 ● Die Einrichtung von sog. "Skills Labs", also stressfreien Lerneinrichtungen, in denen
1900 praktische Fertigkeiten in Ruhe ausprobiert werden können.
- 1901 ● Die Stärkung des interprofessionellen Austauschs zwischen Medizinstudierenden und
1902 Studierenden der Pflegewissenschaften.

- 1903 • Eine Art Mentoring-Programm zwischen Fortgeschrittenen und Neueinsteigern in
- 1904 Studium und Ausbildung.
- 1905 • Kontrolle der bundesweit einheitlichen Standards des PflBG durch einen (finanziellen)
- 1906 Sanktionsmechanismus bei Unterschreitung der gesetzlichen Anforderungen. Dazu
- 1907 braucht es eine unabhängige Kontrollinstanz, die die Ausbildungsbetriebe und die
- 1908 Einrichtungen der externen Pflichteinsätze auf die Einhaltung der gesetzlichen
- 1909 Ausbildungsbedingungen überprüft.
- 1910 • Die Einführung des genderneutralen Berufstitels der *Pflegefachkraft*.
- 1911 • Evaluierung des Umfangs der Gesamteinsatzzeit in externen Einsätzen und eine
- 1912 Korrektur nach unten gemäß dem Wunsch vieler Auszubildenden. Die Einsatzzeit sollte
- 1913 anhand von nachprüfbaren Ausbildungszielen festgesetzt werden.
- 1914 • Einrichtung einer Kommission aus Arbeitnehmer*innen mit der Beauftragung, ein
- 1915 Entlastungsgesetz in Anlehnung an den bereits für Unikliniken in NRW
- 1916 verabschiedeten Entlastungstarifvertrag, zu entwerfen.
- 1917 • Psychischen Belastungssituationen durch Entlastungsregelungen und Hilfsangebote
- 1918 besser begegnen, um z.B. Burnout-Erkrankungen vorzubeugen.
- 1919 • Kurse an Hochschulen, in denen das medizinische Grundvokabular in verschiedensten
- 1920 Fremdsprachen gelehrt wird, damit Studierende Auslandsaufenthalte in ausländischen
- 1921 Kliniken absolvieren können.
- 1922 • Die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen im Bereich der Pflegewissenschaften
- 1923 auf Englisch.

1924 **A 10 Keine Zugeständnisse, kein Hinterherrennen - Konsequenz**
1925 **antifaschistisch!**

1926

1927 **Antragssteller*innen: Madita Fester, Antonia Miersch**

1928

1929 Seit vielen Jahren lässt sich global eine Werteververschiebung der Demokratien ins Konservative,
1930 Rechte und Populistische beobachten. Was in Deutschland lange noch "nur" als drohende
1931 Gefahr angesehen wurde, wird zunehmend die greifbare Realität. Die AfD verzeichnet einen
1932 Erfolg nach dem anderen: Im südthüringischen Sonneberg holt sich ein AfD-Politiker bei einer
1933 Stichwahl einen Landratssitz und in den Umfragen ist die AfD zweitstärkste Kraft - vor der SPD.
1934 Diese Ereignisse müssen für uns die allerletzte Warnung gewesen sein. Der Kampf gegen
1935 Rechts ist ein Kampf der demokratischen Gesellschaft geworden und wir, als antirassistischer,
1936 antifaschistischer und feministischer Jugendverband sind im besonderen Maße dazu
1937 verpflichtet, laut zu werden.

1938 Die Strategie der AfD funktioniert seit Jahren so gut, dass sie es mittlerweile de facto geschafft
1939 hat, sich als Partei zu etablieren. Menschenfeindliche Positionen, wie Antifeminismus,
1940 Rassismus und Demokratiefeindlichkeit befinden sich nicht mehr unter einem Deckmantel,
1941 sondern sind gesellschaftsfähig geworden. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Genannt sei hier
1942 die Normalisierung der AfD durch die CDU. Zuletzt stimmten im Bundestag Andreas Scheuer
1943 und Alexander Radwan einem Antrag der AfD zu und Friedrich Merz erklärte die Grünen zum
1944 Hauptfeind - und nicht die extrem rechte Partei. Hinzu kommt, dass viele CDU-
1945 Funktionär*innen inzwischen eine Rhetorik verwenden, welche sich nur noch mit Mühe, von
1946 der der AfD unterscheiden lässt. So fiel Friedrich Merz zum Beispiel damit auf, dass er
1947 Grundschüler mit Migrationsvorgeschichte als kleine Paschas verunglimpfte. Ein anderer
1948 aktueller Zwischenfall ist die CDU-Parteitage rede der Abgeordneten und Polizistin Claudia
1949 Pechstein die in Uniform unter anderem für Abschiebungen warb.

1950 Rechtsextreme, rassistische und antisemitische Gewaltstraftaten nehmen deutlich zu und
1951 trotzdem wird die Hufeisentheorie von vielen führenden Politiker*innen weiter angeführt,
1952 wodurch die Relativierung der Gefahr von Rechts weiterhin befeuert wird. Von Rechts geht die
1953 Gefahr aus; nicht von Links.

1954 Auch eine unzureichende Kommunikation der Politik der demokratischen Parteien kann ein
1955 Grund sein, denn Erfolge und Fortschritte werden unzulänglich vermarktet.

1956

1957 Die hier aufgeführte Analyse der Gründe für das Erstarken der extremen Rechten ist
1958 unvollständig, und das liegt auch daran, dass wir keine Zeit mehr haben, uns hauptsächlich zu
1959 Fragen, woran es wohl liegt. Es heißt jetzt, sich mit den Folgen auseinanderzusetzen. Und vor
1960 allem damit, was wir jetzt tun können.

1961

1962 Denn das Ergebnis ist eindeutig: Antidemokratische Gesinnungen innerhalb der Bevölkerung
1963 steigen massiv an und der herrschende Rassismus wird offen gelebt. Der Großteil der AfD-
1964 Wähler*innen wählen diese Partei schon lange nicht mehr aus Protest, sondern weil sie von
1965 der inhaltlichen Linie überzeugt sind. Die AfD behauptet, sie kümmere sich um die Sorgen und
1966 Belange der Bevölkerung. Uns ist schon lange klar, dass dies nicht stimmt. Die AfD schürt
1967 gezielt Ängste, streut Fehlinformationen und missinterpretiert bewusst Aussagen gegnerischer
1968 Politiker*innen zu ihren Gunsten. Darüber hinaus belastet ihr Wahlprogramm diejenigen am
1969 meisten, die ohnehin schon abgehängt sind. Da dies aber schon die hauptsächliche Grundlage
1970 der AfD ist, dürfen wir in keiner Hinsicht auf diesen Zug mit aufspringen!

1971 Es braucht von allen Seiten der Politik eine klare Haltung, eindeutige Positionen und eine
1972 Politik, die der Gesellschaft Sicherheit vermittelt. Nur dadurch entziehen wir der AfD den
1973 Nährboden. Die AfD darf jetzt nicht mit bröckelnden Positionen und Unsicherheiten bestätigt
1974 werden - zeigen wir der gesamten Bevölkerung, dass nur in einer Sozialdemokratie alle
1975 Menschen mitgedacht werden!

1976

1977 Keine Zugeständnisse

1978 Wie erwähnt erfordert der aktuelle Rechtsruck der Gesellschaft eine starke Positionierung der
1979 Parteien abseits des Rechtsextremismus. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität müssen
1980 gelebt und konsequent verteidigt werden. Niemals darf es in dieser Demokratie und vor allem
1981 nicht für eine sozialdemokratische Partei der Weg sein, Zugeständnisse zur AfD zu machen.
1982 Auf die inhaltliche Linie der AfD zuzugehen, um als Partei neue Stimmen zu generieren, wäre
1983 ein fataler, nicht zu rechtfertigender Schritt. Die Positionen der AfD sind und bleiben extrem
1984 rechts und menschenfeindlich und gehören konsequent abgelehnt.

1985

1986 Wir fordern deshalb:

- 1987 • Kein Aufgreifen und Aneignen der Rhetorik, des Populismus und der rechten
1988 Positionen aufgegriffen werden, um Wähler*innen von der AfD (zurück) zugewinnen.
- 1989 • Sich nicht als Alternative zur AfD zu präsentieren, sondern die demokratischen Werte
1990 wieder alternativlos machen!
- 1991 • Konsequent die Brandmauer gegen Rechts zu erhalten

1992

1993 Kein Hinterherrennen

1994 Vielmehr braucht es jetzt so sehr wie noch nie, ein starkes linkes Profil und ein
1995 Zusammenhalten der demokratischen Parteien.

1996 Es darf den Rechtspopulist*innen nicht mehr hinterher gerannt werden. Die Politik der
1997 demokratischen Parteien darf nicht so aussehen, dass nur auf Aussagen und Schritte der AfD

1998 reagiert wird. Das öffentliche Profil der demokratischen Parteien darf nicht ausschließlich über
1999 das definiert werden, was durch die AfD aufgegriffen, fehlverbreitet und instrumentalisiert wird.
2000 Nur eine demokratische linke Parteienlandschaft kann es schaffen, der breiten Gesellschaft
2001 mehr Sicherheit zu bieten und Wahlprogramme umzusetzen, die der Mehrheit der Menschen
2002 zugutekommen. Es braucht auch inhaltlich eine klare Abgrenzung und die Überzeugungskraft,
2003 dies zu vermitteln.

2004

2005 Wir fordern deshalb:

- 2006 • Die Rückbesinnung auf die eigenen Werte, Programme und Politik!
- 2007 • Eine stetige, konsequente Positionierung gegen die von der AfD vermittelten Werte und
- 2008 geführte Politik, ohne die eigene zu vernachlässigen

2009

2010 Nicht-Wähler*innen

2011 Demokratische Parteien haben ein massives Kommunikationsproblem: Erfolge müssen
2012 besser vermarktet werden. Die journalistische Aufbereitung der Heizungsgesetzdebatte ist
2013 fatal gewesen und zeigt nur einmal mehr: Die Fehlinformations-Politik funktioniert und es
2014 existieren Medien, die bewusst einen antidemokratischen Tenor an den Tag legen und
2015 versuchen Menschen gegeneinander aufzuhetzen. Durch Social Media und hetzerischen
2016 Journalismus wird die aktuelle Politik als alternativlos dargestellt, was dazu führt, dass die
2017 Menschen sich von der Politik entfernen. Viele haben ein Gefühl der Machtlosigkeit und keinen
2018 Bezug mehr zur repräsentativen Demokratie. Insbesondere das Nicht-Wähler*innen Klientel
2019 muss abgeholt werden und eine Vermittlung von politischen Inhalten möglichst zugänglich
2020 gemacht werden.

2021

2022 Wir fordern deshalb:

- 2023 • Eine Strategie für die Vermittlung der bisherigen Erfolge und Fortschritte innerhalb der
- 2024 regierenden Parteien
- 2025 • Eine Politik, die gesellschaftsnah agiert und durch gelungene Kommunikation
- 2026 Wähler*innen mitnimmt

2027

2028 Die akute Gefahr anerkennen

2029 Noch immer hält sich das Credo der "armen" AfD-Wähler*innen fest, die aus Verzweiflung nicht
2030 wüssten, was sie sonst tun sollen. Die Politik sorgt sich um die Menschen, die aus Verzweiflung
2031 die AfD wählen würden. Diese Sorge um die Menschen ist an dieser Stelle allerdings
2032 fehlplatziert, denn es lenkt die Debatte in eine Richtung, die davon ausgeht, dass diese
2033 Wähler*innen keine inhaltlichen Überzeugungen mit der AfD teilen würden.

2034 Die Politik sollte allerdings einen deutlich stärkeren Fokus auf die Menschen legen, die
2035 ernsthaft vom Erstarken der AfD bedroht sind. Und das ist der überwiegende Teil der
2036 Bevölkerung. Frauen, INTA*, BIPOC, Queers, Menschen mit geringem Einkommen, jegliche
2037 Art von marginalisierter Gruppe, sind es, die im Falle einer Regierungsbeteiligung durch die
2038 AfD massive Negativfolgen erleiden müssten. Mit Blick auf die globale populistische
2039 Bewegung und immer mehr zunehmenden konservativen bis rechtsextremen Regierungen
2040 weltweit sind die Folgen bereits eindeutig greifbar. Abschaffung der Rechte von Gebärenden,
2041 Illegalisierung von LGBTQIA+ und das Einstellen der Förderung von BIPOC im
2042 Bewerbungsverfahren an Universitäten der USA sind nur einige Beispiele, die schon
2043 umgesetzt wurden. Für uns Jusos ist deshalb klar: Es sind diese Gruppen, welche von der
2044 Politik aktuell vernachlässigt werden und denen Unterstützung zugeteilt werden muss.

2045

2046 Wir fordern deshalb:

- 2047 • Förderung der Einrichtung von Kontaktstellen und Vernetzungsmöglichkeiten für
2048 marginalisierte Gruppen, die von rechts bedroht sind
- 2049 • Kurzfristig eine Sicherung der erlassenen Gesetze, welche die Rechte der genannten
2050 Gruppen stärken und langfristig die Gleichstellung und Schutz dieser Gruppen

2051

2052 Brandmauer auch auf EU-Ebene!

2053 Nicht nur in Deutschland können wir also ein Erstarken von konservativen bis rechtsextremen
2054 Parteien und Bündnissen beobachten. Nächstes Jahr finden die Europawahlen statt und es
2055 wird sich zeigen, in welche Richtung sich die EU weiterentwickeln wird. Sie bestimmt
2056 inzwischen einen Großteil der Gesetzgebung in den EU-Ländern. Und Europa steckt mitten in
2057 einem Rechtsruck. Währenddessen stehen fundamentale Richtungsentscheidungen in
2058 Sachen Klima- und Naturschutz an und die EU ist dabei, eine der strittigsten
2059 Asylrechtsreformen mit dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem auf den Weg zu
2060 bringen. Jusos und viele andere Verbündete zeigen sich besorgt und fragen sich zurecht –
2061 wohin soll's gehen, Europa?

2062 Ein Erstarken rechter Parteien auf europäischer Ebene wird den Umgang mit den LGBTQ-
2063 freien Zonen in Polen, mit der autokratischen Regierung in Ungarn, mit BIPOC, Geflüchteten
2064 und Asylsuchenden, mit unserer Natur und dem Klima sowie der Zukunft junger Menschen
2065 entscheidend prägen. Es besteht die Gefahr, dass Entscheidungen getroffen werden, die die
2066 EU nicht einfach so zurücknehmen und viele der Errungenschaften der EU der letzten Jahre
2067 zerstören kann. Die EU als Friedensprojekt ist in Gefahr und die große Mehrheit der
2068 Menschen, die in der EU leben und durch ein Erstarken rechter und konservativer Parteien
2069 massive Negativfolgen erleiden würden, sind es auch.

2070 Es ist unsere Aufgabe, eine jungsozialistische Perspektive auf die Zukunft der EU mit unseren
2071 europaweiten Verbündeten zu entwickeln und mit klaren Forderungen in den Wahlkampf zu
2072 gehen. Nur mit einer klaren Haltung und Vision einer EU, die marginalisierte Gruppen schützt,
2073 ihnen eine Perspektive bietet und ihnen eine sichere Zukunft bieten kann, wird es uns möglich
2074 sein, einen Rechtsruck mit fatalen Folgen auf EU-Ebene zu verhindern.

2075 Leider erleben wir allzu wenig Distanzierung - ob von der Fidesz, der Fratelli d'Italia oder den
2076 Schwedendemokraten. Grüne und Sozialdemokraten finden es lediglich befremdlich, die CDU
2077 drückte Berlusconi sogar die Daumen, denn seine Partei gehört zur Parteienfamilie der EVP.
2078 Seine Partei fungierte schlussendlich als Steigbügelhalter für die faschistische Partei um
2079 Giorgia Meloni. Sie bekannte sich zwar zur EU, aber machte von Beginn an klar: Italien first,
2080 EU second. Würden solche Parteien bei der Europawahl dazugewinnen, würde Nationalismus
2081 in der EU wieder Oberhand gewinnen und Entscheidungen im Konsensprinzip quasi
2082 unmöglich werden. Und in vielen europäischen Ländern sind die Rechten nicht nur weitaus
2083 stärker, sondern auch in Regierungsverantwortung. Das sollte nicht nur uns Jusos
2084 beunruhigen. Beunruhigend ist auch, dass sich rechte und konservative Parteien nicht mehr
2085 durch ihre EU-Skepsis auszeichnen, sondern durchaus Bestrebungen haben, in Europa
2086 mitzusprechen - und die Möglichkeit bekommen, das Friedensprojekt EU von innen heraus
2087 anzugreifen.

2088

2089 Daher fordern wir:

- 2090 • das Erstarken rechter Parteien als ein EU-weites Problem zu erkennen und zu
- 2091 bekämpfen
- 2092 • Zusammenarbeit mit europäischen Verbündeten an einer jungsozialistischen Vision
- 2093 Europas
- 2094 • ein klares linkes Parteiprogramm für den Europawahlkampf mitzugestalten
- 2095 • klare Distanzierung von rechten Parteien auf EU-Ebene

2096 **A11 Der trügerische Armutsbegriff und die Scheinlösung des Trickle-** 2097 **Down-Effekts im kapitalistischen System**

2098 **Antragsteller*in: Gunar Kern**

2099 Dieser soll Antrag die Aufmerksamkeit auf eine wichtige Thematik lenken: Den internationalen
2100 Armutsbegriff und den vermeintlichen Trickle-Down-Effekt des Kapitalismus. Ein gängiger
2101 Armutsbegriff ist die Definition absoluter Armut der Weltbank. Hiernach gilt als absolut arm,
2102 wer am Tag weniger als 2,15 US-Dollar verfügt. Dabei wird die lokale Kaufkraft zur besseren
2103 Vergleichbarkeit in US-Dollar dargestellt, wobei die Marke von 2,15 das absolute Minimum
2104 angibt, das eine Person benötigt um die tagtäglich lebensnotwendigen Güter zu erwerben.
2105 Durch diesen Armutsbegriff wird jedoch impliziert, dass schon Personen mit einem täglichen
2106 Einkommen von 2,16\$ nicht mehr arm seien, was zu einer verzerrten Wahrnehmung der
2107 tatsächlichen Armutssituation weltweit führen kann.

2108 Statistiken zufolge leben rund 10% der Weltbevölkerung nach dieser Definition in Armut. Der
2109 Trickle-Down-Effekt basiert auf der Annahme, dass wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand
2110 in der oberen Einkommensklasse zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen für alle
2111 führen. Jedoch belegen zahlreiche Studien, dass dieser Effekt nicht wie erhofft eintritt. Statt
2112 einer gerechten Verteilung des Wohlstands sehen wir eine immer größere Kluft zwischen Arm
2113 und Reich. Die Reichen werden reicher, während die Armen weiterhin im Teufelskreis der
2114 Armut gefangen sind.

2115

2116 Um diesem Missstand entgegenzuwirken und eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen, sind
2117 dringende Maßnahmen erforderlich. Wir fordern deshalb:

2118 Eine Überarbeitung des internationalen Armutsbegriffs: Es ist notwendig, den Armutsbegriff an
2119 die tatsächliche Lebensrealität anzupassen. Einkommensgrenzen sind dabei zwangsläufig
2120 willkürlich, eindimensional und vernachlässigen die lokalen Differenzen der Kaufkraft. Einen
2121 Ausgangspunkt für eine umfassendere Definition der Armut kann beispielsweise der
2122 mehrdimensionale Ansatz der Vereinten Nationen bilden: Bei dem MPI (Multidimensional
2123 Poverty Index) wird gemessen, wie stark Haushalte unter Entbehrung von Bildung, Gesundheit
2124 und Lebensstandard leiden.

2125 Stärkere Regulierung von Kapitalflüssen: Um die ungleiche Verteilung von Ressourcen und
2126 Wohlstand zu bekämpfen, sollten internationale Kapitalflüsse stärker reguliert werden. Dies
2127 könnte beispielsweise durch die Einführung von fairen Steuersystemen und die Schließung
2128 von Steuerschlupflöchern erreicht werden.

2129 Förderung von Bildung und sozialer Mobilität: Investitionen in Bildungssysteme und soziale
2130 Mobilität sind entscheidend, um Menschen aus dem Teufelskreis der Armut zu befreien. Eine
2131 Chancengleichheit für alle ist unerlässlich, um langfristige Veränderungen zu bewirken.

2132 Es ist an der Zeit, den internationalen Armutsbegriff zu überdenken und den Mythos des
2133 Trickle-Down-Effekts zu entlarven. Eine gerechtere Verteilung des Wohlstands und die
2134 Bekämpfung der Armut erfordern entschlossene Maßnahmen und ein Umdenken in der
2135 politischen und wirtschaftlichen Welt.

2136 **A12 Münster, mach mobil! – Für eine Verkehrswende, die ihrem**
2137 **Namen wirklich gerecht wird**

2138 **Antragsteller: Adrian Buchwald**

2139 Im Fahrradklima-Test des ADFC, in dem insgesamt 1.114 Städte und Gemeinden bewertet
2140 wurden, belegte Münster 2022 den ersten Platz unter den Großstädten zwischen 200.000 und
2141 500.000 Einwohnern.⁸ Die Stadt nutzt den Titel „Fahrradstadt“⁹ schon seit Langem als
2142 Aushängeschild, um für ihre nachhaltige Gestaltung von Mobilität zu werben – und das nicht
2143 ganz zu Unrecht. In Münster werden rund 43% der Wege mit dem Rad zurückgelegt. Die Stadt
2144 hat mit ihrem Plan zum Fahrradnetz 2.0 bereits einige wichtige Vorhaben festgeschrieben, um
2145 den Radverkehr in Münster zukunftsfähig zu machen.¹⁰ Der Fokus liegt dabei auf dem
2146 Fahrradnetz in seiner Gesamtheit – richtigerweise werden Strecken und Verbindungen in ihrer
2147 Gänze in den Blick genommen. Die Umgestaltung des Bohlwegs zur Fahrradstraße und dem
2148 Bau der Kanalpromenade sind als Positivbeispiele zu nennen.

2149 Die „Fahrradstadt“ Münster schneidet im Fahrradranking zwar als beste Stadt ihrer
2150 Größenordnung ab, jedoch nur mit einer Note von 3.0.: In Münster wird vor allem trotz und
2151 nicht wegen der Bedingungen Rad gefahren. Wer über viel zu enge Radwege oder das
2152 Kopfsteinpflaster in der Altstadt radelt merkt schnell, dass das mit Komfort wenig zu tun hat.
2153 Die Straßen und der öffentliche Raum insgesamt gehören weiterhin überwiegend dem
2154 motorisierten Individualverkehr. Auf ihn sind in der Regel die Schaltungen von Ampeln
2155 abgestimmt und ihm muss an die Mehrheit der Promenadenquerungen Vorfahrt gewährt
2156 werden. Auch das ADFC-Ranking zeigt: Zu den Hauptproblemen in Münster gehören die
2157 Qualität der Radwege und die Anpassung der Verkehrsleitsysteme auf den Radverkehr. Die
2158 Alternativen sind in Münster leider noch unattraktiver. Wer nicht mit dem Rad unterwegs sein
2159 kann oder möchte, muss in Münster oft eine gute halbe Stunde bis Stunde mehr an Zeit
2160 mitbringen. Denn der ÖPNV, der gemeinsam mit dem Radverkehr den Kernbereich einer
2161 nachhaltigen, niedrighwelligen und inklusiven Verkehrswende bilden sollte, wird in Münster
2162 massiv vernachlässigt. Dies trifft vor allem Menschen in den Randstadtteilen, die mit dem
2163 Fahrrad lange Strecken bewältigen müssen. Es trifft auch Menschen mit Kinderwagen und
2164 Menschen, die auf einen Rollstuhl oder einen Rollator angewiesen sind. Im ÖPNV-Ranking
2165 des Reisemagazins Tripz, das am 25. April 2023 veröffentlicht wurde und in dem die Anzahl
2166 der ÖPNV-Mittel, der Linien und der Schnelligkeit in Relation zur Größe der Stadt in

⁸ Fahrradklimatest 2022 des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC), <https://fahrradklima-test.adfc.de/ergebnisse> (abgerufen am 15.07.2023 um 12:33 Uhr).

⁹ So zum Beispiel auf der Website der Stadt, <https://www.stadt-muenster.de/tourismus/fahrradstadt> (abgerufen am 15.07.2023 um 12:36 Uhr).

¹⁰ <https://www.stadt-muenster.de/verkehrsplanung/mit-dem-rad/netzplanung/planung> (abgerufen am 15.07.2023 um 12:37).

2167 Quadratkilometern berücksichtigt wurden, belegt Münster von 25 untersuchten Städten Platz
2168 16.¹¹ Münster ist die einzige Großstadt mit über 300.000 Einwohner*innen in Deutschland ohne
2169 schienengebundenen Personennahverkehr. Die Stadt scheint im Bereich ÖPNV so
2170 ambitionslos zu sein, dass das Streckennetz nicht erweitert, sondern sogar abgebaut wird. Wir
2171 fordern daher konkrete Ziele und Pläne, einen ÖPNV einzurichten, der einer Stadt von über
2172 300.000 Einwohner*innen gerecht wird. Denn mit dem ÖPNV, der gerade besteht, bleiben viele
2173 Menschen auf der Strecke. Gerade aus feministischer Perspektive gebietet sich eine
2174 Umgestaltung des ÖPNV. Die Stadt für alle darf kein vergessenes und ausgehöhltes Projekt
2175 sein!

2176 Ein Blick auf das Liniennetz der Busse in Münster genügt, um das Problem zu erkennen: Fast
2177 alle Buslinien verkehren sternförmig über die Innenstadt und bedienen die Haltestellen
2178 Hauptbahnhof oder Altstadt/Bült. Der Busverkehr wird ganz bewusst als Zubringerverkehr für
2179 Bahnreisende und Einkaufslustige gestaltet. Diese Gestaltung wird den Bedürfnissen der
2180 Stadtbevölkerung, von Stadtteil zu Stadtteil ohne Umstiege und lange Wartezeiten zu fahren,
2181 keinesfalls gerecht. Denn viele Menschen, die in Münster arbeiten oder studieren, fahren
2182 täglich zu ihrem Arbeitsplatz innerhalb der Stadt oder zur Uni – nicht aber zum Bahnhof.

2183 Die einzigen Linien, die peripher Stadtteile miteinander verbanden, waren die Ringlinien.
2184 Ausgerechnet diese wurden im Herbst 2022 bis auf Weiteres eingestellt. Es gibt keine
2185 Informationen darüber, ob sie jemals wieder eingerichtet werden. Die Einstellung der
2186 Ringlinien passt für uns in keiner Form mit einer zeitgemäßen und inklusiven Verkehrswende
2187 zusammen. Die Stadt kommt hier ihrem Auftrag, den ÖPNV für alle zu stärken und
2188 auszubauen, nicht gerecht.

2189 Trotz ihres grünen Images hat die Stadt in den vergangenen Jahren erstaunlich wenig
2190 geleistet, um den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmer gerecht zu werden. Autofahrerinnen
2191 und Autofahrern aus dem Umland wird mangels eines effektiven und schnellen ÖPNVs keine
2192 Alternative geboten, um kostengünstig und flexibel in die Stadt zu kommen. Radfahrerinnen
2193 und Radfahrer haben insbesondere auf dem Ludgeriplatz und dem Prinzipalmarkt mit einer
2194 unübersichtlichen und gefährlichen Verkehrsführung zu kämpfen. Gerade dort zeigt sich, dass
2195 an vielen Verkehrsknotenpunkten in Münster das Prinzip des Stärkeren gilt.

2196 Die SPD Münster hat sich in der letzten Zeit vor allem für einen bezahlbaren ÖPNV stark
2197 gemacht. Dies ist in unseren Augen ein enorm wichtiges Unterfangen. Mobilität bedeutet
2198 immer Teilhabe – und nur durch einen preiswerten ÖPNV gibt man allen Menschen die Chance
2199 auf Selbstbestimmung und eine flexible Gestaltung der eigenen Zeit.

¹¹ <https://www.tripz.de/reisemagazin/opnv-ranking-zum-start-des-deutschland-tickets/> (abgerufen am 15.07.2023 um 12:37).

2200 Jedoch ist es mit einem kostengünstigen ÖPNV alleine nicht getan. Es braucht auch mehr
2201 Effizienz. Dabei sind ÖPNV, Radverkehr, Fußgänger*innenverkehr und motorisierter
2202 Individualverkehr in Einklang zu bringen. Es geht dabei nicht darum, Menschen, die Auto
2203 fahren, an den Pranger zu stellen oder ihnen die Mobilität mit dem Auto unmöglich zu machen.
2204 Vielmehr muss das jahrzehntelang geltende Auto-Privileg, dass vor allem Menschen mit
2205 höheren Einkommen nützt, ein Ende finden. Nur durch Gleichberechtigung aller Verkehrsmittel
2206 und das Vorhandensein wirksamer Alternativen kann eine Verkehrswende gelingen. So
2207 können Menschen endlich flexibel entscheiden, für welche Strecken sie bei welchen äußeren
2208 und persönlichen Bedingungen welches Verkehrsmittel nutzen möchten. Münster zeichnet
2209 sich derzeit weder durch Gleichberechtigung noch durch Alternativfülle aus. Das muss sich
2210 ändern, um Münster zukunftsfähig und vor allem auch klimaneutral zu machen.

2211 **Daher fordern wir Jusos...**

2212 **...für den Bereich des Radverkehrs:**

- 2213 • Die Promenade als Kernstück des Radverkehrs herauszuheben. Hierzu muss die
2214 "Fahrradautobahn" an allen Stichstraßen Vorfahrt vor der Straße bekommen. Wo das
2215 nicht möglich ist, können Ampeln Abhilfe schaffen. Zum Schutz von Fußgänger*innen
2216 können Zebrastreifen an den Promadenquerungen eingerichtet werden. 2021 hat
2217 ein Verkehrsversuch in Münster den Komfortvorteil dieses Modells bereits gezeigt,
2218 auch wenn er Mangels Ambitionen der Stadt sowie Einsicht der Autofahrenden
2219 eingestellt wurde
- 2220 • Das Projekt „Leezenflow“ ermöglicht es Radfahrer*innen abzuschätzen, ob sie eine
2221 Straße noch während einer Grünphase überqueren können oder schon abbremsen
2222 sollten. Dies stärkt nicht nur den Verkehrsfluss, sondern auch die Verkehrssicherheit.
2223 „Leezenflow“, bestenfalls sogar mit Sekundentimer, sollte es an allen Stichstraßen mit
2224 Ampel geben.
- 2225 • Münsters Radwegenetz ist teilweise in einem unzumutbaren Zustand. Zu enge Wege,
2226 parkende Autos oder Wurzelschlag schaden der Sicherheit von Radfahrenden meist
2227 mehr als das ihnen die Wege nützen. Mit Lastenrädern oder Fahrrad-Anhängern hat
2228 man vielerorts schlechte Karten. Deshalb muss die Radwegbenutzungspflicht auf allen
2229 innerstädtischen, je Richtung einspurigen Straßen entfallen. Radwege sollten benutzt
2230 werden, weil sie komfortable und sichere Mobilität ermöglichen, nicht weil hierzu
2231 verpflichtet wird.

2232 **...für den Bereich des ÖPNV:**

- 2233 • Wiedereinführung der Ringlinien. Diese sollten künftig nicht mehr über den
2234 Hauptbahnhof verkehren, sondern nur über den Ring bzw. Weselter Straße,

- 2235 Moltkestraße, Ludgeriplatz und Hafenstraße. Zum Beispiel am Ludgeriplatz können
2236 Fahrgäste dann bei Bedarf in andere Linien umsteigen.
- 2237 • Neuordnung des Liniennetzes. Statt einer Ausrichtung auf Bült und Hauptbahnhof soll
2238 es mehr periphere Stadtteillinien geben, die den Innenstadtbereich lediglich tangieren.
2239 So können zum Beispiel Gievenbeck und Aaseestadt, Kreuzviertel und Mauritz oder
2240 Hansaviertel und Südviertel besser verbunden werden.
 - 2241 • Der Hauptbahnhof sollte weiterhin Mobilitätszentrum bleiben. Der Bahnhofsvorplatz
2242 sollte jedoch so gestaltet werden, dass ein sicheres und effizientes Umsteigen
2243 gewährleistet werden kann. Derzeit wird die Sicherheit vor allem durch den fließenden
2244 Autoverkehr direkt vor dem Bahnhof beeinträchtigt. Der Autoverkehr vor dem Bahnhof
2245 sollte daher eingeschränkt und die Autos über Parallelstraßen am Bahnhof
2246 vorbeigeleitet werden.
 - 2247 • Neben Hauptbahnhof und Bült sollte es weitere Knotenpunkte am Ring für Bike and
2248 Ride oder Park and Ride geben. Solche Mobilitätsstationen könnten zum Beispiel am
2249 Schlossplatz, Ludgeriplatz, Bohlweg, Yorkring Ecke Steinfurter Straße oder am
2250 Jungeblodtplatz eingerichtet werden.
 - 2251 • Vor 22 Uhr sollten in einer Großstadt keine Nachtbusse unterwegs sein. Erst danach
2252 kann das Busangebot für die Nachtstunden reduziert werden. Insbesondere um eine
2253 Mobilität für alle Menschen in Münster zu gewährleisten, müssen auf den reduzierten
2254 Strecken Alternativen angeboten werden, bspw. durch ein Rufbussystem.
 - 2255 • Münster hat, anders als alle anderen Städte seiner Größenordnung, keinen
2256 schienengebundenen ÖPNV. Nichtsdestotrotz sollten auf viel befahrenen Straßen, so
2257 auch dem Ring, Metrobusspuren eingerichtet werden, die dem Busverkehr vorbehalten
2258 sind.
 - 2259 • Die Universität Münster ist keine Campus-Universität. Umso wichtiger ist es daher, die
2260 Unistandorte miteinander zu verknüpfen. Wir machen uns daher stark für einen Uni-
2261 Shuttle-Bus, der (sei es On Demand) die Unischwerpunkte Juridicum/Medizin und
2262 Nawi/Sport/Leo-Campus und die Aaseemensa morgens und mittags miteinander
2263 verbindet.
 - 2264 • Dort, wo sich der Linienverkehr rund um die Uhr nicht rentiert, sollte das schon
2265 bestehende Taxi-Bus-Netz ausgebaut werden. Dabei können Fahrgäste 15 bis 30
2266 Minuten vor Fahrtantritt ein Taxi bestellen, dass sie an einer ausgewählten Haltestelle
2267 abholt und sodann den Linienvorlauf abfährt (On-Demand-ÖPNV).
 - 2268 • Haltestellen müssen barrierefrei ausgebaut werden. Echtzeit-Anzeigen mit Audio-
2269 Informationen darf es nicht nur an den großen Haltestellen geben. Die Haltestellen
2270 sollen zudem mit WLAN, USB-Steckdosen, Rufknöpfe für ein Rufbusse oder Taxis,
2271 sowie Notfallknöpfe ausgestattet werden, wie sie auch auf Bahnsteigen zu finden sind.

- 2272 • Zur Barrierefreiheit zählt auch die bessere Erkenntheit von Haltestellennamen und
2273 Liniennummern an den Haltestellen. Es muss sich auf den ersten Blick erkennen
2274 lassen, welche Linien an der Haltestelle verkehren.

2275 **...für den Bereich des Autoverkehrs:**

- 2276 • Stadtteilgaragen, um die Autos von der Straße zu holen. Dies betrifft insbesondere die
2277 Wohngebiete Hansaviertel, Kreuzviertel und St. Mauritz.
- 2278 • Mehr autofreie Verkehrsversuche.
- 2279 • Die Salzstraße sollte für den Autoverkehr vollständig gesperrt werden. Die
2280 Klosterstraße und Winkelstraße bleiben über die Windthorststraße ohnehin erreichbar.
2281 Die Sperrung der Salzstraße sollte mit einer Vorfahrtsberechtigung des Radverkehrs
2282 auf der Promenade einhergehen.
- 2283 • Im Interesse der Lärmreduzierung sollte die Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h
2284 auf weiteren Straßen geprüft werden, so zum Beispiel auf der Gartenstraße zwischen
2285 22 Uhr und 6 Uhr. Die Stadt Münster soll sich darüber hinaus weiterhin für eine
2286 Änderung der Straßenverkehrsordnung einsetzen, um 30 km/h als
2287 Regelgeschwindigkeit festzusetzen.
- 2288 • Umgestaltung des Ludgerikreisels, um allen Verkehrsteilnehmer*innen eine sichere
2289 Querung zu ermöglichen.

A13 Psychologie macht Schule - Für eine gestärkte Schulpsychologie

Antragssteller*innen: Ronja Mühlinghaus, Guiliano Groer, Ayşegül Paran

Die psychologische Versorgungslage in Deutschland ist prekär. Therapieplätze sind Mangelware und das nicht erst seit dem Ukraine-Krieg oder der Corona-Pandemie. Das Problem und seine Ursachen sind bekannt und werden an diversen Stellen, bereits adressiert. Die psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen spielte in der Debatte bisher nur eine untergeordnete Rolle. Diesem Themenbereich soll sich dieser Antrag widmen. Ferner soll er die Dringlichkeit der übrigen Anträge zur Lage der Psychotherapie unterstreichen. Es bedarf einer Vielzahl neuer kassenbezahlter Therapieplätze in Deutschland, welcher der Allgemeinheit zugänglich sein müssen.

Kinder und Jugendliche haben besonders unter den aktuellen Krisen gelitten. Gerade während der Pandemie wurde der Jugend dieses Landes vieles abverlangt. Online-Unterricht, Kontaktsperrern, Lockdown waren zusätzliche Stressoren, denen sich Kinder und Jugendliche während der Pandemie ausgesetzt sahen. Zudem ist Schule auch an sich kein spannungsfreier Raum. Es kommen viele unterschiedliche junge Menschen auf engem Raum zusammen.

Wir erleben gerade einen neuen Höchststand psychischer Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter. Beispielsweise ist die Anzahl der neu an Essstörungen erkrankten Mädchen in Deutschland zwischen den Jahren 2019 und 2021 um 54% gestiegen, die an Angststörungen erkrankten um 23 %. (DAK Kinder- und Jugend-Report). Auch für Kinder und Jugendliche sind freie Therapieplätze schwer aufzutreiben. Häufig muss für die Therapie auch auf private Mittel zurückgegriffen werden. Es bedarf daher dringend einer angemessene Bedarfsrechnung, damit es endlich genügend Therapieplätze gibt. Auch die Versorgung der Schulen mit Schulpsycholog*innen ist nicht flächendeckend gegeben. Mit dem Antrag setzten wir uns daher für eine Stärkung der schulpsychologischen Arbeit in Deutschland ein.

Die psychotherapeutische Versorgung muss sich verbessern

Circa 18 Millionen Menschen in Deutschland sind psychisch erkrankt ([RKI – Psychische Gesundheit und psychische Störungen](#)) und müssen sich daher mit ihrer veränderten psychischen Gesundheit befassen. Dabei ist ein stabiles psychisches Gesundheitsniveau entscheidend für Lebensqualität, Wohlbefinden, körperliche Gesundheit und auch soziale Teilhabe. Vielen der Betroffenen bleibt der Zugang zu einem (psycho)therapeutischen Hilfesystem untersagt, denn es herrscht akuter Therapieplatzmangel. Die Gründe dafür sind

2327 seit Jahren Teil des politischen Diskurs: Gesetzliche Krankenkassen halten an ihren veralteten
2328 Bedarfsberechnungen für Therapieplätze fest. Dadurch mangelt es an wertvollen
2329 Kassenplätzen. Am psychotherapeutischen Versorgungssystem im Regelsektor (private
2330 psychotherapeutische Versorgung ausgenommen) verbessert sich seit Jahren nichts. Dazu
2331 kommen Pandemien, Kriegslagen, Inflation und Energiekrise, die gesondert herausfordernd
2332 wirken. Für verschiedene Zielgruppen und in verschiedenen thematischen Kontexten wurde
2333 diese Problematik bereits ausreichend adressiert: [Antragsbuch_aomV_2021final-1.pdf \(jusos-](#)
2334 [muenster.de\)](#) (siehe A8).

2335

2336 Erwachsene Menschen können, zumindest zu einem gewissen Maße, zunächst selber nach
2337 (alternativer) Hilfe suchen oder persönliche Strategien in psychischen Krisen entwickeln und
2338 anwenden. Dagegen sind Kinder und Jugendliche im Hinblick auf ihre psychische Gesundheit
2339 als eindeutig vulnerable Gruppe einzuordnen: Um Hilfe in psychischen Krisen zu bekommen,
2340 sind sie deutlich mehr auf das Einschreiten und Handeln externer Personen angewiesen
2341 (siehe Perspektive Prävention: Psychische Gesundheit von Schülerinnen und Schülern in
2342 Deutschland).

2343

2344 **Präventiv handeln!**

2345 Schulpsychologie bekleidet im Bereich der Kinder- und Jugendpsychologie eine wichtige
2346 Sonderrolle. Sie findet an einem Ort statt, an dem junge Menschen mit signifikanten
2347 psychischen Herausforderungen konfrontiert sind. Beispielsweise gaben 23% der Befragten
2348 einer Statista Umfrage an, dass sie mehrmals im Monat Opfer von Mobbing würden. Etwa 4
2349 % der Schüler*innen (SuS) verweigern in weiterführenden Schulen chronisch ihre
2350 Anwesenheit in der Schule, was häufig auch als Ausdruck psychischer Krise gedeutet werden
2351 kann ([Schulverweigerung: „Schulversagen ist der größte Risikofaktor für Schulabsentismus“](#)
2352 [\(deutsches-schulportal.de\)](#)).

2353 Schulpsychologie kann und soll besonders da, wo die Schule mit eigenen Mitteln nicht
2354 weiterkommt, in der Prävention und Fallbearbeitung tätig werden. Dazu braucht es jedoch eine
2355 breite Basis an Stellen für Schulpsycholog*innen, da ansonsten wenig Zeit für die Bearbeitung
2356 solcher Fälle bleibt.

2357 In vielerlei Hinsicht unterscheidet sich die Schulpsychologie hierbei von anderen Akteur*innen
2358 in und außerhalb von Schulen. Anders als klassische Anlaufstellen für Kinder- und
2359 Jugendpsychologie findet Schulpsychologie in einem Rahmen außerhalb des Elternhauses
2360 der SuS statt. Auch ist die Anbahnung eines beratenden Gesprächs mit einem/einer
2361 Schulpsycholog*in niederschwelliger als etwa ein Erstgespräch mit einem/einer Kinder- und
2362 Jugendpsycholog*in. Für diese ist es i.d.R. erforderlich, dass die Eltern der SuS einen Termin
2363 für diese arrangieren. Schulpsychologie bietet also gerade SuS aus Haushalten mit einer

2364 problematischen Einstellung zu psychischen Erkrankungen und Störungen die Möglichkeit,
2365 ohne das Wissen ihrer Eltern professionelle psychologische (Erst-) Beratung in Anspruch zu
2366 nehmen. Dies ist insbesondere wichtig, wenn psychische Problematiken familiären Ursprungs
2367 sind.

2368 Schulpsychologie leistet durch ihre sensibilisierende Arbeit und individuelle Beratung von SuS,
2369 Schulen und Lehrkräften einen enorm wichtigen Beitrag zur Prävention psychischer
2370 Erkrankungen. Die gesellschaftlichen Folgen einer solchen Präventionsarbeit sind schwer
2371 sichtbar, jedoch unverkennbar vorhanden. Ein Blick auf andere OECD-Länder, die bei
2372 internationalen Schulleistungsvergleichen wie PISA besonders gut abschneiden, zeigt, dass
2373 diese den Bedarf bereits erkannt und entsprechendes unternommen haben. Hier besteht
2374 anstelle des deutschen Schulpsycholog*innen-SuS-Verhältnisses von 1:5439 ein Verhältnis
2375 von 1:1000, die Schweiz strebt laut Recherche des ZDF ein Verhältnis von 1:500 an,
2376 Dänemark eines von 1:800. (<https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/schulpsychologie-ukraine-corona-100.html>)
2377

2378 Dem Report Psychotherapie 2020 der deutschen PsychotherapeutenVereinigung [sic] DPtV
2379 ist zu entnehmen, dass die direkten Kosten zur Behandlung psychischer Erkrankungen in der
2380 gesetzlichen Krankenversicherung jährlich 44 Milliarden Euro betragen. Sie werden dabei nur
2381 noch von Herz-Kreislauferkrankungen übertroffen. Durch frühzeitige Prävention und
2382 ambulante Psychotherapie können die gesellschaftlichen Folgekosten stark verringert werden.
2383 Laut einer Studie von Nübling et al. (2014) beträgt das Return-on-Investment für jeden in
2384 Psychotherapie investierten Euro 1:2 bis 1:5,5. Das bedeutet, jeder in Psychotherapie
2385 investierte Euro ergibt einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen von 2 bis 5,5 €, es sollte also
2386 auch aus wirtschaftlicher Sicht von Interesse sein, Beratungs- und Therapieangeboten auch
2387 für Kinder und Jugendliche stark auszuweiten. Die Arbeit der Schulpsychologie ist
2388 insbesondere dann besonders wertvoll, wenn kassenbezahlte Therapieplätze schwer zu
2389 ergattern sind. Eine breit aufgestellte Schulpsychologie kann durch ihre Arbeit das ohnehin
2390 überlastete System zumindest teilweise entlasten.

2391

2392 **Gründe für die Stärkung der Schulpsychologie**

2393 Jede*r SuS sollte bei (psychischen) Problemen jemanden zum Sprechen haben. Durch eine*n
2394 Schulpsycholog*in können SuS individuelle Hilfe und Förderungen erhalten.
2395 Schulpsycholog*innen sind wichtige Ansprechpartner*innen an Schulen, da auch viele der
2396 Probleme der Kinder an Schulen entstehen können. So ist Mobbing ein bekanntes und
2397 belastendes Phänomen wo Schulpsycholog*innen vor Ort den betroffenen Kindern helfen
2398 können. Nicht jedes Kind spricht über Mobbing etc. mit den Eltern und versucht auf diese Art
2399 und Weise sich Hilfe zu verschaffen.

2400 Mit der Hilfe von Schulpsycholog*innen werden den SuS auch Hilfe unabhängig von den
2401 Eltern und/oder Geschwistern gewährleistet. Es wird den SuS eine Option angeboten, um über
2402 ihre Gefühle zu sprechen. Außerdem erhalten sie professionelle Hilfe, wie man genau mit dem
2403 Problem, welches sie belastet, umgeht. An einigen Schulen gibt es zudem
2404 Schulsozialarbeiter*innen deren Aufgaben auch sehr wichtig sind, sich jedoch im
2405 Handlungskonzept deutlich von der Schulpsychologie unterscheiden. Während
2406 Schulsozialarbeiter*innen wichtige Arbeit im Bereich von Lern-, Motivationsproblematiken und
2407 im Umgang mit schulischen Anforderungen leisten, ist das Alleinstellungsmerkmal der
2408 schulpsychologischen Unterstützung der Fokus auf emotionale Probleme, samt Möglichkeit
2409 einer Krisenintervention und psychosozialen Diagnostik. Aus Sicht der Prävention ist es enorm
2410 wichtig, Probleme bereits am Anfang zu behandeln. Das sorgt dafür, dass akute Probleme
2411 nicht verdrängt, sondern behandelt werden, um das Kind vor schwerwiegenden psychischen
2412 Erkrankungen in der Zukunft zu schützen. Mehr Schulpsycholog*innen heißt auch, dass es
2413 von frühem Alter an Kinder mit psychischen Erkrankungen in Berührung kommen und merken,
2414 dass es kein Tabuthema ist, über das man nicht sprechen könne. So sorgt man einerseits für
2415 mehr Sensibilisierung bei den SuS gegenüber ihren Schulkamerad*innen und andererseits
2416 können Kinder unbürokratisch und schneller professionelle Hilfe bekommen.
2417 Wegen der genannten Gründe sollte es mehr Schulpsycholog*innen geben!

2418

2419 **Forderungen**

2420 Schulpsychologie ist als Präventionsfeld und Interventionsfeld am Lern-, und Lebensraum
2421 Schule von zentraler Wichtigkeit. Wir fordern daher:

2422 Das Ziel muss sein, den Betreuungsschlüssel von eins zu 5437 Kinder deutlich zu reduzieren!
2423 Es kann nicht sein, dass ein*e einzige*r Schulpsycholog*in theoretisch für mehr als 5000 SuS
2424 Ansprechpartner*in ist. Eine Person kann nicht so viel Kapazitäten haben und sich um alle
2425 betroffenen SuS kümmern. So stellen wir die Forderung, dass Schulpsychologie mehr
2426 gefördert wird und mehr Kindern an Ort und Stelle geholfen wird.

2427 Das Betreuungsverhältnis von Schulpsycholog*in zu SuS soll an das Niveau besser
2428 abschneidender OECD-Staaten angepasst werden, sodass im Idealfall ein Schlüssel von
2429 1:1000 angenähert wird. Dabei müssen insbesondere ländliche Gebiete und Kreise mit großen
2430 Fahrstrecken besonders unterstützt werden, um eine praktische Realisierung dieses
2431 Vorhabens überhaupt zu gewährleisten. Dafür müssen die Länder/NRW entsprechende neue
2432 Stellen einrichten. Des Weiteren muss die benötigte Infrastruktur bereitgestellt werden um
2433 Schulpsycholog*innen eine adäquate Ausführung ihres Berufs zu ermöglichen.

2434 Die durch die Corona-Pandemie erlangten Fortschritte in der Digitalisierung müssen auch im
2435 Bereich der Schulpsychologie eine Rolle spielen. Dazu muss Infrastruktur bereitgestellt
2436 werden, die es erlaubt in Krisen- und Ausnahmesituationen flexibel reagieren zu können und

2437 auch außerhalb dieser im Bedarfsfall auf ein breites digitalisiertes Angebot zurückgreifen zu
2438 können. Dazu gehören zusätzliche digitale Beratungsprogramme, chat-basierte Anlaufstellen
2439 für junge Menschen und ähnliche weitere Programme. Diese dürfen nicht zu Lasten der
2440 “klassisch-analogen” schulpsychologischen Arbeit gehen, sondern sollen das Angebot
2441 erweitern.

2442

2443 Quellen:

2444 [Antragsbuch_aoMV_2021final-1.pdf \(jusos-muenster.de\)](#)

2445 Reiß, F., Napp, AK., Erhart, M. et al. Perspektive Prävention: Psychische Gesundheit von
2446 Schülerinnen und Schülern in Deutschland. *Bundesgesundheitsbl* 66, 391–401 (2023).

2447 <https://doi.org/10.1007/s00103-023-03674-8>

2448 [Schulverweigerung: „Schulversagen ist der größte Risikofaktor für Schulabsentismus“](#)

2449 deutsches-schulportal.de:[https://deutsches-schulportal.de/schulkultur/heinrich-ricking-](https://deutsches-schulportal.de/schulkultur/heinrich-ricking-projekt-hamburg-jeder-schultag-zaehlt-schulabsentismus-schwaenzen/)
2450 [projekt-hamburg-jeder-schultag-zaehlt-schulabsentismus-schwaenzen/](https://deutsches-schulportal.de/schulkultur/heinrich-ricking-projekt-hamburg-jeder-schultag-zaehlt-schulabsentismus-schwaenzen/)

2451 <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/schulpsychologe-ukraine-corona-100.html>

2452 [RKI - Psychische Gesundheit und psychische Störungen:](#)

2453 [https://www.rki.de/DE/Content/GesundAZ/P/Psychische_Gesundheit/Psychische_Gesundhei](https://www.rki.de/DE/Content/GesundAZ/P/Psychische_Gesundheit/Psychische_Gesundheit_node.html)
2454 [t_node.html](https://www.rki.de/DE/Content/GesundAZ/P/Psychische_Gesundheit/Psychische_Gesundheit_node.html)

2455 [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1244298/umfrage/haeufigkeit-von-mobbing-in-](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1244298/umfrage/haeufigkeit-von-mobbing-in-schulen/)
2456 [schulen/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1244298/umfrage/haeufigkeit-von-mobbing-in-schulen/)

2457 Nübling, R., Bär, T., Jeschke, K., Ochs, M., Sarubin, N. & Schmidt, J. (2014). Versorgung
2458 psychisch kranker

2459 Erwachsener in Deutschland: Bedarf und Inanspruchnahme sowie Effektivität und Effizienz
2460 von

2461 Psychotherapie.

2462 *Psychotherapeutenjournal*, 4, 389–397.

**A14 Gegen antisemitische Hetze und palästinensischen Terror - Für ein
Betätigungsverbot von Samidoun**

Antragssteller*innen: Jan Malte Immink, Lina Eilers

“Tod den Juden, Tod Israel” - Diese antisemitischen Ausrufe konnte man von den etwa 300 Teilnehmer:innen einer pro-palästinensischen Demonstration am 8. April 2023 in Berlin vernehmen. Hinzu kommen Sprechchöre und Plakate, die palästinensischen Terror gegen Israel glorifizieren und zu offener Gewalt aufrufen. So wird sich im Laufe der Demonstration immer wieder positiv auf die Qassam-Brigaden bezogen, den militärischen Arm der Hamas, welcher von der EU als Terrororganisation eingestuft wird. Hinzu kommen Forderungen nach der Befreiung palästinensischer Terrorist:innen. Die Polizei griff trotz der antisemitischen, israelfeindlichen und gewaltverherrlichenden Ausrufe nicht ein.

Unter anderem hat die Gruppierung *Samidoun* zur Demonstration aufgerufen und diese maßgeblich mitgestaltet. *Samidoun* wurde 2011 in einem israelischen Gefängnis gegründet und ist mittlerweile international in über 10 Ländern, beispielsweise in den USA, Schweden, Frankreich und Kanada, aktiv. In Deutschland weist *Samidoun* Aktivitäten in Berlin, aber auch in Frankfurt am Main, Hamburg und Köln auf. Auch auf Social Media ist *Samidoun* sehr aktiv.

Samidoun nimmt also nicht erst seit der Demonstration im April eine entscheidende Rolle in der israelfeindlichen Szene in Deutschland ein, sondern ist ein bekannter Akteur und international gut vernetzt. Dabei versucht *Samidoun*, sich auf den ersten Blick als harmlos, beinahe humanitär darzustellen. Laut der eigenen Website bezeichnet sich *Samidoun* als “Palestinian Prisoner Solidarity Network” und kämpft offiziell für die Befreiung palästinensischer Gefangener in Israel. Auf Demonstrationen und Veranstaltungen will *Samidoun* die Solidarität mit den Gefangenen ausdrücken. An dieser Stelle muss jedoch genau hingesehen werden. Denn was *Samidoun* in der Solidarisierung gerne verschweigt, ist der Grund der Inhaftierung der Gefangenen: die Beteiligung oder Organisation antisemitischer Terroranschläge. Ein prominentes Beispiel stellt Georges Abdallah dar, dessen Name und Konterfei immer wieder im Umfeld von *Samidoun* auftauchen. Georges Abdallah war einst Mitglied der PFLP, der *Volksfront zur Befreiung Palästinas*. Die PFLP wird von der Europäischen Union und den USA als Terrororganisation eingestuft. Zudem galt Abdallah als Anführer der FARL, der *Libanesischen Revolutionären bewaffneten Fraktion* und wurde 1987 aufgrund der Beihilfe zum Mord eines israelischen Diplomaten verurteilt. Georges Abdallah ist dabei kein Einzelfall. Die Liste an palästinensischen Terrorist:innen, die durch *Samidoun* glorifiziert und als Märtyrer überholt werden, ist lang.

2500

2501 Die Nähe und Verherrlichung antisemitischen Terrors durch *Samidoun* ist kein neues
2502 Phänomen, sondern lässt sich bereits in der Gründungsgeschichte von *Samidoun* erkennen:
2503 Von Beginn an weist *Samidoun* mindestens eine personelle Nähe zur bereits genannten
2504 Terrororganisation PFLP auf. Nicht selten wird *Samidoun* gar als Vorfeldorganisation oder
2505 Tarnorganisation der PFLP im Ausland angesehen (siehe hierfür Berichte der WertelInitiative
2506 oder des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus). Die PFLP vertritt laut
2507 einer Kurzmitteilung des Deutschen Bundestages im Jahr 2021 eindeutig eine antizionistische
2508 Politik, die sich dem Kampf gegen Israel verschrieben hat. Bekannt wurde die PFLP vor allem
2509 durch Flugzeugentführungen und Anschläge, wie beispielsweise das Münchner Olympia-
2510 Attentat 1972 und die Entführung des Lufthansa-Flugzeugs "Landshut" 1977.

2511

2512 So sind die Ausrufe "Tod den Juden, Tod Israel" zwar aufs Schärfste zu verurteilen, jedoch im
2513 Kontext der Gruppierung *Samidoun* keine Überraschung. Ebenfalls zu verurteilen ist die
2514 Akzeptanz dieser antisemitischen Hetze und Glorifizierung von Terror durch Teile von politisch
2515 linken Kreisen. Gerade in Berlin wird die Bewegung von Organisationen wie "Palästina spricht"
2516 in antiimperialistischen Kreisen hofiert, während Terror gegen israelische Zivilist:innen und
2517 offener Antisemitismus glorifiziert werden. Wir verurteilen sowohl die antisemitische Ideologie
2518 und den wahnhaften Hass auf Israel, den einzig jüdischen Staat, durch die Gruppierung
2519 *Samidoun*, als auch dessen Akzeptanz und Anschlussfähigkeit in antiimperialistischen Kreisen
2520 aufs Schärfste.

2521

2522 **Deshalb fordern wir:**

2523

- 2524 - Ein Betätigungsverbot der Gruppierung *Samidoun*.
- 2525 - Schulung und Sensibilisierung von Polizist:innen bundesweit, um antisemitische
2526 Inhalte auf Demonstrationen erkennen zu können und daraufhin zu handeln.
- 2527 - Die konsequente Auflösung von Demonstrationen, die offen zur Gewalt gegen den
2528 Staat Israel und dessen Bevölkerung aufrufen.
- 2529 - Eine Unvereinbarkeit unserer politischen Arbeit mit den Zielen der Gruppe *Samidoun*
2530 und allen mit ihr verwandten Gruppierungen und den Ausschluss der Zusammenarbeit
2531 auf Unterbezirksebene mit jenen.

2532 **A15 Wir bleiben alle LinX! 2.0**

2533

2534 **Antragssteller*in: Carlos Apel**

2535 Auch nach der Verurteilung von Lina E. darf unsere Kritik an dem gegen links gerichteten
2536 repressiven Staat nicht abreißen. § 129a StGB muss weiterhin abgeschafft und die Verfolgung
2537 von Antifaschist*innen beendet werden! Gerade vor dem Hintergrund des auf der Türschwelle
2538 stehenden Faschismus in Deutschland und Europa und der mangelnden Reaktion staatlicher
2539 und gesellschaftlicher Institutionen muss unsere Solidarität mit allen Antifaschist*innen
2540 ungebrochen sein und bekräftigt werden! Gegen Staat, Kapital und für eine gerechtere Welt!

2541

2542 Alerta alerta antifascista!